

Stenographisches Protokoll

10. Sitzung des Kärntner Landtages – 32. Gesetzgebungsperiode
Dienstag, 13. November 2018

Inhalt

Fragestunde (S. 872)

Aktuelle Stunde (S. 886)

Antragsteller: SPÖ-Klub

Thema: „Herausforderungen an den Katastrophenschutz in Kärnten im Zuge der klimatischen Veränderungen“

Redner: Scherwitzl (S. 886), Darmann (S. 888), Malle (S. 889), Köfer (S. 890), Seymann (S. 891), Jantschgi (S. 893), Beniger (S. 894), Burgstaller (S. 895), Leyroutz (S. 896), Gaggl (S. 897), Fellner (S. 899)

Zur Geschäftsordnung: Darmann, Antrag gemäß § 64 Abs. 3 K-LTGO (S. 900)

Ldtgs.Zl. 88-3/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Abhaltung einer Enquete zum Thema „Zunahme von Unwetterschäden und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Politik“

Einstimmige Annahme (S. 900)

Tagesordnung (S. 901)

Ldtgs.Zl. 177-19/32:

Bericht und Antrag der Kärntner Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einzahlungen und Auszahlungen bzw. Erträge und Aufwendungen des Landes Kärnten für das Jahr 2019, einschließlich des Stellenplanes des Landes Kärnten 2019, Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2019 erteilt werden, sowie Antrag der Landesregierung zum Finanzrahmen mit den Grundzügen des Stellenplanes und Stra-

tegiebericht des Landes Kärnten für die Jahre 2019 - 2022

Einbegleitung durch die Landesfinanzreferentin

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Gabriele Schaunig-Kandut (S. 901)

Mitteilung des Einlaufes (S. 914)

A) Dringlichkeitsanträge (S. 914)

1. Ldtgs.Zl. 107-6/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Nothilfswerk: Bürokratie abbauen, rasche Hilfe ermöglichen

Zur Begründung der Dringlichkeit: Darmann (S. 914), Scherwitzl (S. 915)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit (SPÖ: nein, FPÖ: ja, ÖVP: nein, TKK: ja) (S. 916)

Zuweisung: Ausschuss für Gemeinden, Feuerwehren und Katastrophenschutz (S. 916)

2. Ldtgs.Zl. 22-6/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Stellenbesetzung: Öffentliche und transparente Ausschreibung des Leiters der Finanzabteilung des Landes Kärnten

Zur Begründung der Dringlichkeit: Leyroutz (S. 916), Leikam (S. 916)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit (SPÖ: nein, FPÖ: ja, ÖVP: nein, TKK: nein) (S. 917)

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung (S. 917)

B) Anträge von Abgeordneten (S. 917)

Beginn: Dienstag, 13.11.2018, 13.04 Uhr

Ende: Dienstag, 13.11.2018, 16.26 Uhr

Beginn der Sitzung: 13.04 Uhr

V o r s i t z : Erster Präsident **Ing. Rohr**,
Zweiter Präsident **Strauß**, Dritter Präsident
Lobnig

A n w e s e n d : 36 Abgeordnete

Mitglieder der Landesregierung:
Landeshauptmann **Kaiser**, Zweite Landes-
hauptmann-Stellvertreterin **Schaunig-Kandut**,
Landesrätin **Schaar**, Landesrat **Fellner**, Lan-
desrat **Zafoschnig**, Landesrat **Gruber**

E n t s c h u l d i g t : Erste Landeshauptmann-
Stellvertreterin **Prettner**

B u n d e s r ä t e : **Appé, Novak, Leitner**

E n t s c h u l d i g t : **Ofner**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zur 10. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese! Im Besonderen begrüße ich die anwesenden Regierungsmitglieder, den Herrn Landeshauptmann, die Frau Landesrätin und die weiteren Herren Landesräte sowie ich auch die anwesenden Bundesräte begrüße! Ich darf auf der Beamtenbank den Landesamtsdirektor, seinen Stellvertreter und den Rechnungshofdirektor sehr, sehr herzlich begrüßen und natürlich auch die am Nachmittag weniger vorhandenen Zuseherinnen und Zuseher, aber vor allem auch die MedienvertreterInnen, die ich gesehen habe und die im Haus befindlich sind! Sehr herzlich willkommen aber natürlich auch all jene, die das Internet via unseren Livestream benutzen, um die Sitzung entsprechend mitzuverfolgen! Eingangs möchte ich mich noch einmal bei der Diakonie de La Tour

sehr, sehr herzlich bedanken! Sie haben uns gerade im Vorfeld – heuer etwas früher – in liebegeordener Tradition einen schönen Adventkranz übergeben, wofür wir uns, die anwesenden Vertreter der Landtagsparteien, sehr, sehr herzlich gemeinsam bedankt und unsere Freude zum Ausdruck gebracht haben, dass wir in so lebenswürdiger Weise von der Diakonie de La Tour alle Jahre bedacht werden. Wir haben auch versprochen, dass wir all die Anliegen und die wichtigen gesellschafts- und sozialpolitischen Aufgaben, die die Diakonie de La Tour übernimmt, in bestmöglicher Form auch für die Zukunft im Auge behalten und unterstützen werden.

Für die heutige Sitzung entschuldigt ist zumindest für einen Teil der Sitzung, er wird sich verspäten, der Abgeordnete Christoph Staudacher, er ist noch nicht da, dann die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Prettner. Sie nimmt an einer internationalen Konferenz ELISAN in Marseille teil. Der Herr Bundesrat Ofner ist entschuldigt. Ebenso entschuldigt ist der Leiter der Verfassungsabteilung, Dr. Edmund Primosch. Der Landtag ist damit beschlussfähig. Die Geburtstage des November, zwei Geburtstagskinder, die gestern ihren Geburtstag gefeiert haben: Zum einen hat Frau Abgeordnete Mag. Claudia Arpa gestern Geburtstag gefeiert und ebenso der Herr Landesrat Mag. Ulrich Zafoschnig. Ich gratuliere Ihnen sehr, sehr herzlich! (*Beifall im Hause.*) Ich wünsche Ihnen viel Gesundheit und alles Gute!

Hohes Haus! Wir kommen nunmehr am Beginn der Sitzung zur

Fragestunde

Ich eröffne diese um 13 Uhr 07 Minuten.

1. Ldtgs.Zl. 40/M/32:

Anfrage Abgeordneter Köfer an Landeshauptmann Kaiser

Ich darf ihn bitten, diese Anfrage vom Rednerpult aus zu stellen!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Team Kärnten drängt schon seit Wochen und Monaten auf Aufklärung rund um die sogenannte „Blackbox“ namens Kärntner Privatstiftung. Wir haben versucht, hier zu recherchieren, sehr seriös zu recherchieren. Wir haben uns mit allerlei Verträgen beschäftigt. Wir haben es versucht, nachdem die Website der Stiftung nichts hergibt. Es gibt keine ausgewählten Förder-Initiativen. Die schaut heute noch so aus. *(Der Redner, die Website in die Höhe haltend.)* Das ist die offizielle Website der Kärntner Privatstiftung. Da dürfte einiges nicht passiert sein. Wir kennen natürlich alle diesen berühmten Therapiehund, der medial angekündigt und verkauft worden ist. Das ist okay so. Auch die Not-schlafstelle, das hört man immer wieder, wurde hier in Betracht gezogen und finanziell unterstützt, letztendlich auch, glaube ich, die Schule in Villach. Wir haben uns bemüht, Fragen zu stellen und wir freuen uns natürlich auch auf die Antworten des Herrn Landeshauptmannes. Die erste Frage konkret wäre, um hier etwas Licht ins Dunkel bringen zu können:

Welche konkreten Projekte, Maßnahmen und Initiativen wurden seit der Gründung der Kärntner Privatstiftung im Jahr 2002 von dieser gefördert?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):
Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Gerne, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren! Liebe Regierungskollegin, -kollegen! Meine Herren und Damen Abgeordneten! Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter Köfer! Ich bin nur in der Lage, über das Auskunft zu geben, ab dem Zeitpunkt, wo ich die Verantwortung für die Kärnten Stiftung, und um diese handelt es sich, übernommen habe. Das war mit der Übernahme der Landeshauptmannschaft im Jahre 2013. Denn die Satzung dieser Stiftung, die, wie du richtig sagst, 2002 erstellt wurde, ist aus dieser Zeit stammend und hat offensichtlich immer den jeweiligen Landeshauptmann als den Stif-

tungsvorsitzenden vorgesehen. Die Hauptziele sind in den Stiftungssatzungen drinnen, die, wie Sie ja wissen, bei Stiftungen äußerst präzise, genau und nachvollziehbar zu erstellen sind. Sie zielen darauf ab, in einem Teil auch Hilfe in besonderen Situationen zu geben, wo sich Menschen in Notsituationen befinden, was auch sehr streng, damit Missbrauch vorgebeugt wird, geschieht.

Und das Zweite ist, dass in den Gebieten Soziales, Wissenschaft, Ausbildung, Kultur und Sport das Bundesland Kärnten eine bestmögliche Entwicklung nehmen soll und dass dafür auch Gelder der Stiftung auf entsprechende Anträge hin und nach eingehendster Prüfung durch die Stiftungsmitglieder und durch den von ihnen geförmten Ausschuss zur Auszahlung gelangen. Folgende Projekte, um Ihrer Frage zu entsprechen – und ich glaube, wir haben beide dasselbe Verständnis, dass wir hier nicht mit Summen und Organisationen die eine oder andere Bloßstellung oder Zuordnung treffen wollen. Ich kann nur sagen, dass in der Zeit seit meiner Verantwortungsübernahme € 516.000,-- ausbezahlt wurden. Ich nenne jene Empfänger, ohne es summarisch festzuhalten, die davon betroffen waren. Wenn man genau zuhört und die Funktionalität dieser Organisationen einzuordnen imstande ist, dann wird man sehen, dass damit sehr exakt den Stiftungsgründen und den Stiftungszwecken entsprochen wurde. Im Förderbereich genannt beziehungsweise Förderungen erhalten haben: Der Verein JUST, Jugendnotschlafstelle, International School Carinthia, Infrastruktur für Kärntnerinnen und Kärntner, aber auch Ausländerinnen und Ausländer, Lakeside Science & Technology Park GmbH für eine Bildungskooperation mit dem Land Kärnten, ARGE SOZIAL Villach für ein Firmenfahrzeug und entsprechende Infrastruktur, die Universität Klagenfurt für ein Forschungsprojekt für Missbrauchsoffer, Gewalt an Kärntner Kindern und Jugendlichen in Institutionen des Landes, Carinthian International Club für Infrastruktur und Begegnungsräume. Die Anonymisierung mache ich folgendermaßen: Eine weibliche Begünstigte, das ist der von dir genannte Fall, für die Anschaffung eines Diabetiker-Warnhundes, eine weibliche Begünstigte für Therapie-Unterstützung, die „Soziale Tagesstätte Raphael“ für barrierefreie Einrichtungsrichtung, ein männlicher Begünstigter für eine Bestrahlungstherapie, der

Kaiser

Verein „Dorfservice“ für Aus- und Weiterbildungen und die Anschaffung von Hardware, eine Unterstützung einer Familie nach einem Wohnhausbrand, bei der die Versicherungsleistung zu gering dotiert war, eine weibliche Begünstigte für ein spezielles Lesegerät, die Pädagogische Hochschule Kärnten für das Projekt „Science for Girls“, ein männlicher Begünstigter für ein Elektro-Invalidenfahrzeug und zwei weibliche Begünstigte, eine für Delphin-Therapie und eine für eine Wohnungsmiete, deren Nichtbezahlung zur Folge gehabt hätte, dass es zu einer Delogierung gekommen wäre. Das sind die in dieser Zeit von Ihnen angefragten Auszahlungen gewesen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich nicht. Der Anfrager hat die Möglichkeit, bitte!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Geschätzter Herr Landeshauptmann! Das darf aber jetzt nicht dein oder euer Ernst gewesen sein, was du hier gemacht hast. Du zählst € 516.000,-- in deiner Amtszeit auf. Es gibt unterschiedliche Zahlen, zu denen werde ich heute noch kommen, leider kann ich nur eine Frage stellen. Warum verschweigt man es, wenn man jemandem die Miete zahlt? Ich möchte die Person gar nicht kennen. Wie kommt man dazu, Mietkosten zu übernehmen, die Uni Klagenfurt zu fördern, der Carinthian eine Infrastruktur zu schaffen, eine Versicherung zu zahlen et cetera, et cetera? Das wird hinterfragenswert werden, zumal diese Privatstiftung sehr viele Mysterien umgibt. Wenn man die angeführte Telefonnummer wählt, wird man mit der KELAG verbunden. Es lässt sich nirgends in diesem Stiftungsvertrag öffentlich eruieren, wer die notwendigen zehn Stiftungsmitglieder sind.

Sie haben Einsicht in sämtliche Sitzungsprotokolle seit dem Jahr 2002 als Vorsitzender des Aufsichtsrats. Es kann ja nicht sein, dass man sagt, das ist wurscht, was vorher passiert ist, ab meiner Zeit mache ich das jetzt. Sie haben sehr wohl Einsicht, Sie sagen aber, das weiß ich nicht, das sage ich nicht. Das lässt natürlich der

Spekulation Nahrung. Wir werden dieser Sache nachgehen, aber meine Frage ist eine andere. Konkret:

Wie viele eingebrachte Förderansuchen wurden in Ihrer Zeit als Vorsitzender des Aufsichtsrates als nicht förderungswürdig abgelehnt und mit welcher Begründung ist das passiert?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Abgeordneter, an und für sich ist es üblich, die zweite, zumindest die Zusatzfrage nicht langatmig zu begründen, sondern diese zu stellen. Ich habe das heute so toleriert, aber das für die Zukunft bitte zu beachten! Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Danke, aber ich habe dem geschätzten Abgeordneten sehr aufmerksam zugehört, und ich vermute, seine Motivation für diese etwas langatmige Frage erkannt zu haben, nämlich jene, ob es nicht sehr spannend wäre, hier dem Kärntner Landtag vom Jahr 2002 an alle Auszahlungen, die es von dieser Stiftung gegeben hat, die auch Rückschlüsse darauf erlauben würden, wieviel dort eingezahlt worden ist und aus welchen Gründen, zu erörtern. Geschätzter Herr Abgeordneter, ich habe ab 2013 Einsicht. Ich habe nicht Einsicht genommen in alle Auszahlungen seit Bestehen. Die waren und sind unter anderer Verantwortung geschehen und nicht unter Verantwortung einer Regierung oder eines Landtages, sondern unter dem damaligen Stiftungsvorstand, der im Übrigen in manchen Bereichen auch heute noch derselbe ist. Daher und um auch den Zweck der Stiftung in entsprechender Form abzuwickeln, geht es mir nicht darum – und glaube mir, ich könnte mehr davon profitieren als viele andere - hier jetzt eine von der Intention her für das Land Kärnten noch positiv zu nutzende Einrichtung durch irgendwelche Debatten im Nachhinein, wo nichts mehr veränderbar ist, vielleicht zu diskreditieren oder der Diskreditierung auszusetzen. Daher habe ich mich darauf beschränkt, das, was unter meiner Verantwortung passiert ist, darzustellen. Ich kann aber auch versichern, wenn Sie die eigenen Anfragen Ihres Kollegen Klocker anschauen, dass in zwei Anfragen genau diese jetzt nicht gestellte Frage von

Kaiser

mir beantwortet wird, nämlich genau jene, wer in dieser Stiftung drinnen ist. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Die zweite Anfrage:

2. Ldtgs.Zl. 41/M/32:**Anfrage Abgeordneter Prasch an Landeshauptmann Kaiser**

Ich darf ihn bitten, diese zu stellen!

Abgeordneter **Prasch** (TKK):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Herr Landeshauptmann, seit 2012 hat die SPÖ verlangt, die Stiftung aufzulösen. Und anstatt diesem Ansinnen nachzukommen, haben Sie im Jahr 2013 dann sogar den Vorsitz der Privatstiftung übernommen. Außerdem wollten Sie, Herr Landeshauptmann, dass das Stiftungsvermögen in einen Fonds übertragen werden und dieser vom Landesrechnungshof zu kontrollieren sein solle, damit sichergestellt wird, dass die Verwendung der Mittel für die Kärntnerinnen und Kärntner sichergestellt ist. Jetzt haben wir mittlerweile 2018, Ende 2018 und die Gebarung der Kärntner Privatstiftung ist dubioser und intransparenter denn je. Daher meine Frage:

Wann werden Sie Ihre 2015 medial getätigte Ankündigung in die Tat umsetzen und das gesamte noch vorhandene Kapital der Kärntner Privatstiftung, deren Aufsichtsratsvorsitzender Sie sind, in das reguläre Landesbudget überführen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Professor Prasch! Ich bin gerne bereit, all das, was ich ankündige, auch umzusetzen, ich bitte nur, präzise zu zitieren, was ich angekündigt habe, dann kann ich Ihnen auch erläutern, was ich umsetzen werde! Ich habe mir extra die Mühe gemacht, aufgrund Ihrer Anfrage herauszusuchen, was damals meine Aussage war, und ich zitiere aus entsprechender ORF-Homepage vom 09.08.2015: „Nun überlegt das Land, auch das restliche Kernkapital zu holen. Um über das verbleibende Stiftungsvermögen entscheiden zu können, will Kaiser anregen“ – anregen – „dass nicht ein Kernkapital von 2,8 Millionen Euro in der Stiftung bleibt, sondern dass man das, was noch vorhanden ist, mit dem offenen Betrag, der noch rechtlich zu klären ist, für Projekte verwenden kann, bis es Null ist.“ Und genau das haben wir auch gemacht. Eine Auflösung der Stiftung, wie es offensichtlich von euch gewünscht ist und das Überführen in einen Fonds wäre a) steuerrechtlich äußerst unklug und b) auch von rechtlicher und satzungsmäßiger Absicherung her nicht möglich. Was ich aber gemacht habe, ist, aus dieser Stiftung eine „aufzehrende“ Stiftung per Beschluss des Stiftungsvorstandes zu machen. Das heißt übersetzt in verständliche Sprache: Eine aufzehrende Stiftung bekommt einen Zeitpunkt, bis zu dem das Stiftungsvermögen aufzubrauchen ist, mit Ausnahme einer kleinen Summe, die für die entsprechende Bearbeitungsgebühr, für die jährlich zwingend zu erstellenden Abschlüsse benötigt wird. Das ist die Vorgehensweise, die wir gewählt haben. Ich habe nie gesagt, dass ich das Geld in das Landesbudget hereinhole. Was aber gemacht wird, ist, diese genau den Stiftungszwecken entsprechend – und das sind hehre Ziele, die wir auch abgebildet in vielen Voranschlägen des Landes Kärnten haben – diese dem zweckgewidmet auch zuzuführen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich bei keinem der Klubs, dann hat der Fragesteller die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen!

Abgeordneter **Prasch** (TKK):

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Das ist aber etwas anderes, als Sie vor Jahren angekündigt haben, weil diese Ankündigung auch Inhalte besessen hat, wie zum Beispiel die Kontrolle des Landesrechnungshofs für die Sicherstellung der Mittel und Ähnliches. Fakt ist, dass derzeit lediglich die Stiftung in ihren Statuten so geändert wurde, dass es die Möglichkeit gibt, das noch vorhandene Kapital mehr oder weniger auslaufen zu lassen, ohne dass jetzt in entsprechender Weise dafür auch entsprechende Projekte vorliegen. Und das ist meine Frage:

Wie lange wird das jetzt dauern?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Es wird in dieser Legislaturperiode bis zum Jahr, ich glaube, 2022 oder 2023 abgewickelt, sprich das gesamte Kernkapital verzehrt sein, mit Ausnahme dieses Betrages – der ist bei € 5.000,-- bis € 10.000,-- – der noch notwendig ist, um die letzte ordnungsgemäße Abwicklung dann auch satzungsgemäß feststellen zu können.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist die zweite Anfrage erledigt. Wir kommen zur dritten Anfrage:

3. Ldtgs.Zl. 42/M/32:

Anfrage Abgeordneter Klocker an Landeshauptmann Kaiser

Ich darf ihn bitten, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Klocker** (TKK):

Danke, Herr Präsident! Zuseher, Zuhörer und Hohes Haus! Leider darf ich in dieser scheinbar noch spannend werdenden Causa nur eine einzige Frage und Zusatzfrage stellen, deshalb wird es dann noch eine ausführliche Pressekonferenz geben! Eigenartig ist auch, dass 2012 gerade die

SPÖ diesen Fonds schwer bekrittelt hat und die Auflösung wollte! Ich komme jetzt dann gleich zu meiner Frage an den Herrn Landeshauptmann:

Wer sind die aktuellen beziehungsweise wer waren die ehemaligen Geldgeber, die die Kärntner Privatstiftung seit ihrer Gründung mit Kapital ausgestattet haben?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Gerne! Wie angekündigt, ist die zu erwartende Frage jetzt gestellt. Das Kernkapital der Stiftung in der Höhe von 2,8 Millionen Euro steht für gemeinnützige sowie mildtätige Zwecke und vor allem für soziale Projekte zur Verfügung und kann – und das noch einmal auf die beiden ersten gestellten Fragen – nicht durch das Land noch von einem einzelnen der Stifter quasi geholt und für irgendetwas anderes verwendet werden. Gemäß den Satzungsbestimmungen der Kärntner Privatstiftung wacht ein dreiköpfiger Vorstand über die satzungsgemäße Verwendung dieses Stiftungskapitals. Das Stiftungskapital in der Höhe von 4,5 Millionen Euro wurde im Kalenderjahr 2002 aufgebracht und wird im Sinne der Stiftungsurkunde bestimmungsgemäß verwendet. Seit damals – 2002, 4,5 Millionen Euro – gibt es keine neuen Geldgeber für die Stiftung. Man kann sich jetzt doch vielleicht ein bisschen damit auseinandersetzen und zusammenzählen, wie viel in dieser Stiftung gewesen sein dürfte. Seit damals gibt es keine neuen Geldgeber. Die Erststifter waren: RWE-Konzern, die STRABAG und die Hypo Alpe-Adria Bank, nunmehr in der Abwicklungsgesellschaft HETA organisationsmäßig umgewandelt. Die Tätigkeiten werden von einem fünfköpfigen Aufsichtsrat und von einem durch den Aufsichtsrat zu bestellenden Stiftungsprüfer überwacht. Das ist jener Bereich, Kollege Prasch und Kollege Köfer, für den wir bei der Verzehrung noch den letzten Teil aufrechterhalten müssen, um ordnungsgemäß ein Closing zu machen. Und ich glaube, dass damit die Frage ausführlich und implizit auch vorher gestellte Fragen, wenn man sie zusammenführt,

Kaiser

betragsmäßig beantwortet sind. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich nur beim Fragesteller. Dann darf ich ihn bitten, diese zu stellen!

Abgeordneter **Klockner** (TKK):

Danke sehr! Herr Landeshauptmann, Sie waren im Jahr 2012 bereits erfahrener Parteiohmann der SPÖ, langjähriges Mitglied der Landesregierung und des Landtages und es hat den Anschein, dass Sie die Partei immer im Griff hatten und haben. Sie wissen ganz genau, was Sie selbst und Ihre Leute im Klub tun. Nichts geschieht in der SPÖ-Landespartei oder –Regierung oder -Klub ohne Ihr Wissen. Deshalb frage ich genau Sie:

Schließen Sie zu einhundert Prozent aus, dass das Land Kärnten jemals ein Stiftungspartner gewesen ist und somit Kärntner Steuergeld in dieser Stiftung involviert ist oder war?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Zuerst Danke für das implizite Lob zu meiner Zeit als Parteivorsitzender! Das haben ja viele auch hier im Raum als jetzt tätige Abgeordnete einer anderen Partei genießen können! *(Heiterkeit und Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Ich möchte zur gestellten Anfrage nur so viel sagen: Seitdem ich die Verantwortung für dieses Land und qua dieser Funktion trage und selbst im Vorstand bin, ist weder das Land Kärnten – außer durch meine Funktion, festgelegt in den Stiftungssatzungen – in irgendeiner Form finanziell beteiligt gewesen noch haben irgendwelche Gelder in irgendeiner Form an das Land gebracht werden dürfen, weil das durch das Stiftungsgesetz und die Stiftungswidmung untersagt ist. Es ist daher aus meiner Sicht klar festzuhalten für den von mir zu verantwortenden Teil, dass kein

Euro an das Land Kärnten ausbezahlt wurde! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist die Anfrage erledigt. Wir kommen zur nächsten Anfrage:

4. Ldtgs.Zl. 43/M/32:**Anfrage Abgeordneter Klockner an Landeshauptmann Kaiser**

Bitte ihn, diese zu stellen!

Abgeordneter **Klockner** (TKK):

Danke, Herr Präsident! Im Jahre 2012 wurde das Musikschulwerk in seiner Form mit eigenen Bezirks- und Ortsmusikschulen aufgelassen. Stattdessen wurde eine Unterabteilung, genannt Musikschulen und Konzerthaus, eingerichtet. Es gibt derzeit auf alle Regionen Kärntens verteilt 28 eigenständige Musikschulen des Landes mit je einem Direktor oder einer Direktorin, die mehrere Standorte betreuen. Damit wollte man einst eine Stärkung der regionalen Identität erreichen, und ich nehme an, dass durch diese Maßnahme auch alle bestehenden Musikschulstandorte erhalten bleiben sollten. Im Jahr 2015 wurde dann gesetzlich auch verankert, dass das Land eine Musikschule zu errichten und zu führen hat. Ich zitiere aus dem Gesetz: „Soweit die Tragung des Sachaufwandes sichergestellt ist.“ Eigentlich sollte das Land ja auch Schulerhalter sein. Die Gemeinden müssen aber oft und jährlich bis zu sechsstelligen Beträge für die Musikschulen in ihrer Gemeinde leisten. Nachdem die Gemeinden ohnehin sehr mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, besonders mit den Aufgaben- und Kosten-Überwälzungen des Landes, wäre die derzeitige Praxis vielleicht zu überdenken. Heuer im Oktober wurden Überlegungen bekannt, sieben Musikschul-Standorte zu schließen, zum Beispiel Bad Bleiberg. Die Entscheidung darüber, wo zugesperrt werde, wurde noch für heuer angekündigt. Deshalb meine Frage an Sie, Herr Landeshauptmann:

Welche effektiven Maßnahmen werden Sie in den nächsten Wochen und Monaten setzen, um die derzeit bestehenden Musikschul-Standorte in

Klocker

Kärnten langfristig und mit einem hohen Qualitätsstandard zu sichern?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):
Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Abgeordneter! Um die nachfolgenden Dinge auch richtig einordnen zu können, möchte ich ganz kurz für uns alle gemeinsam die derzeitige Struktur und Dimension des Kärntner Musikschulwesens in Erinnerung rufen. Wir haben seit 2012/2013 diese in regionale Musikschulen organisiert, 27 Direktionen inklusive der Slovenska Glasbena šola dežele Koroške betreuen aktuell 75 Standorte in 74 Gemeinden sowie 155 Unterrichtsorten.

Aktuell sind 461 Musikschulpädagoginnen und -Pädagogen an den Schulen aktiv, von denen rund 14.500 Schülerinnen und Schüler – ich kann die letzte Zahl erst nachdem Umsetzungen und Meldungen am 15. November ergangen sind, liefern – unterrichtet werden, wobei nicht alle Schülerinnen und Schüler in der Elementar-Musikpädagogik dazugezählt sind. Sie wissen, dass wir auch die Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen zusätzlich mit hineingenommen haben. Diese Zahlen stehen leider noch nicht fest. Wir haben aber drei Ebenen von Qualitätskriterien, wie wir es insgesamt im Bildungswesen haben. Ich erspare es mir, Sie kennen es genauso gut wie ich, unser Schulstandort-Konzept, das darauf abzielt, unter einem pädagogischen Dach und unter einem baulichen Dach möglichst viele dieser Bildungsinstitutionen aus pädagogischen, aber auch aus Kostengründen zusammenzufassen. Das Erste ist, dass die Qualität der musikalischen Ausbildung und die vermittelten Inhalte gewährleistet sein müssen. Dazu gehört unter anderem auch eine funktionierende Klassenstruktur der jeweiligen Lehrkraft. Dazu gehört eine gewisse kritische Masse, einfacher gesagt, eine gewisse Grundanzahl, mit der diese Unterrichtseinheiten und dieser Unterricht auch geführt werden sollen. Dazu gehört auch resultierend eine entsprechende Nachfrage nach Ergänzungsfächern, was oft wichtig ist, auch als örtliche Förderung für Musikkunde, Orchester-Ensembles vor Ort. Und die Lehren-

den sind angehalten, eine gewisse gemeinsame Bildungswirkung aller Unterrichtsfächer anzustreben, was durch klasseninterne und fächerübergreifende Projekte zu gewährleisten ist.

Das Zweite ist die Qualität der Infrastruktur, hier kann ich sagen, nicht zuletzt wegen dieser von mir genannten Bildungszentren-Grundorientierung, aber auch wegen der exzellenten Zusammenarbeit mit dem Schulbaufonds. Das ist jener Bereich, in dem Reparaturen und Weiterentwicklungen bis zu Neubauten und Erweiterungen finanziert werden. Da haben wir an einigen Standorten wirklich Optimierungsbedarf gehabt, den wir sicherstellen können oder sicherstellen werden. Zu diesen Projekten gehören Brückl, Straßburg, Millstatt. Zur Qualität der Flächendeckung ist zu sagen, dass wir in 74 Gemeinden von 132, also mehr als 50 Prozent – das gibt es nirgendwo auch nur annähernd in einem anderen Bundesland in dieser Dichte! Ich sage ganz offen: Das war auch immer Intention jener politischen Verantwortungsträgerinnen und -träger, die in den letzten 10, 15, 20 Jahren dafür Verantwortung getragen haben. Ich erinnere an den legendären Satz vom Dritten Präsidenten Gallo, der in einer Anfrage an den Kärntner Landtag gesagt hat, was tönt so schön in Kärntens Dörfern? Es sind die Musikklänge aus der Musikschule, der damit aber ausgedrückt hat – (*Abg. Trettenbrein: Bravo, Joe!*) - ja, ja, das war ja als Lob gemeint, ich sage es ihm eh immer wieder – dass diese Musikerziehung flächendeckend österreichweit einzigartig ist und sich in Erfolgen bei „prima la musica“ und vielem widerspiegelt.

Das Dritte ist auch entscheidend, nämlich die Qualität der Flächendeckung. Auch hier brauchen wir in entsprechender Form Einrichtungen von sogenannten Werkstätten, dass man nicht nur den Frontalunterricht Musik zu Erziehenden/Musikerzieherinnen/Erziehern hat, sondern dass wir schauen können, wie können wir das auch in einer überschaubaren gemeinsamen Struktur zusammenfassen. Ich habe jetzt die Abteilung 6 beauftragt, Frau Kollegin Hubmann mit ihrem Team, festzustellen, ob wir all diese Kriterien an allen Standorten, das sind die Gemeinden plus die 155 Standorte, auch erfüllen. Wir haben als entsprechende Kriterien, die eine Überprüfung notwendig machen, folgende vier dargestellt: Äußerst geringe Schülerinnen- und Schülerzahl, damit verbunden das kleine Fächer-

Kaiser

Angebot und die kleine Klassenstruktur sowie daraus wiederum resultierend das weitgehende Fehlen von Ergänzungsfächern. Nach dem haben wir alle Standorte überprüft. Herr Kollege, es sind die besagten sieben Standorte, die jetzt noch einmal nach diesen Kriterien überprüft werden, wo es Gespräche mit den Verantwortlichen geben wird und wo noch keine Entscheidung gefallen ist. Diese Standorte werden wir jetzt im laufenden Schuljahr überprüfen und dann entsprechende Entscheidungen treffen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich nicht. Dann hat der Fragesteller die Möglichkeit!

Abgeordneter **Klocker** (TKK):

Danke, Herr Landeshauptmann, für die umfassende Beantwortung! Ob jetzt etwas zugesperrt wird oder nicht, wissen wir trotzdem nicht. Zur Zusatzfrage:

Werden Sie als zuständiger Bildungsreferent Maßnahmen zur Beseitigung der anteiligen Erhaltungspflichten der Gemeinden für Musikschulen und Volksschulen vornehmen, um damit eine Verwaltungsvereinfachung – weil da gibt es ja Zweigleisigkeiten – und eine Entlastung der Gemeinden zu erreichen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Abgeordneter! So schwerwiegende Entscheidungen würde ich niemals in einer Anfragebeantwortung, noch dazu sind es Finanzbereiche, die den Gemeindeferenten, die Finanzreferentin gleich betreffen, ansagen. Ich kann aber nur von einer anderen Seite her sagen, dass unsere Modelle, was die Baulichkeiten betrifft, vom Schulbaufonds äußerst positiv bewertet werden, auch vom Rechnungshof positiv bewertet wurden, mit einer einzigen Anregung,

die Gremien, die zu entscheiden haben, zu verkleinern, was wir nicht machen, weil uns Mitsprache sehr viel wert ist. In allen anderen Belangen kann ich nur sagen, das ist ein System, das sich lange als positiv erwiesen und sich entwickelt hat. Jede Volksschule und jeder Antragsteller ist gut beraten, rechtzeitig zu schauen und beim Schulbaufonds anzusuchen. Denn diese Finanzierungen sind im Vergleich zu dem, was wir vor 20 Jahren in dem Land bei Reparaturen, Instandhaltungen und Weiterentwicklungen hatten, weit dahinter. Denn wir haben eines, was ich bereits eingangs gesagt habe: Ein Gesamtkonzept, das bauliche und das pädagogische, und das im Rahmen eines Kärntner Schulstandort-Konzeptes, das wir jetzt die zweite Legislaturperiode lang durchsetzen, umsetzen, und ich glaube, in letzter Konsequenz in positiver Form. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. Wir kommen zur fünften:

5. Ldtgs.Zl. 44/M/32:**Anfrage Abgeordneter Rauter an Landesrat Gruber**

Ich bitte ihn, die Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Rauter** (FPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Sehr verehrte Regierungsmitglieder, vor allem auch liebe geschätzte Abgeordnete und liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Bleistätter Moor-Straße führt rund 1,5 Kilometer durch den neu entstandenen Flutungsbereich am Ostufer des Ossiacher Sees. Sie ist auch die Hauptverkehrsader für die Bevölkerung und die Wirtschaftstreibenden in den betroffenen Gemeinden, vor allem für die der Gemeinde Ossiach. Die Anzahl der Fußgänger und Radfahrer, die dieses Gebiet besuchen, steigt ständig. Im August des heurigen Jahres wurden daher verkehrsberuhigende Maßnahmen wie eine Tempo-Reduktion auf 70 km/h und drei Verengungen auf der 1,5 Kilometer langen Straße vorgenommen. Immer wieder kommt es tagtäglich zu gefährli-

Rauter

chen Situationen zwischen Radfahrern, Fußgängern und verschiedenen Kraftfahrzeugen, daher fordert auch der gesamte Gemeinderat der Gemeinde Ossiach in einer einstimmig gefassten Resolution, die an die Kärntner Landesregierung gerichtet ist, dass die Landesstraße Bleistätter Moor in ihrer Funktion als vollwertige Landesstraße wieder herzustellen ist und dass für die Sicherheit der Fußgänger und Radfahrer ein eigener Geh- und Radweg westlich der Landesstraße zu errichten wäre. Deshalb meine Anfrage an den Herrn Landesrat Gruber:

Wann wird der im ursprünglichen Plan vorgesehene Geh- und Radweg westlich der Landesstraße Bleistätter Moor errichtet, um die Verkehrssicherheit für Fußgeher und Radfahrer zu erhöhen?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat Gruber, bitte um Beantwortung!

Landesrat **Gruber** (ÖVP):

Hoher Landtag! Geschätzter Präsident! Liebe Regierungskollegin! Liebe Regierungskollegen! Geschätzter Herr Abgeordneter Bürgermeister Rauter! Ein herzliches Danke für diese Anfrage! Mit der Sanierung des Bleistätter Moors wurde ein Jahrhundert-Projekt umgesetzt und es entstand ein neuer Raum für Flora und Fauna, für Erholungssuchende und für den Tourismus. Die Nutzungskonflikte zwischen Landwirtschaft, Tourismus, Naturschutz und Anrainer wurden bewältigt und eine nachhaltige Bewirtschaftung der Flächen und des touristischen Angebotes konnten sichergestellt werden. Dies hatte zur Folge, dass die Region verstärkt von Einheimischen und Touristen als Naherholungsziel angesehen und besucht wird. Mit der Flutung des Bleistätter Moors hat sich auch die Verkehrszusammensetzung auf der L 50 Bleistätter Moorstraße, die eine wichtige Verbindungsfunktion zwischen der Ossiacher Straße und der Ossiacher Süduferstraße ist, wie es auch der Anfrager schon gesagt hat, verändert. Es entstanden neue Herausforderungen, um Fußgänger und Radfahrer zu schützen. So haben Erhebungen auf diesem Straßenstück, auf dieser Landesstraße ergeben, dass die gefahrene Höchstgeschwindigkeit auf diesem 1,4 Kilometer langen Landes-

straßenstück 171 km/h beträgt. Um den neuen Anforderungen für den Fußgänger- und den Radverkehr an der L 50 nachzukommen, wurde vom Amt der Kärntner Landesregierung eine Untersuchung, durch welche Maßnahmen das Gefährdungspotential reduziert werden könne, unter Einbindung der betroffenen Gemeinden und der Tourismus-Verantwortlichen der Region in Auftrag gegeben. Es wurden in den letzten Jahren verschiedene Varianten von Maßnahmen gemeinsam mit den betroffenen Dienststellen des Landes und den Verantwortlichen der Region diskutiert, einerseits mit dem Tourismus, andererseits auch politisch. Begonnen haben diese Gespräche mit der Frau Bürgermeisterin Mittermüller, fortgesetzt mit Bürgermeister Kavalari und mit Bürgermeister Huber aus Ossiach. Dabei hat sich ergeben, dass aufgrund der Untergrund-Verhältnisse - setzungsempfindliches Moorgebiet - es nicht möglich ist, die Straße einfach zu verbreitern und durch den Bau von Geh- und Radwegen für die erforderliche Sicherheit der Benutzer der L 50 Sorge zu tragen. Bereits beim Bau der L 50 Bleistätter Moorstraße kam es zu einem hydraulischen Grundbruch. Das heißt, dieses Bauwerk, diese Straße ist versunken, wodurch es erforderlich war, durch mehrmaliges Aufschütten schrittweise einen tragfähigen Damm herzustellen. Wir haben teilweise Schichtstärken von 11,5 Metern. Also, wir haben 11,5 Meter Tragschicht aufgeschichtet in diesem hochsensiblen Moorgebiet. Das ist durch Kernbohrungen auch nachzuweisen. Die Errichtung eines kombinierten Geh- und Radweges ist somit geologisch als sehr problematisch zu betrachten. Erschwerend kommt hinzu, dass die beim Bau dieser Weganlagen entstehende Auflast die gesamte Landesstraße gefährden könnte und daher definitiv von einer Verbreiterung Abstand genommen werden muss! Das heißt, wenn ich einen Radweg aufschütten würde, würde die Landesstraße mitunter versinken. Das kann nicht Ziel des Gesamtprojektes dort vor Ort sein!

Aufgrund der bevorstehenden Sommer-Saison des heurigen Jahres wurden daher kurzfristig Sofortmaßnahmen umgesetzt, um das Risiko von Unfällen von Radfahrern und Fußgängern zu reduzieren. Das wurde vor allem als Pilotprojekt umgesetzt. Es war einmal ein Zugang, es zu versuchen. Diese Maßnahmen wurden von Geschwindigkeitsmessungen und Interaktionsbe-

Gruber

obachtungen begleitet, um im Rahmen einer Evaluierung festzustellen, inwieweit die gesetzten Maßnahmen erfolgreich waren oder durch weitere oder andere Maßnahmen ergänzt beziehungsweise ersetzt werden sollen. Ein erstes Zwischenergebnis dieser Interaktionsbeobachtungen zeigt, dass die umgesetzten Maßnahmen von den einzelnen Verkehrsteilnehmern jedenfalls den gewünschten Effekt erzielt haben. 94 Prozent der gezählten Radfahrer passieren den neben den Pollern rechts begrenzten und farblich rot markierten Fahrbahn-Bereich. Insgesamt waren von den 1.272 KFZ-Lenkern lediglich 9 Prozent direkt von der Wartepflicht betroffen. Auch wurde während des gesamten Erhebungszeitraumes keine gefährliche oder konfliktträchtige Interaktion registriert. Unabhängig vom Ergebnis der Evaluierung ist anzumerken, dass der Radverkehr aufgrund der technischen Situation weiter auf der Landesstraße geführt werden muss. Überdies ist festzustellen, dass die bisher getätigten Maßnahmen aus Sicht der verordnungsgebenden Bezirkshauptmannschaft Feldkirchen als positiv wahrgenommen wurden und bei der Bezirkshauptmannschaft keine Beschwerden diesbezüglich vorliegen.

Zusammenfassend darf ich somit einerseits auf die noch laufende Evaluierung des heurigen Pilotprojektes verweisen, deren Ergebnis wir noch abwarten, andererseits kann ich hinsichtlich einer langfristigen baulichen Lösung rückmelden, dass aufgrund des bereits ausgeführten Abstandnehmens von einer Verbreiterung aufgrund des schwierigen Terrains bereits Alternativen erarbeitet werden, die langfristig mehr Sicherheit bieten sollen und die vor allem auch dem Schutz der Radfahrer und Fußgänger zugutekommen sollen. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich nicht! Dann hat der Anfrager die Möglichkeit, bitte!

Abgeordneter **Rauter** (FPÖ):

Geschätzter Herr Landesrat! Ist es zukünftig gewährleistet und werden Sie das unterstützen, dass diese Landesstraße für alle Verkehrsteil-

nehmer, alle Fahrzeuge in beiden Fahrrichtungen auch in Zukunft freigegeben sein wird?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, bitte um Beantwortung!

Landesrat **Gruber** (ÖVP):

Die Bleistätter Moor Landesstraße ist für den gesamten Verkehr freigegeben in der Art und Weise, wie es auch jetzt stattfindet. Die Verengungen auf diesem Straßenstück dienen nur der Sicherheit und vor allem der Geschwindigkeitsreduktion zum Schutz der FußgängerInnen und Fahrradfahrer, die dort diese Straße benutzen. Deshalb ist es auch notwendig geworden in diesem Pilotprojekt, diese Poller zu setzen, die momentan schon nicht mehr vorhanden sind aufgrund des Winterdienstes, weil sie in weiterer Folge sonst beim Schneeschieben stören würden. Wir evaluieren dieses Projekt und hoffen damit, den Fußgängerinnen und Fußgängern, den Radfahrerinnen und Radfahrern die notwendige Sicherheit zu gewährleisten, vor allem auch die Zügigkeit und Durchflussmäßigkeit des Verkehrs auf diesem Landesstraßenstück auch weiterhin zu gewährleisten. Was auf jeden Fall beabsichtigt ist – und das habe ich in meinen vorherigen Ausführungen auch schon kundgetan – auch weitere Maßnahmen zu setzen, um das noch weiter zu entschärfen. Nur aufgrund der Tragfähigkeit und des geologischen Gutachtens war es nicht möglich, das von dir jetzt auch angesprochene und gewünschte Projekt umzusetzen, nämlich einen Geh- und Radweg anzuschütten. Das würde die Gesamtsicherheit dieses Landesstraßenstückes gefährden und das würde implementieren, dass dann nicht mehr der gesamte Verkehr über diese Straße rollen könnte. *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt. Wir kommen zur nächsten Anfrage:

Ing. Rohr

6. Ldtgs.Zl. 45/M/32:

Anfrage Abgeordneter Köfer an Landeshauptmann Kaiser

Ich darf ihn bitten, diese Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Herr Präsident! Hohes Haus! Im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft ist und war seitens der Bundesregierung für Kärnten keine einzige Veranstaltung geplant und es hat ja auch keine im Rahmen dieses EU-Ratsvorsitzes der Bundesregierung gegeben. Man hat sich damals auch extra für die ÖVP als Koalitionspartner entschieden, das ist gut so, und diese ausgewählt, um die guten Kontakte nach Wien zu nutzen. Wir haben schon im Frühjahr eine klare Missachtung des Bundeslandes Kärnten festgestellt, weil für den Vorsitz von Juli bis Dezember ein sehr hoher zweistelliger Millionenbetrag veranschlagt wurde, wobei kein einziger Cent davon nach Kärnten geflossen ist. Eine entsprechende Veranstaltung von Seiten der Bundesregierung hätte im Zuge dieses Ratsvorsitzes für Kärnten eine einzige Möglichkeit auch dargestellt, sich international zu präsentieren. Daher meine Frage:

Inwiefern hat Kärnten vom österreichischen Vorsitz im Rat der Europäischen Union bisher profitiert?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Geschätzte Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Ich habe eine etwas andere Einstellung. Ich glaube nicht, dass einzelne Länder oder Wirtschaftszweige von einem Ratsvorsitz profitieren sollen. Wichtig ist, dass der europäische Gedanke, die europäische Politik forciert werden soll. Eigentlich ist es aus politischen Überlegungen sekundär, wo das stattfindet.

Zweiter Teil Ihrer Anfrage betrifft: Hätten wir in Kärnten gerne etwas gehabt? Ja, wir wären bereit gewesen, wenn die Bundesregierung an uns herangetreten wäre, um eine/s der formellen/infor-

mellen Ratsitzungen oder Ministertreffen durchzuführen. Das ist nicht geschehen, das nehmen wir zur Kenntnis. Aber wir wären nicht das Bundesland Kärnten, wenn wir nicht von uns aus einige Akzente gesetzt hätten. Und gerade die letzte Woche wird auch Sie überzeugt haben davon, dass wir sehr wohl in der Lage sind, auch europäische Politik in Kärnten stattfinden zu lassen! Vielleicht etwas anders und eher auf der Ebene von informellen Bereichen, wo wir die Interessen der Regionen und somit auch der Bundesländer stärker akzentuieren, als sie wahrscheinlich bei jeder Ratssitzung sonst der Fall gewesen wären. Wir haben im ersten Veranstaltungsbereich eine großartige Tagung gehabt, eine sogenannte High Level Conference, wo über die Fortsetzung der Koalitionspolitik in der nächsten Legislaturperiode oder Finanzierungsperiode der Europäischen Union debattiert werden soll, das sind die Jahre 2020, 2021 bis 2027, und wo es darum geht, dass Bundesländer, die Teil eines Staates sind, der Nettozahler ist, auch weiterhin bei den strukturellen Regionalförderungsmitteln bedacht werden. Und das betrifft alle EFRE-Mittel, das betrifft alle Sozialmittel und es betrifft auch, zwar nicht strukturfördernd, sondern landwirtschaftsfördernd dann die ELER-Mittel. In diesen Bereichen geht es für Kärnten um sehr, sehr viel Geld. Wir haben allein aus diesen genannten Strukturfonds plus ELER seit unserer Mitgliedschaft bei der Europäischen Union – das werden im Jahr 2020, das ist dann auch der Auslauf der jetzigen Förderperiode, 25 Jahre sein – über 800 Millionen Euro nach Kärnten geholt! Und das ist, glaube ich, doch eine herzeigbare, viele Investitionen ausgelöst habende und mit dem Faktor 2,5 zu multiplizierende Zahl. Auf diese Ebene haben wir uns kapriziert.

Wir haben einen zweiten Bereich, jetzt kein Kommissarinnen-, Kommissartreffen, aber eine Kommissarin, die sehr gut auch zu Entwicklungspotentialen des Landes Kärnten passt, nämlich die Kommissarin Mariya Gabriel, zuständig für digitale Entwicklung und digitale Gesellschaft, auch am letzten Samstag bei uns gehabt und dort hat sie in einer außerordentlichen Sitzung der Landesregierung in einem Europa-Dialog, bei dem leider nicht viele der Abgeordneten anwesend waren und dann auch bei der Spatenstichlegung von Infineon äußerst bemerkenswerte Aussagen gemacht. Sie war exzellent

Kaiser

vorbereitet und wusste sehr viel über unsere Stärken im Bundesland Kärnten, insbesondere was Digitalisierung, Innovationen, Halbleitertechnologien betrifft. Und die bemerkenswerte Aussage in einer Zeitung, die Sie genauso gerne lesen wie ich, in „Österreich“ dieser Tage ist ja, dass Kärnten aus Sicht der EU das Potential zu Silicon Valley innerhalb der Europäischen Union habe. Ich bin als Landeshauptmann von Kärnten selten mit solchen Superlativen konfrontiert, habe es umso mehr auch als Ansporn gesehen, in Zukunft dies zu entwickeln! Und was ich daraus resümiere ist, wir werden auch beim nächsten Ratsvorsitz der Europäischen Union, wenn ihn Österreich haben sollte, also in dreizehneinhalb Jahren, jederzeit bereit sein, einen Rat, einen informellen Bereich von unserer Seite her zu beherbergen, aber wir werden uns nicht zu Bittstellern machen, sondern werden, wenn man unsere Vorteile anerkennt, jederzeit für Österreich, für Europa bereitstehen! Das ist meine Herangehensweise und die haben wir auch realisiert! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich nicht. Dann hat der Anfrager die Möglichkeit. Bitte!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Bei aller Wertschätzung, diese High Level Conference (*Der Redner überlegt kurz. – Abg. Scherwitzl: Jetzt bist du sprachlos!*) – mir fehlen die Worte, ich bin sprachlos! Es gibt 350 Regionen in der Europäischen Union, 350 verschiedene Regionen, die sich treffen, fangen wir anders an! Von diesen 350 sind exakt 13 Teilnehmer bei dieser High Level Conference anwesend gewesen und wenn man dann die Kollegin Schaar abzieht, den Kollegen Gruber, die Kollegin Prettnner und den Herrn Landeshauptmann, dann sind es gar nur mehr neun. Von den neun waren noch ein paar andere aus Kärnten, Vizepräsident der Wirtschaftskammer, lediglich vier Leute haben aus der EU den Weg nach Kärnten zu dieser High Level Conference gefunden. Liebe Freunde, das hätten wir – einer war aus Tirol, einer aus dem Burgenland und zwei aus Salzburg. Wenn man das im Kulturhaus Rothenthurn

gemacht hätte, dann hätte man sich die Fahrtkosten dieser Leute etwas ersparen können und es wäre ein würdiger Rahmen gewesen. Das zum einen. Eine High Level Conference mit vier Teilnehmern aus der EU ist natürlich etwas bescheiden, aber man kann ja alles irgendwo erklären und schönreden. Meine Frage geht trotzdem in diese Richtung. Es tut mir leid, dass man nicht wirklich eine Antwort auf diese Fragen bekommt:

Welchen finanziellen, politischen oder wirtschaftlichen Benefit hat diese kuriose High Level Veranstaltung dem Land Kärnten gebracht?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landeshauptmann, bitte um Beantwortung!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Auch auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen, wenn man es beim ersten Mal nicht verstanden hat: Es geht nicht darum, dass wir hier versuchen, riesige makroökonomische Gewinne bei einer Konferenz zu akquirieren. Das hat weder Salzburg, noch Tirol, noch Wien, noch sonst wer gemacht. Ganz im Gegenteil, schauen Sie sich die immer wieder von Ihnen gerne zitierten volkswirtschaftlichen Ausgaben für Sicherheit, Terrorbekämpfung, Vor- und Nachbereitungen an, dann werden Sie sehen, dass ein Nullsummenspiel noch eines der günstigeren Elemente ist! Dass es natürlich Werbung für den Ort ist und dass es natürlich auch eine wichtige politische Aufgabe ist, da stimme ich Ihnen zu! Aber wir haben es nicht bekommen – warum sollte ich mich deswegen jetzt hier öffentlich grämen? Zweitens: Man muss sich schon ein bisschen auskennen bei den Dingen, Herr Abgeordneter Köfer, wenn man in Detail-Diskussionen in einem Gebiet, wo man eher selten politisch zu Hause ist, hineingeht. Bei solchen High Level Conferences geht es darum, dass entscheidende Anträge und Gegenstände, die im Ausschuss der Regionen in der letzten Sitzung des Jahres – und hier geht es immerhin um den mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union, wo der Ausschuss der Regionen eine Stellungnahme akkordiert auch dem Europäischen Parlament übermitteln kann. Und dazu kommen jetzt nicht 350 Abgeordnete, wie Sie es vielleicht gerne

Kaiser

hätten, um dann mit irgendeiner Zahl brillieren zu können! Dort kommen genau jene, die bei uns im Landtag die Berichterstatter sind, „Rapporteure“ nennt man das und die dort dann die notwendigen Informationen mit Diskussionen in der Region vor Ort und auch – wenn Sie schon Zahlen in den Raum stellen, dann stellen Sie korrekte Zahlen in den Raum – europäische Institutionen repräsentieren, die entsprechende wissenschaftliche Begleitungen und anderes Inhaltliches machen. Wir waren alle dort und wir haben natürlich geschaut – und das ist ja das Wesentliche an der Politik, wenn ich in einer Region etwas mache, dass ich das mache, was die Region benötigt! Der Kollege Gruber hat es genutzt, um ein Plädoyer für eine weitere Finanzierung der Landwirtschaft, weil sie entscheidend ist für den ländlichen Raum, zu tätigen. Die Kollegin Schaar ist dafür eingetreten, dass wir wirklich in den Gebietskulissen auch jene bäuerlichen Bereiche stärken, die Kulturlandschaftserhaltung machen. Und die Kollegin Prettnner hat sich dafür eingesetzt, dass der Bereich der Gesundheit für alle in Kärnten oder in jeder Region Europas gleich viel wert ist. Und auch ich habe meine Stellungnahme dazu abgegeben, die darin gipfelte, dass wir als Bundesländer, als Regionen, als Ausschuss der Regionen und auch gut beraten als Republik Österreich alles tun sollten, dass der regionale Anteil der zukünftigen Budgets gleich dotiert wird wie bisher, denn wir zählen zu den Hauptnutznießern und mehr, als es jeder einzelne Gipfel oder jedes Gipfelgespräch jemals nur ausweisen könnte, sind diese von mir genannten über 800 Millionen Euro in den letzten Jahren. Und das ist die Aufgabe, die ich als Kärntner Landeshauptmann und im Ausschuss der Regionen gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen – ich bedanke mich bei den Regierungsmitgliedern – auch wahrnehme! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Beantwortung! Wir kommen zur nächsten Anfrage:

7. Ldtgs.Zl. 46/M/32:

Anfrage Abgeordnete Dieringer-

Granza an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettnner

(Abg. Dieringer-Granza: Mündlich in der nächsten Sitzung!) - In der nächsten Sitzung mündlich, ist der Wunsch! Dann werden wir das so wieder auf die Tagesordnung nehmen.

Dann kommen wir zur achten Anfrage:

8. Ldtgs.Zl. 47/M/32:**Anfrage Abgeordneter Prasch an Landesrätin Schaar**

Ich darf ihn bitten, diese Anfrage zu stellen!

Abgeordneter **Prasch** (TKK):

Danke, Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! In Kärnten gibt es derzeit keine offiziell vom Land finanzierte Anlaufstelle beziehungsweise Selbsthilfegruppe für Transgender-Kinder und -Jugendliche. Und das, obwohl es im Alter von 9 bis 20 Jahren rund 1.000 Betroffene in unserem Bundesland gibt. Selbst ich bin konfrontiert mit Familien, die diese Aufgabe am schwersten betrifft. Viele trauen sich mit diesem Problem aber erst gar nicht an die Öffentlichkeit und sind erheblichen psychischen Herausforderungen ausgesetzt. Es erscheint als zwingend notwendig, dass analog dem Vorgehen anderer Bundesländer auch in Kärnten ein niederschwelliges Angebot in diesem Bereich entstehen soll und vom Land maßgeblich mitgetragen wird. Betroffene müssen einerseits die entsprechende Hilfe und Unterstützung erfahren, und die Politik darf andererseits vor dieser Herausforderung nicht die Augen verschließen. Diesem ernsten Thema muss mit dem nötigen Respekt begegnet und eine entsprechende Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeit angeboten werden. Dem entgegen steht die Aussage von Landesrätin Schaar vom 07.10.2018, ich zitiere aus dem Online-Angebot des ORF: „Nach einem langen Behördenweg kam schließlich die Absage, das Konzept sei nicht förderwürdig. SPÖ-Landesrätin Sara Schaar sagte dazu, es gehe hier um eine Summe von rund 100.000,- Euro, mit ihren Budgetmitteln könne sie das nicht leisten: ‚So ehrlich bin ich, ich will auch nicht, dass die Mutter weiter getröstet wird mit irgendwelchen

Prasch

Versprechen. Das können wir uns derzeit nicht leisten.““ Daher meine Frage:

Warum wird eine Erstanlaufstelle für Transgender-Kinder und -Jugendliche in Kärnten aus Ihren Referatsbereichen nicht unterstützt beziehungsweise gefördert?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte die Frau Landesrätin um Beantwortung!

Landesrätin **Schaar** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident! Kollegen auf der Regierungsbank! Geschätzte Landtagsabgeordnete! Vielen Dank für diese Anfrage, auch für das Erkennen der Notwendigkeit dieses Themas! Das Konzept der betroffenen Mutter ist am 10. Juli bei mir eingelangt. Wir haben es auf Förderwürdigkeit überprüft und mussten feststellen, dass es den Förderrichtlinien nicht entspricht, somit leider Gottes nicht förderbar ist. Kurz zu den Summen: Es geht um knapp 100.000,- Euro. Über 50 Prozent davon wären Personalkosten gewesen, der Rest teilt sich auf Sachkosten auf. Diese Stelle wäre eine räumliche in Klagenfurt gewesen. Wie Sie richtig erkannt haben, braucht es ein niederschwelliges Angebot in diesem Bereich, ein Angebot vor Ort. Viele Eltern, Pädagoginnen, Pädagogen, vor allem die Kinder und Jugendlichen wissen oft nicht, was auf sie zukommt, wissen oft nicht, was im eigenen Körper passiert, haben oft irrsinnig hohe Hemmschwellen, damit in die Öffentlichkeit zu gehen oder sich irgendwo Beratung zu holen, deshalb müssen wir vor Ort, am besten in die offene Jugendarbeit. An einem solchen Konzept wird gearbeitet, das an bestehende Strukturen anschließt. Denn was eine Erstanlaufstelle nicht kann, und das kann sie auch in dem vorgelegten Konzept nicht, sie kann keine Expertise bieten. Sie kann lediglich ein Angebot im niederschweligen Bereich sein, damit entweder betroffene Eltern oder Kinder und Jugendliche selbst oder Pädagoginnen und Pädagogen eine Möglichkeit haben, Informationen zu diesem Thema zu erhalten. Laut unserer Information wird gerade eine Arbeitsgruppe in der KABEG eingerichtet, die dazu auch die nötige Expertise dahinter stellt. Dann ist es wichtig, einen Zusammenschluss zwischen den Anlauf-

stellen vor Ort und der KABEG, eine Verknüpfung herzustellen, damit den Betroffenen so rasch wie möglich, aber mit der höchsten Expertise wie möglich geholfen werden kann! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Das sehe ich nicht! Dann ist diese Frage erledigt.

Wir kommen noch zur neunten Anfrage:

9. Ldtgs.Zl. 48/M/32:**Anfrage Abgeordneter Trettenbrein an Landesrat Fellner**

Ich darf ihn bitten, diese zu stellen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Landesrat:

Wie hoch ist das Budget des Nothilfswerkes für die Unterstützung der Opfer der Hochwasser-Katastrophe Ende Oktober, Anfang November 2018?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, bitte um Beantwortung!

Landesrat **Fellner** (SPÖ):

Geschätzter Herr Abgeordneter: 3.013.591,26 Euro. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Gibt es den Wunsch nach Zusatzfragen? – Herr Abgeordneter Trettenbrein? (*Abg. Trettenbrein bejaht dies.*) Dann, bitte, diese zu stellen!

Abgeordneter **Trettenbrein** (FPÖ):

Herr Landesrat! Genau diese Antwort habe ich mir von Ihnen erwartet. (*Heiterkeit unter den Abgeordneten der SPÖ-Fraktion.*) Angesichts

Trettenbrein

der vorhandenen Mittel und der prognostizierten Schäden von circa 280 Millionen Euro sowie der bekannten Prozentsätze für die Entschädigung frage ich Sie:

Wie konnten Sie am 02. November in der Sendung „Kärnten heute“ behaupten, dass es Betroffene geben wird, die den Schaden zu einhundert Prozent abgegolten bekommen werden?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Herr Landesrat, bitte um Beantwortung!

Landesrat **Fellner** (SPÖ):

Herr Landtagsabgeordneter! Wenn man sich mit Schäden aus der Vergangenheit befasst, wenn man sich zum Beispiel mit der Schadensabwicklung im Bezirk Wolfsberg, wo wir herkommen, in Lavamünd beschäftigt, wenn man in Afritz nachfragt, dann wird man draufkommen, dass eine Schadensabwicklung teilweise zu einhundert Prozent erfolgt ist. Es gibt auch einige ganz, ganz wenige Fälle, wo es darüber liegt. In Lavamünd, da habe ich mich erkundigt, war die Schadensabwicklung so, dass der Schaden – alles zusammen – zwischen 90 und 95 Prozent abgegolten worden ist. Was meine ich damit? Das Kärntner Nothilfswerk ist nicht das Instru-

ment der schnellen Hilfe. Das Kärntner Nothilfswerk ist meiner Meinung nach eigentlich das Instrument, das ganz zum Schluss angewendet werden soll. Das Kärntner Nothilfswerk berücksichtigt Versicherungsleistungen, das Kärntner Nothilfswerk berücksichtigt Spendenzahlungen. Wenn man das alles zusammenrechnet, dann kommt man auf solche Förderfälle. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Damit ist diese Anfrage erledigt.

Wir kommen zur zehnten Anfrage:

10. Ldtgs.Zl. 49/M/32:

Anfrage Abgeordnete Dieringer-Granza an Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettner

Nachdem sie nicht da ist, deutet die Frau Abgeordnete mir, dass das mündlich – ich interpretiere hoffentlich richtig – in der nächsten Sitzung so erfolgen sollte.

Damit, meine sehr geschätzten Damen und Herren, haben wir die Fragestunde abgearbeitet.

Wir kommen zur Aktuellen Stunde.

Aktuelle Stunde

Nach dem Rotationsprinzip ist dieses Mal für die Themenwahl der sozialdemokratische Landtagsklub an der Reihe. Das Thema lautet: „Herausforderungen an den Katastrophenschutz in Kärnten im Zuge der klimatischen Veränderungen.“ Redeberechtigt seitens der Regierung ist der Herr Landesrat Fellner und natürlich die Abgeordneten. Ich starte die Aktuelle Stunde um 14 Uhr 05 Minuten. Ich erteile als erstem Redner dem Herrn Klubobmann-Stellvertreter Scherwitzl das Wort, wobei ich darauf verweise, dass die Redezeit fünf Minuten beträgt, was von mir heute auch immer pünktlich einverlangt wird, das entsprechend einzuhalten. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir, dass ich mich zu Beginn dieser Aktuellen Stunde – ich glaube, ich kann das im Namen von uns allen sagen angesichts der Unwetter-Katastrophe, die über unser Land hereingebrochen ist – bei allen Einsatzkräften, allen voran bei den Kärntner Feuerwehren, aber auch bei der Bergrettung, beim Roten Kreuz, bei der Polizei, bei den Soldatinnen und Soldaten des Österreichischen Bundesheers, kurz bei allen freiwilligen Helfern sehr, sehr herzlich bedanke! *(Beifall im Hause.)* Ohne diese freiwillige Initiative wäre es gar nicht möglich in einem Land wie Kärnten, wie Österreich, so eine Katastrophe zu bewältigen. Einmal

Scherwitzl

mehr auch an dieser Stelle gesagt: Es wird an der Zeit, dass uns etwas einfällt, die Freizeit dieser Menschen anders zu regeln, als dass sie verpflichtet sind, Urlaub zu nehmen, um anderen helfen zu können! Das wird nur eine Maßnahme sein, die gemeinsam mit der Bundesregierung umzusetzen sein wird, sei es, dass hier eine Finanzierung, eine Rückerstattung aus dem Katastrophenfonds an die jeweiligen Dienstgeber erfolgt. Aber dass diese Dienstleistung und diese Urlaubsleistung ausschließlich von den Freiwilligen, die bereits ihre Arbeitskraft einbringen, zu finanzieren und aufzubringen ist, ist auf lange Sicht nicht tragbar!

Mein zweiter Dank gilt in diesem Zusammenhang auch den Medien! Es wurde hier sehr verantwortungsvoll gehandelt. Man hat keine Effekthascherei betrieben im Umgang mit dieser Katastrophe. Man hat die Bevölkerung nicht verunsichert. Ich glaube, das muss auch einmal an dieser Stelle gesagt werden. Auch hier gilt und gebührt der Dank den Medien! Der Dank gebührt aber auch den Beamten des Amtes der Kärntner Landesregierung, des Bundes, dem Katastrophenschutz-Beauftragten, dem Hydrographischen Dienst, der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik in diesem speziellen Zusammenhang, den Bezirkshauptleuten, dem Juristischen Dienst des Landes, den Straßenbauern, den Forstleuten, den Wildbach- und Lawinerverbauungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, generell allen Sachverständigen! Dank gebührt den Bürgermeistern und den Gemeinden! Dank gebührt den Stromversorgern! Denn gerade bei diesem Katastrophen-Szenario war es einerseits unglaublich, zu sehen, was die Monteure der „Kärnten Netz“ zu leisten imstande sind! Aber es war auch bemerkenswert, in welchem Ausmaß es gelungen ist im Zusammenwirken mit den Monteuren beziehungsweise mit den Stromversorgern und den Fachleuten des Landes, ein entsprechendes Staumanagement bei den Kraftwerken zu bewerkstelligen, sodass größeres Unglück in vielen Landesteilen verhindert werden konnte! Dank gebührt auch dem jungen Landesrat Daniel Fellner, der als Verantwortlicher in der Landesregierung mit Bravour diese Katastrophe gemanagt hat und an der Spitze der Krisenstäbe gestanden ist! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Kärnten kann stolz sein auf diese geballte Kompetenz!

Erlauben Sie mir, dass ich von dieser Stelle auch ein Wort richte an die von den Unwettern betroffenen Landsleute! Auch wenn im ersten Moment die Verzweiflung groß ist – und ich kenne das, nicht, weil ich persönlich von einer Katastrophe betroffen war, sondern weil ich als Bürgermeister natürlich schon mehrmals mit kleinräumigeren Unwetter-Ereignissen beschäftigt war. Im ersten Moment ist die Verzweiflung groß. Man sieht keinen Ausweg. Man glaubt, es geht nicht weiter. Aber ich sage allen Landsleuten in Kärnten: Ihr dürft die Hoffnung nicht aufgeben! Ganz Kärnten steht hinter euch, wir lassen auch nicht alleine, wir lassen euch nicht im Stich! Kärnten ist berühmt und bekannt für seinen Zusammenhalt!

Was sind die Lehren für die Zukunft? Wenn man nichts mit Gewissheit sagen kann, eines kann man mit Gewissheit sagen: Die nächste Unwetter-Katastrophe wird über unser Land hereinbrechen, ob bedingt durch den Klimawandel oder andere Faktoren, sie wird kommen. (*Vorsitzender: Noch eine Minute!*) Die Devise für die Zukunft lautet: Rechtzeitige Vorbereitung sowohl der Bevölkerung als auch der Einsatzorganisationen, ständige Anpassung der Einsatzmittel an die Herausforderungen, im gegenständlichen Fall beispielsweise die Anschaffung von Pumpen oder Notstromaggregaten, entsprechende Funk- und Kommunikationsmaßnahmen und Richtlinien. Wir dürfen nicht vergessen, wir diskutieren sehr häufig über die Parameter Digitalfunk. Nur, gerade der Digitalfunk hätte in weiten Landesteilen in diesem speziellen Fall nicht funktioniert, während der gute alte Analogfunk die Kommunikation aufrechterhalten hat. Die Stabsarbeit auf der Gemeinde-Ebene ist zu stärken und auszubauen. Katastrophenschutzpläne sind anzupassen und zu evaluieren. Die Treibstoff-Versorgung – das sollte man nicht vergessen! – kleinräumig, wenn Verkehrsverbindungen nicht mehr möglich sind, ist sicherzustellen sowie die Lebensmittel-Versorgung. Ich fordere klar und entschieden ein weiteres Mal die Aufrechterhaltung (*Vorsitzender: Bitte, die Redezeit ist abgelaufen!*) und die Stationierung eines Hubschraubers des Bundesheeres am Klagenfurter Flughafen! Es ist auch die Versicherungswirtschaft in die Pflicht zu nehmen, nicht nur eine Pflichtversicherung zu fordern, sondern entsprechende Produkte zunächst einmal freiwillig anzubieten.

Scherwitzl

Letzter Satz, auch ein Punkt, der geklärt werden sollte in Zukunft: Es muss uns gemeinsam mit der Bundesregierung gelingen, endlich eine Mehrwertsteuer-Befreiung für die Gemeinden im Zusammenhang mit der Anschaffung von Katastrophen-Ausrüstungsgegenständen, Feuerwehrfahrzeugen sicherzustellen, wie auch immer das gelingen mag! Bei gutem Willen wird es gelingen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet – es waren 30 Sekunden darüber – ist der Klubobmann Darmann. Ich erteile ihm das Wort!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Ich danke schon jetzt auch für die Großzügigkeit bei meiner Wortmeldung, Herr Präsident! Werte Damen und Herren Kollegen des Kärntner Landtages! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Ja, Herr Klubobmann-Stellvertreter Scherwitzl, lasst nur bitte endlich den schönen Worten Taten folgen, wenn ihr davon sprecht, wir werden euch nicht im Stich lassen! Denn das ist, glaube ich, die Zusammenfassung, die sich viele Opfer quer durch das Kärntnerland nunmehr auch erwarten. Wir können nicht davon reden, nämlich die Landesregierung redet davon, dass sie Tausenden Geschädigten der Sturm- und Hochwasser-Katastrophe, des Sturmtiefs, rasche und unbürokratische Hilfe zukommen lassen wird, gleichzeitig wissend, dass bisher bereits in den letzten Jahren das Kärntner Nothilfswerk nicht dazu in der Lage war, rasche, unbürokratische Hilfe den Opfern zukommen zu lassen! Das heißt, wir haben hier dringenden Reformbedarf bei den Richtlinien des Kärntner Nothilfswerkes, damit es auch eine rasche finanzielle Unterstützung dieser Opfer gibt! Dann können wir nicht davon reden, wir werden euch nicht im Stich lassen! Sie wollen es spüren, sie brauchen schnelle Entscheidungen, sie brauchen Fakten, um entsprechende Finanzleistungen auch vorab in Gang setzen zu können. Das ist alles notwendig! Das heißt, nicht hier zu philosophieren über Klimawandel, über was weiß ich was, was den Bürgern nicht hilft, sondern tatsächlich rasch und schnell Hilfe zukom-

men zu lassen. Um das geht es, werte Damen und Herren! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Denn Schlagzeilen alleine zu produzieren, heißt nicht gleichzeitig, rasche Hilfe zu initiieren. Das ist ein riesiger Unterschied! Und auch das können wir seit den Unwetter-Katastrophen, ob es die Hochwasser-Katastrophe 2012, die Sturmkatastrophe im August 2017 war, ableiten, dass hier vom Nothilfswerk über die Landesregierung vielen Opfern viel zugesagt wurde und selbst bei Opfern der Hochwasser-Katastrophe in Lavamünd 2012 bis heute kein Cent Hilfe ausgezahlt wurde von den zugesagten Geldern!

Deswegen, wenn heute da auch noch gesagt worden ist, wie der Herr Referent Fellner das gesagt hat, es werden hier über einhundert Prozent erstattet, was mich sowieso einmal wundert, hier gibt es genug Opfer, die noch keinen Cent gesehen haben! Das bis hin nach Eisenkappel, bis ins Gitschtal, bis auf den Guggenberg, da sind überall Unwetter-Opfer, die hier Zusagen gehabt haben seitens der Landesregierung und noch kein Geld gesehen haben! So kann man mit unseren Bürgern nicht umgehen, werte Damen und Herren, Solidarität schaut anders aus! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Deswegen haben wir auch hier die Notwendigkeit, endlich und rasch – endlich und rasch – die notwendigen Maßnahmen in den Richtlinien des Nothilfswerks zu setzen, damit die Opfer quer durchs Kärntnerland solidarisch, schnell Hilfe erhalten, eine erste Hilfe erhalten! Das ist auch klar, dass nicht alles auf einmal ausgezahlt wird. Das gehört nur gemacht, werte Damen und Herren und deswegen werden wir heute auch einen Dringlichkeitsantrag seitens der Freiheitlichen einbringen, um hier die Richtlinien des Nothilfswerks zu überholen, zu reformieren, und das umgehend! Ich glaube, dass auch in der Zeit jetzt eine irrsinnige Notwendigkeit gegeben ist, denn wir haben hier zurzeit das Problem, dass das Nothilfswerk den Betroffenen nicht einmal im Einsatz einen Prozentsatz mitteilen kann, in welcher Art und Weise geholfen wird. Wir haben das Problem, dass es keine Maximalfrist für eine Auszahlung gibt. Wir haben das Problem, dass es keine rasche Festlegung von Vorschusszahlungen laut einer Expertise von einer Schadenskommission gibt. Und wir haben das Problem, dass es eine unglaublich bürokratische Beweisspflicht der Opfer für ihre Schädigung in ihrem Vermögen gibt, die sowas von praxisfern

Darmann

ist, dass man mit diesen Vorgaben einfach nicht arbeiten und natürlich auch nicht rasch helfen kann. Das heißt, wir haben hier massiven Reformbedarf in diesem Bereich, um das abzuändern, insbesondere, wenn wir jetzt auf diesen letzten Unwetter-Schaden, auf die Schäden und die Unwetter-Katastrophe zurückblicken. Man muss sich einmal vor Augen führen, dass in Oberkärnten nicht nur Gemeinden, sondern sehr viele private Unternehmen (*Vorsitzender: Eine Minute!*) – Danke Herr Präsident! – Bauern, sehr viel Schaden für sich in Kauf genommen haben, damit der Villacher Raum, der Zentralraum und Unterkärnten nicht untergehen! Das heißt, wenn wir von Solidarität in diesem Land reden, hat auch der Rest von Kärnten unter dieser Flutkatastrophe darauf zu schauen, dass die Leute in Oberkärnten, die hier massiv betroffen waren, weil sie einfach die Rückstaubecken geöffnet haben, die Felder geflutet worden sind, Schäden entstanden sind, nicht auf ihren Schäden sitzenbleiben! Ich glaube, auch das ist Verantwortung des Kärntner Landtages und der Landesregierung, hier für diese Maßnahmen zu sorgen!

Zum Schluss – und das ist jetzt die Abrundung meiner Wortmeldung – heißt das, selbst die zugesagten 7 Millionen Euro, durch die Landesregierung großartig verkauft als Ersthilfe, sind nicht nur ein Tropfen auf den heißen Stein, sondern derzeit nicht mehr als ein Versprechen, wenn wir nicht schnell diese Gelder zu den Opfern bringen. Zum Ersten. Zum Zweiten: Die Finanzreferentin wird ihr Budget zur Überarbeitung zurückzuziehen haben, um die notwendigen zig Millionen (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) – Danke, Herr Präsident! – Unterstützungsleistungen des Landes Kärnten für die Opfer der letzten Unwetter-Katastrophe in Kärnten für das nächste Jahr ins Budget einzupreisen! Das heißt, das gehört einbudgetiert, das ist wahre Verantwortung, gelebte Verantwortung für unsere Kärntner, wenn das Geld und Hilfe rasch zukommen können! Dankeschön! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Klubobmann der ÖVP, Abgeordneter Mag. Markus Malle. Ich erteile ihm das Wort!

Klubobmann **Malle** (ÖVP):

Sehr geehrte Kollegen! Hohe Regierungsbank! Ich möchte am Beginn meiner Ausführungen – und es geht, ich möchte das nur noch einmal in Erinnerung rufen, um die Herausforderungen an den Katastrophenschutz in Kärnten im Zuge der klimatischen Veränderungen – zuerst einmal ein Danke sagen! Ein Danke sagen an die hundert Pioniere des Bundesheeres, die in den vergangenen Tagen massiv geholfen haben, um das Schlimmste abzuwenden, aber auch an die 200 Freiwilligen Feuerwehren, die im Einsatz waren und die mitgeholfen haben und ohne die Kärnten noch viel schlimmer getroffen worden wäre! Ich denke, das Unwetter hat gezeigt, dass die Freiwilligen Feuerwehren nicht hoch genug einzuschätzen sind für das Wohl unseres Bundeslandes! Aber, und das wundert mich schon ein bisschen, ich denke, man kann jetzt natürlich sagen, dass die Rahmenbedingungen des Nothilfswerks unbedingt angepasst werden müssen, die Sekretärinnen angepasst werden müssen, das ist etwas, worüber man auf jeden Fall diskutieren kann, weil den Betroffenen so schnell wie möglich zu helfen ist, aber ich glaube, dass wir uns anhand dieser Unwetter-Katastrophe vielleicht schon einmal Gedanken machen müssten, was eigentlich der Auslöser ist, weil beide Wortmeldungen, die bis jetzt da waren, haben sich ganz intensiv damit beschäftigt, wie man die Symptome bekämpfen kann. Wie können wir, wenn ein Unwetter kommt, unsere Bevölkerung schützen? Das ist oberste Priorität! Aber ich denke, wir sollten uns schon im Zuge des Ganzen auch einmal Gedanken darüber machen, welche Maßnahmen wir setzen könnten, damit es nicht in dieser Stärke zu Unwettern kommt, die unser Bundesland betreffen.

Ich hatte gestern das Glück, im Flieger über Kärnten unterwegs gewesen zu sein und da muss ich schon sagen, es ist augenscheinlich geworden, welche Verfehlungen auch in den letzten Jahren in der Raumplanung da waren! Kärnten ist eine einzige Streusiedlung. Wir haben viele, viele Rahmenbedingungen, wenn es darum gegangen ist, Baubewilligungen auszustellen, Raumplanung zu machen, einfach verabsäumt! Und es gehört vielleicht auch stärker dazu, Nein zu sagen, Nein zu sagen, wenn ein Bürger kommt und sagt, bitte, lass' mich doch da auf dem Grundstück bauen, wenn das in der HQ100- oder in der HQ30-Zone oder angrenzend ist! Ich

Malle

denke, dass es hier schon auch Verantwortungen gibt, die von Seiten der Landespolitik und der Gemeindepolitik unbedingt zu ziehen sind. Wie gehen wir mit den Ressourcen um? Wie sehr beuten wir unseren Planeten Erde aus? (2. Präs. *Strauß übernimmt den Vorsitz.*) Hier wäre es an der Zeit, Maßnahmen zu setzen, um nicht nur zu sagen, ja, hilft der Digitalfunk oder hilft der Analogfunk, sondern wie können wir hier für unser Bundesland etwas tun? Für mich ist vorbildlich, wie die Krisenintervention gelaufen ist, wie die Bezirkshauptleute hier gearbeitet haben! Für mich ist vorbildlich, wie der Bund und der Bundeskanzler mit der zuständigen Ministerin Köstinger am Tag der Katastrophe sofort reagiert haben und von Seiten der Bundesregierung 102 Millionen Euro für die Unwetterschäden in ganz Österreich zur Verfügung gestellt haben! Ja, Herr Kollege Darmann, Sie haben Recht, diese 102 Millionen Euro sind noch lange nicht bei den Betroffenen eingetroffen! Aber sie sind zumindest einmal zur Verfügung gestellt, und ich glaube, dass das das Richtige ist. Für Kärnten heißt das aber auch, wir brauchen im 19er-Jahr unbedingt ein Sonderbudget, um die Maßnahmen für die Betroffenen, aber auch für die Kärntner Straßen zur Verfügung zu stellen, damit wir im Hochwasserschutz Geld zur Verfügung haben, damit wir für den Straßenbau Geld zur Verfügung haben, um die notwendigsten Reparaturmaßnahmen (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute Redezeit!*) herzustellen, aber auch – und da werden sicher meine Nachredner dann noch darauf eingehen – um einmal das Holz, das in den Kärntner Wäldern auf dem Boden liegt, auch herauszuholen, weil, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen schauen, dass nicht auf die jetzige Unwetter-Katastrophe eine weitere Folge mit Borkenkäfer & Co. auf unser Bundesland noch zukommt! Danke vielmals! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Punktgenau! Als Nächster Abgeordneter Gerhard Köfer. Bitte!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Geschätzter Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Auch ich möchte

meine Wortmeldung damit beginnen, ein herzliches Dankeschön allen Helfern, allen Rettungsorganisationen und -verbänden, vor allem aber auch der Freiwilligen Feuerwehr und dem österreichischen Bundesheer auszusprechen! Ich wünsche aber gleichzeitig allen Betroffenen weiterhin viel Kraft und vor allem auch diesen Mut, den man zum Teil auch haben muss für die Bewältigung dieser psychischen Herausforderungen! Das Eine lässt sich halt nicht wegdiskutieren, es wird die nächste Katastrophe kommen und auch die übernächste. Wir wissen aber alle, dass diese Leute uns dann zur Verfügung stehen, wenn wir in der Zivilgesellschaft sehr oft keine Zeit dafür haben, anderen zu helfen. Es ist unglaublich erfrischend, zuzusehen oder mitzuhelfen, mit dabei zu sein, wenn man dann sieht, wie junge Feuerwehrleute Sandsäcke tragen und das mit einer Begeisterung machen und jeder auch bereit ist, beim nächsten Einsatz in der nächsten Nacht sein Haus zu verlassen, die Familie zu verlassen und nicht weiß, was auf ihn zukommt! Ein herzliches Dankeschön dafür!

Es werden bei diesen Katastrophen in Kärnten nicht nur Häuser, Wälder, Straßen, sondern vor allem auch Infrastruktur beschädigt, auch Vereine haben sehr große Schäden erlitten. Ich weiß von zwei Vereinen in Obervellach und in Greifenburg, da wurde der Fußballplatz völlig überschwemmt und man hat es mit eigener Kraft und mit großer Geschlossenheit, mit vielen freiwilligen Helfern geschafft, diese wieder beispielbar zu machen. Auch hier ein herzliches Dankeschön für Ihre Arbeit! Eine Katastrophe ist immer eine besondere Situation, und besondere Situationen erfordern auch besondere Maßnahmen. Es ist immer eine Zwickmühle und ein gewisses Spannungsfeld. Wenn es eine Katastrophe vor Ort gibt, sieht man dann sehr oft aber auch die Politik vertreten, meist mit Gummistiefeln, als Gummistiefel-Tourismus, begleitet von Kameraleuten und der Presse. Das ist das Eine und dann wird sehr vorschnell von Populismus gesprochen. Die zweite Seite wäre dann, wenn man nicht hinfährt, spricht man von offenbarem Desinteresse und völliger Abgehobenheit. Daher ist es notwendig, hier auch das richtige Maß zu finden. Es erachten aber viele Kärntnerinnen und Kärntner – und das sage ich auch klar – dass man vor Ort ist, dass die Politik sich auch mit einschaltet. Das muss aber nicht immer in Begleitung von Fotografen und Kameraleuten

Köfer

oder Journalisten sein! Was wir als Bewältigung rund um diese Schäden sehen, als elementar ansehen, ist, dass die Bundesregierung und die Landesregierung Soforthilfe leisten müssen. Aufgrund der derzeitigen Regelung beim Katastrophenfonds ist es ja auch so, dass die Kärntner Gemeinden 30 Prozent Selbstbehalt zahlen müssen. Das ist für viele Zuschuss-Gemeinden in dieser Form überhaupt nicht machbar. Da glaube ich, sollte man sehr großzügig auch von Seiten der Landesregierung sein und im Budget – das hat ja der Kollege Darmann auch angesprochen – Vorsorge treffen. Somit sollte man sich darüber noch einmal neu orientieren.

Was mich etwas irritiert hat, war der Katastrophenreferent Fellner, der mir ganz gut gefällt in seiner Arbeit zum einen, aber zum Zweiten früher gesagt hat, es werden Schäden bis zu einhundert Prozent abgegolten und darüber hinaus. Ich hoffe, dass das ein Versprecher war, weil das kenne ich in keiner einzigen Katastrophe in meiner langjährigen Tätigkeit, auch nicht als Bürgermeister, dass einhundert Prozent abgegolten werden und darüber hinaus hoffentlich auch nicht, weil das wäre natürlich mehr als hinterfragenswert! Zumeist sind diese Entschädigungen nichts anderes als ein Tropfen auf den heißen Stein, das muss man auch dazusagen, weil da geht es um ein paar tausend Euro. Wenn es dir das Dach abträgt, wenn die Versicherung oder die Deckung nicht ausreicht, dann wird es wirklich sehr angespannt für diese Familien. Bad Eisenkappel war das beste Beispiel, wie einem Ort zweimal hintereinander eine Katastrophe passieren kann.

Und der Besuch des Kanzlers, der den Verweis – und das war für mich etwas zu lapidar – gesagt hat, es gibt ohnehin einen existierenden Katastrophenfonds, das wissen wir schon, nur, das ist zu wenig, dass man diesen bestehenden Fonds, der eindeutig zu niedrig dotiert ist, zitiert und sagt, da könnt ihr euch dann anmelden, dann kriegt ihr etwas davon! Ich glaube, dass es immer um Steuergeld geht, und Steuergeld wird von Steuerzahlern, österreichischen und Kärntner Steuerzahlern einbezahlt, und ich glaube, ohne die Politik hier fragen zu müssen, es ist der Wille der Kärntner Steuerzahler, dass wir ihre Steuerleistung dafür hergeben, dass man Kärntnern und Österreichern in Not hilft! Da brauchen wir nicht irgendwelche „Nachbar in Not“-Geschichten zu erfinden, schauen wir, dass die

Leute vor Ort (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute!*) bedient werden.

Man braucht auch kein Klimaforscher zu sein, um zu erkennen, dass der Klimawandel stattfinden wird oder bereits stattfindet. Was wir brauchen, ist ein ausreichendes Budget bei den Gebietskörperschaften, budgetäre Priorität für Notwendiges, Ausbau von vorhandenen Einrichtungen, Ausrichtung des Equipments der Länder und Gemeinden auf zukünftige Herausforderungen, auch das Bundesheer - ein klarer Satz dazu von unserer Seite, die Wehrpflicht muss beibehalten werden, (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) junge Bürger haben sich auch in den Dienst der Sache zu stellen, nämlich dann, wenn die Katastrophe stattfindet – Umsetzung Digitalfunknetz und viele, viele andere Punkte. In diesem Sinne glaube ich aber, das Meiste trotzdem gesagt zu haben! Danke! (*Beifall vom TKK.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Als Nächsten darf ich den Abgeordneten Dipl.-Ing. Seymann um seinen Debattenbeitrag bitten!

Abgeordneter **Seymann** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Liebe Zuhörer! Es ist schon klar, dass wir uns zunächst einmal hauptsächlich auf die privaten Schäden konzentrieren in unserer Diskussion, es ist aber schon so, wenn 280 Millionen Euro Schäden genannt werden, dann sind wesentliche Summen davon in öffentlichen Bereichen unserer Infrastruktur festzustellen. Ich bin auch bei einer Organisation, arbeite auch bei einer Organisation, die bereits vom ersten Tag der Katastrophe an tätig ist. Das heißt, Aufholbedarf besteht seitens der Wildbachverbauung nicht. Wir helfen von der ersten Sekunde weg bei Sofortmaßnahmen und planen inzwischen auch die definitiven Maßnahmen und sind hier in den Einsatzgebieten auch wirklich auf einem sehr guten Weg, das traue ich mich hier zu sagen. Ich möchte aber nicht jetzt zu sehr im fachlichen Bereich auf die meteorologische und auf die hydrologische Situation eingehen, die uns zu dieser Katastrophe geführt hat, es ist aber schon

so, und das ist ein wesentlicher Punkt und da darf ich die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik hervorheben, wir hatten zum Glück eine hervorragende mittelfristige und auch kurzfristige Wettervorhersage, die uns viel an Vorbereitungszeit gegeben hat, die unseren Einsatzorganisationen von der Feuerwehr über die Fachdienste, Bundesheer usw. eine Vorbereitungszeit gegeben hat, die wir genützt haben und die große Schäden auch vermieden hat. Es hat sich auf jeden Fall eines wieder einmal deutlich gezeigt, das ist auch schon angekommen, Hochwässer, unsere Flüsse, vor allem in den Oberläufen, oberes Drautal, Gailtal, Mölltal im oberen Bereich, brauchen, wenn es soweit ist, Platz und wenn wir den Platz nicht zur Verfügung stellen durch Raumordnung, durch planerische Maßnahmen, dann holen sich die Flüsse diesen Platz. Da sind sie gnadenlos, die Natur ist hier gnadenlos.

Lassen Sie mich einen Begriff nennen, in die Diskussion einführen. Dieser Begriff heißt Resilienz. Resilienz bedeutet Widerstandsfähigkeit, in diesem Fall selbstverständlich die Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft, unserer Gesellschaft gegenüber Ereignissen aus Naturgefahren, aus Hochwässern, aus Lawinen, Vermurungen, Stürmen und Erosion. Gegenüber dieser Resilienz steht natürlich der Begriff Vulnerabilität, Verletzlichkeit. Wenn wir uns da die neuesten Untersuchungen aus den Gefahrenzonenplänen anschauen und diese zusammenfassen, so wissen wir, dass wir im Bereich des Wasserbaus circa 10.000 Gebäude, im Bereich der Wildbach- und Lawinenverbauung circa 20.000 Gebäude in Kärnten in Gefahrensituationen situiert haben und damit ist ganz klar, wo die Verletzlichkeit liegt, wenn es so weit ist, wenn es zu einer Katastrophe kommt. Darüber hinaus sind über 1.000 Kilometer Gemeindestraßen in Gefahrenzonen, darüber hinaus sind mehrere 100 Kilometer Landesstraßen in Gefahrenzonen und selbst Autobahnen und Eisenbahnen. Ganz abgesehen von der Stromversorgung, die selbstverständlich auch durch diese Gefahrenzonen verlegt ist und unter Umständen, wenn es so weit ist, betroffen und zerstört werden kann, wie wir es jetzt wieder erlebt haben.

Welche Instrumente stehen in Österreich zur Verfügung, um die Verletzlichkeit zu vermindern? Hier haben wir in Österreich schon Tradition, weil das forsttechnische System – zusammenfassend wurde 1884 nach einer legendären

Katastrophe im damaligen Südösterreich, Kärnten war auch massiv betroffen – von Frankreich importiert wurde, ein System, das die Zusammenführung von technischen Maßnahmen und flächenwirtschaftlichen Maßnahmen brachte. Man kam zum Erkenntnis, dass der Zustand der Einzugsgebiete massiv dafür verantwortlich ist, wie sich Hochwasser-Ereignisse abspielen, wie sich Hochwasser-Wellen entwickeln und welche Schäden sie anrichten oder welche Schäden sie dann nicht anrichten können. Dieses Wissen um die enge Zusammenwirkung der Beschaffenheit von Einzugsgebieten im Zusammenspiel mit der hydrologischen Situation ist eine unserer Stärken in Österreich und wir müssen uns darauf konzentrieren.

Welche Maßnahmen stehen uns zur Verfügung? Einerseits aktive, andererseits passive. Die aktiven sind bekannterweise die, die man dann in der Natur sieht. Es sind Verbauungen, es sind Objektschutzmaßnahmen, es sind forstlich-biologische Maßnahmen, (*Vorsitzender: Noch eine halbe Minute!*) eine Betreuung der Einzugsgebiete. Letztlich: Wie wird es uns gelingen, diese Resilienz zu erhöhen, die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen und die Vulnerabilität zu verringern? Erstens durch Kommunikation der Gefahren und Risiken nicht genügend Platz zu bieten. Es ist sehr wichtig, mit den Bürgern, mit den Verantwortlichen das Bewusstsein zu schärfen! Es sind ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) im technischen, finanziellen und personellen Bereich. Es ist die Bewirtschaftung der Einzugsgebiete besonders zu beachten, vor allem die flächenwirtschaftlichen Projekte. Wir haben sehr starke Windwurfflächen. Hier Nachhaltigkeit einzufordern und zu planen und auch zu leben, ist ganz wichtig! Letztlich ist es wichtig, in der Raumordnung den Flüssen und Bächen jenen Raum zu geben, den sie bei Hochwasser-Katastrophen brauchen. Dafür hat die Raumordnung zu sorgen. Wir haben ja auch ein Raumordnungsgesetz in Vorbereitung, ein neues Gemeindeplanungsgesetz. (*Vorsitzender: Herr Abgeordneter!*) Da werden wir uns darauf konzentrieren müssen! Danke sehr! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Als nächster Redner ist der Abgeordnete Jantschgi am Wort. Ich darf ihn bitten!

Abgeordneter **Jantschgi** (FPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Liebe Regierungsmitglieder! Anwesende! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Kärntner Landtages! Ich möchte heute hier die Gelegenheit wahrnehmen, einmal Danke zu sagen von allen Bürgern aus dem Gail- und Lesachtal, die ich in der letzten Zeit während des Unwetters besucht habe, wie es meine Aufgabe als Bürgermeister war und die ich auch betreut habe! Wir sagen allen Einsatzkräften Danke, die uns geholfen haben, dieses Unwetter zu bewerkstelligen! Es ist unseren Bürgern an Leib und Leben Gott sei Dank nichts passiert! Natürlich wird es bei den Aufräumungsarbeiten noch kleine Unfälle geben. Hoffentlich passiert nichts Größeres bei den Aufräumungsarbeiten, die sich speziell im Windwurfbereich als sehr schwierig gestalten!

Wie gesagt, das Bedauern möchte ich allen Privaten gegenüber aussprechen, die zu Schaden gekommen sind. Gerade gestern hatte ich wieder die Möglichkeit gehabt, im Überschwemmungsgebiet in Rattendorf Betriebe zu besuchen und mir Gehör zu verschaffen, wo jetzt die Probleme sind. Die Unwetter-Katastrophe haben wir abgearbeitet. Natürlich warten die Geschädigten jetzt dementsprechend auf Hilfe. Wie es schon gesagt wurde: Ansuchen beim Nothilfswerk. Wir am Gemeindeamt sind auch sehr gefordert. Die Anträge kommen mittlerweile herein. Natürlich versuchen wir, die Bevölkerung so gut wie möglich aufzuklären, aber es ist sehr schwierig, weil die Nachweise, die dazu gebraucht werden – die Bürgermeister-Kolleginnen und -Kollegen kennen das alle – sind sehr, sehr aufwändig. Die Sachen, die beigebracht werden müssen, sind für die einzelnen Geschädigten sehr herausfordernd. Es wäre notwendig, über dieses System nachzudenken, an diesem System zu arbeiten, weil wie wir heute schon gehört haben, das Thema Unwetterschäden, Katastrophenschäden wiederholt sich immer öfter. Wie der Kollege Malle heute schon gesagt hat, er ist mit dem Flieger drübergeflogen: Wenn du schon alles gesehen hast, gratuliere, dass du das so schnell gesehen hast.

Es ist immer wiederkehrender und immer häufiger. Seit meiner Amtsperiode, seit 2009 haben wir verschiedene Unwetterschäden gehabt, 2008/2009 Schneekatastrophen und auch 2014 und jetzt dieses Jahrhundert-Ereignis. Wir haben Durchflussmengen von weit über HQ100 gehabt, was uns alle natürlich schwer getroffen hat.

Ich habe auch die Möglichkeit gehabt, mit dem Meteorologen, Herrn Gerald Hohenwarter zu reden. Er hat gesagt, das wird wahrscheinlich nicht so schnell wiederkommen. Ich habe gesagt, da möchte ich widersprechen, weil gerade 2009 war bei uns ein Regen-Ereignis, wo es vom Sachverständigen der Wildbach- und Lawinerverbauung geheißt hat, das wird in den nächsten 30 Jahren sicherlich nicht mehr kommen. Aber schon drei Jahre später ist das nächste erfolgt und zwei Jahre später wieder. Ich hoffe nicht, dass uns so eine Hochwasser-Katastrophe wieder erreichen wird, aber man kann niemals nie sagen! Wenn speziell bei uns im Gail- und Lesachtal das Genua-Tief wieder einsetzt oder zu erwarten ist, dann weiß man nicht, was passiert.

Ich möchte mich noch einmal bei allen bedanken, die speziell im oberen Bereich die Aufräumungsarbeiten vorantreiben, um die Bevölkerung dementsprechend zu sichern! Wie gesagt, Maßnahmen im Bereich des Nothilfswerkes – *(Vorsitzender: Noch eine Minute Redezeit!)* - Danke! Es gilt, dass uns das Land dementsprechend unterstützt. Herr Gemeindeferent Fellner, dass alle 100 Prozent bekommen werden: Ich kann es nur hoffen! Wir werden alle daran mitarbeiten müssen, dass das auch passiert, dass unsere BürgerInnen und die Gemeinden dementsprechend abgegolten werden. Man muss aufpassen. Was bei uns oben die Räumungsarbeiten betrifft, was im gleichen Schlüssel abfinanziert wird, da muss man wissen, da gibt es eine Finanzierung von – *(Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!)* Da gibt es wieder neue Verhandlungen. Vor zehn Jahren wurde das vom Bund von 89 auf 83 Prozent gesenkt. Das soll nicht wieder passieren! Eher muss das erhöht werden, sonst werden sich die Gemeinden das in Zukunft nicht mehr leisten können! Andere Finanzierungsmodelle müssen aufgestellt werden, um die Gemeinden dementsprechend zu unterstützen, sonst werden wir uns andere Infrastrukturen für die Bürger nicht mehr leisten können. Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Als Nächster ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Christian Benger am Wort. Ich darf ihn zum Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Benger** (ÖVP):

Hohe Regierungsbank! Geschätzte Kollegen hier im Hohen Hause! Herr Präsident! Zuhörerinnen und Zuhörer zu Hause an den Internetgeräten! Zuerst einmal ein herzliches Dankeschön! Ein Dankeschön an alle, die in den ersten Stunden bei dieser Windwurf-Katastrophe, bei dieser Wasser-Katastrophe geholfen haben! Sie haben Ungeheures geleistet und das oft unter vollstem Einsatz ihres Lebens und unter maximaler Gefährdung! Dieses Ereignis ist aber nicht das letzte. Wir stehen, wie ich glaube, erst am Beginn. Diese laufend zunehmenden Ereignisse rund um den Wald haben längst eine gesellschaftspolitische Dimension und Relevanz gefunden. „Der Wald geht uns alle an“, das ist ein Spruch aus den letzten Jahren, aber dem ist wirklich so! Daher gilt es aus meiner Sicht, einen entsprechenden Maßnahmen-Plan zur Rettung des Waldes zu machen, das international und national natürlich auch abgestimmt. Die angrenzenden Staaten, Italien in aller Munde, Slowenien, Deutschland, Tschechien, gilt es, hier einzubinden beim unmittelbar drohenden – und das ist keinem bewusst, der hier und heute gesprochen hat – noch viel, viel größeren, großflächig drohenden Borkenkäfer-Schaden, der in den nächsten Jahren auf uns zukommt. *(Den Vorsitz übernimmt l. Präs. Ing. Rohr.)*

Lassen wir 2018 noch einmal Revue passieren. Im Jahr 2018 waren 50 Prozent des Sägerundholzes, das unsere Industrie verarbeitet hat, aus Kalamitäten. Im nächsten Jahr werden es 100 Prozent sein. 100 Prozent aus bestehendem, heute bestehendem Schadholz, das entweder dort liegt oder noch steht, so wie in Tschechien, wo 30 Millionen Festmeter stehen und aufgearbeitet werden müssen. Wir werden im nächsten Jahr damit sehr stark zu kämpfen haben, dass wir den Schädlingsbefall, die Käfer-Problematik in den Griff bekommen. Neue Schädlinge haben sich hier schon auf den Weg nach Mitteleuropa gemacht mit dem Nordischen Borkenkäfer, der besonders Lärche und Kiefer angeht. Ich blicke

nur ins Lesachtal, ich blicke nur ins Mölltal, ich blicke ins Drautal, an diese steilen Leitern, wo die Wälder weg sind und wenn nicht aufgearbeitet wird, weitere Wälder wegkommen. Dann haben wir einen bedrohten Arbeitsraum, einen bedrohten Lebensraum. Dann haben wir hier ein ganz massives Thema, dann wird Abwanderung ganz, ganz anders plötzlich in aller Munde sein. Die Menschen haben keinen Ort mehr, wo sie ruhig bleiben können, weil der notwendige Wald fehlt, weil Erosion, weil Steinschlag et cetera hier das große Thema sein wird. Die zwei stärksten Säulen des Bruttoinlandsproduktes, nämlich die Land- und Forstwirtschaft mit der Säge- und Papierindustrie zum einen und dem Tourismus zum anderen, diese zwei Säulen des österreichischen Bruttoinlandsproduktes sind sehr, sehr stark unter Druck. Hier gilt es, massiv Maßnahmen zu setzen! Hier gilt es, zusätzliche Fördermittel zur Rettung des mitteleuropäischen Waldes – und es geht nur um den – zur Verfügung zu stellen! Blicken wir nach Italien, wo bald Dutzende Millionen auf dem Boden liegen. Der Borkenkäfer macht nicht Stopp vor einer Staatsgrenze, der fliegt drüber. Und wenn der Wind passend ist, fliegt er viele, viele Kilometer drüber. Dann ist gleich der große Raum, nämlich Mitteleuropa, massiv betroffen. Dann werden auch die aufwachen, die heute keinen Gedanken daran haben. Daher gilt es, einen mitteleuropäischen Wald zu sichern, indem wir den europäischen Katastrophenfonds dafür auch nutzen!

Es sind einige Themen angesprochen worden: Es ist die Infrastruktur zur Wiederherstellung von Forstwegen erwähnt. Es ist die Herstellung der Gemeindewege erwähnt. Es ist die Dotierung im Bereich Lawinen- und Wildbachverbauung genannt. Das kann nicht von uns in dieser kleinen Form gehoben werden! Es gilt, Aufarbeitungsprämien zu vergeben, sowie es die Bayern vorgemacht haben. Wenn Holz nicht weggebracht wird, dann verrottet und verkommt dieses Holz auf dem Boden und wir produzieren uns unseren eigenen Schaden noch einmal selber! Die Wiederaufforstung wurde schon von etlichen genannt.

Ganz klar, wir brauchen ein Entlastungsprogramm für die Betriebe, die zerstört wurden und nicht mehr arbeiten können. Die, die freiwillig auf Nutzungen verzichten, da müssen wir auch daran denken, welche Maßnahmen zu setzen sind. Dass wir im Land die LKW-Tonnagen

Benger

erhöht haben, temporär befristet, ist ein guter Punkt. Den gilt es, weiter zu setzen. Und wir brauchen Forstarbeiter, wir brauchen Menschen auf der Fläche, die arbeiten, die manuell arbeiten. Hier gilt es, gemeinsam einen Maßnahmenplan zur Rettung des Waldes zu setzen. Ich lade alle ein, gemeinsam daran zu arbeiten und eine entsprechende Finanzierung auf europäischer Ebene sicherzustellen! Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Burgstaller. Ich erteile ihm das Wort! Bitte, du bist am Wort!

Abgeordneter **Burgstaller** (SPÖ):

Hoher Landtag! Geschätzter Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Herr Katastrophenschutzreferent! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Kärnten erlebte in den letzten Tagen eine sehr schwierige Zeit. Eine Zeit, in der uns allen klar geworden ist, wie wir der Natur und vor allem ihren Gewalten ausgeliefert sind. In dieser schwierigen Zeit hat Kärnten aber eines bewiesen und das ist es auch, was Kärnten ausmacht: Umso schwieriger die Zeiten, umso größer ist der Zusammenhalt in Kärnten, umso größer die Solidarität und umso stärker die gegenseitige Hilfe, und das macht trotz dieser schwierigen Zeit stolz und optimistisch für die Zukunft! Wir haben gesehen, wie die Behörden und Organisationen mit der Zivilbevölkerung gemeinsam diese Situation bewältigt haben. Und wir haben gesehen, wie die Politik, allen voran der Katastrophenschutzreferent, Landesrat Fellner, aber auch der Landeshauptmann gemeinsam mit den Bürgermeisterinnen über alle politischen Grenzen hinweg versucht haben, das Beste für die Betroffenen vor Ort zu erreichen. Ich war von Montag auf Dienstag selbst als Vertreter einer Einsatzorganisation im betroffenen Gebiet unterwegs, konnte mir also selbst ein Bild von dieser Situation machen und kann hier nur sagen, die Arbeit der Einsatzorganisationen, dieser selbstlose Einsatz war beeindruckend und hat den Betroffenen auch geholfen und ihnen den nötigen und wichtigen Rückhalt gegeben! Wenn man diese gesamte Situation betrachtet, haben

wir erlebt, wie von Seiten der Zuständigen sehr früh gewarnt wurde und auch die Bevölkerung somit sehr früh informiert wurde. So konnten in den besonders betroffenen Gebieten bereits die ersten Vorkehrungen getroffen werden, und man denke an Lavamünd, auch Schlimmeres verhindert werden. Als sich dann die Situation aufgrund des anhaltenden Regens zuspitzte, konnten wir uns von einem sehr gut abgestimmten Vorgehen aller überzeugen. All das hat in der Summe dazu geführt, dass Schlimmeres verhindert werden konnte. Trotzdem gab es in einigen Gebieten schwere Schäden und damit verbunden großes persönliches Leid. Ich habe das selbst miterlebt, als ich ein paar evakuierte Familien in ihre Notunterkünfte gebracht habe. Die haben mir dann teilweise unter Tränen erzählt, was sie alles verloren haben, von Beschädigungen beim Haus, über persönliche Gegenstände bis hin zu für ihre Existenz notwendige landwirtschaftliche Flächen. Wir müssen aus dieser Katastrophe auch lernen und die richtigen Schlüsse ziehen. Die Herausforderungen, die sich für die Zukunft stellen, werden groß werden und das braucht es jetzt auf mehreren Ebenen: Erstens es braucht schnelle und rasche Hilfe, wie sie hier auch in Kärnten und vor allem auch von der Kärntner Landesregierung in Form eines 7 Millionen Euro-Soforthilfepaketes umgesetzt wurde. Hier besonders erwähnenswert ist natürlich auch die Hilfe in besonderen Lebenslagen, die es Menschen sehr schnell auch ermöglicht, hier auf Hilfe zurückzugreifen und die wurde um eine Million Euro aufgestockt. Eine sehr wichtige Maßnahme für die Betroffenen vor Ort! Wir sehen also, von Seiten des Landes Kärnten gibt es eine möglichst schnelle Hilfe für die betroffenen Gebiete. Was dabei vor allem wichtig ist, und das weiß man, wenn man mit den Betroffenen vor Ort spricht: Hilfe so schnell und wenig bürokratisch wie möglich! Wenn wir uns aber die langfristige Situation anschauen, wird deutlich, dass auf uns auch in Zukunft große Herausforderungen zukommen werden. Wir können ja bereits beobachten, dass die Zeitfenster zwischen den Katastrophen geringer werden, während das Ausmaß und die Intensität der Katastrophen größer werden. Und man sieht es ja auch an den Beispielen. Denken wir an das Lesachtal, wo es gerade vor wenigen Jahren eine große Schnee-Katastrophe gegeben hat oder in Bad Eisenkappel durch den Föhnsturm. Ähnliches gilt für Oberkärnten, Lavamünd, Ferlach

Burgstaller

und so weiter. Aber auch die Klimaforscher bestätigen diese Eindrücke. Sie sagen bereits seit Jahren, dass das Wetter durch den Klimawandel sprunghafter wird, was dazu führt, dass wir mit mehr Unwettern zu kämpfen haben werden, die noch dazu zu stärkeren Schäden führen werden.

Wir müssen uns also darauf einstellen und auch in Zukunft jederzeit mit solchen Ereignissen rechnen und dadurch auch die richtigen Maßnahmen für die Zukunft setzen. Hier haben wir, glaube ich, auch bei der Budgeterstellung für das Budget 2018 bereits eine wichtige Maßnahme getroffen, wo wir die Mittel für den Hochwasserschutz um € 700.000,- auf 4,5 Millionen Euro erhöht haben und somit haben wir im Land Kärnten Mittel – mit Bundes-, Gemeinde- und Mitteln der Verbände – von ungefähr 19 Millionen Euro zur Verfügung. Heute wissen wir, das war damals eine richtige Maßnahme. *(Vorsitzender: 50 Sekunden!)* Wir werden uns aber auch im Bereich des Ehrenamts einiges überlegen müssen, vor allem im Bereich der Feuerwehren. Wir wissen, ohne die Feuerwehren wäre hier vieles nicht möglich gewesen. Und ich habe gerade am Wochenende wieder mit einem Feuerwehrmann, der im betroffenen Gebiet, im besonders betroffenen Gebiet in Rattendorf im Einsatz war, gesprochen, der mir erzählt hat, er hat sich eineinhalb Wochen Urlaub nehmen müssen. Wir werden uns hier überlegen müssen, dass wir in Zukunft auch genügend Menschen haben, die sich in diesem Bereich engagieren.

Abschließend, weil man hier nicht oft genug danken kann: Wir sind jedem und jeder Einzelnen zum Dank verpflichtet, die sich in den letzten Tagen und Wochen für die Bevölkerung und für die Gesellschaft aufgeopfert haben, teils unter lebensgefährlichen Umständen! Wir sind stolz auf euch, Kärnten ist stolz auf euch, wir stehen hinter euch und wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um euch für die Zukunft und vor allem auch die Betroffenen vor Ort zu unterstützen! Danke! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Stellvertretende Klubobmann, Mag. Leyroutz. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Leyroutz** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Herausforderungen an den Katastrophenschutz – ein wirklich interessantes Thema, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen, nur, ich glaube, ein Thema, das im Rahmen einer Enquete mit Experten behandelt werden sollte. Wir werden auch einen entsprechenden Antrag heute einbringen. Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen, ich glaube, die Sitzung und die jetzige Aktuelle Stunde hat eher mehr zum Gegenstand, wie umschiffe ich das Thema, das die Leute wirklich bewegt im Lesachtal, im Gailtal, in Oberkärnten, in Eisenkappel? Nämlich, wie kann man ihnen tatsächlich helfen? Und da vermisste ich eigentlich so ziemlich alles von Ihnen! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Es macht betroffen, wenn man die bloßen Zahlen hört: Eine Million Festmeter liegen, überschwemmte Wohnhäuser, zerstörte Straßen, immense Schäden, tote Tiere. Aber das ist nur ein kleiner Hinweis darauf, wie es den von dem Unwetter betroffenen Personen tatsächlich geht. Ich glaube, es interessiert den Gailtaler, den Lesachtaler jetzt relativ wenig, wie sich der Borkenkäfer in Europa entwickeln wird oder wie sich der Klimawandel weiter gestalten wird. Faktum ist, es sind derzeit die Schäden zu beheben, und ich glaube, dass das das Hauptproblem ist. Wenn man sieht, dass wir von 280 Millionen Euro Schaden ausgehen, reinem Vermögensschaden, dann betrifft das ja bei weitem nicht die ideellen Schäden, die eingetreten sind, und natürlich stellen sich die Betroffenen einzig und allein die Frage, auf welche Hilfe kann ich denn bauen? Wer steht mir wirklich zur Seite, wer hilft mir? Und da darf ich mich bei allen Einsatzkräften sehr herzlich bedanken, bei allen Ehrenamtlichen, die wirklich ganz Besonderes geleistet haben! Und ich darf mich vor allem auch bei der Bundesregierung bedanken, die auch wirklich Geld zur Verfügung stellt, ein Sonderbudget von 102 Millionen Euro zur Soforthilfe! Demgegenüber, meine sehr geehrten Damen und Herren, beschließt das Land Kärnten eine Sofortmaßnahme von 7 Millionen Euro, also 2,5 Prozent des veranschlagten Gesamtschadens. Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, glauben Sie wirklich, dass 2,5 Prozent Soforthilfe tatsächlich angemessen sind? Und wenn ich dann heute

Leyroutz

noch die Ausführungen vom Herrn Landesrat Fellner über mich ergehen lassen musste, dass das Nothilfswerk nicht ein Instrument der schnellen Hilfe ist und 3 Millionen Euro dieses Soforthilfe-Pakets dieses Nothilfswerk betreffen, dann frage ich mich wirklich, wollen Sie die Bevölkerung in die Irre führen? Ich glaube, das ist ein Trauerspiel, das Sie hier auf dem Rücken der Betroffenen veranstalten. Das einzige, was ich wirklich konstatieren kann: Sie investieren mehr in die Werbung als in die wirksame Hilfe für die Bevölkerung! Frau Finanzreferentin, ich muss auch dem Herrn Kollegen Malle recht geben, der das angesprochen hat mit dem Sonderbudget, das ist ja auch eine Forderung der Landwirtschaftskammer. Ich glaube, ein Sonderbudget ist tatsächlich notwendig und wenn wir uns die Richtlinien ansehen, dass die Bundesförderung immer 60 Prozent betragen hat, dann ist das Land Kärnten meines Erachtens angehalten und verpflichtet, auch die anderen 40 Prozent als Soforthilfe kurzfristig, mittelfristig und langfristige Maßnahmen zur Verfügung zu stellen. Und es wird im Rahmen der Nachhaltigkeit erforderlich sein, das auch wirklich zu machen! Ein Sonderbudget der restlichen 40 Prozent, das heißt, 70 Millionen Euro zum Wiederaufbau, der Wiederherstellung der Infrastruktur, ich glaube, das wird notwendig sein! *(LH Kaiser: Wie sollen wir das machen?)*

Der Kollege Scherwitzl hat leider den Raum verlassen. Er hat vorhin in seiner Eröffnungsrede alle möglichen Organisationen, Versicherungen in die Pflicht genommen, wer nicht alles mitzahlen sollte – das Land Kärnten hat er geflissentlich ausgelassen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)* Es wird erforderlich sein, langfristig, mittelfristig auch den Landwirten entgegenzukommen. Und ich darf Sie jetzt ersuchen und bereits jetzt auffordern, als Straßenerhalter *(Vorsitzender: Eine Minute!)* den Landwirten möglichst entgegenzukommen und allfällige Fahrverbote erst gar nicht zu verhängen beziehungsweise überhaupt aufzuheben, damit wirklich das Holz möglichst wenig verlustbringend heraus transportiert werden kann. Und unser Bürgermeister Jantschgi, der vor Ort sehr viel gesprochen hat, hat das anklingen lassen, notwendig ist eine unbürokratische Hilfe. Notwendig ist es, der Bevölkerung sofort zu helfen. Und ich glaube, es wäre notwendig, dass das Land Kärnten die betroffenen Gemeinden unterstützt und Fachbeam-

te zur Verfügung stellt, die wirklich mit den betroffenen Personen die dementsprechenden Anträge ausfüllen, denn da ist die Bevölkerung auf Hilfe angewiesen, denn nur schnelle, unbürokratische Hilfe ist tatsächliche Hilfe. Nicht reden und diskutieren, sondern schnell handeln! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Bürgermeister Abgeordneter Herbert Gaggl. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Diese Katastrophe, meine Damen und Herren, geht uns alle an, nämlich ganz Kärnten und nicht nur Oberkärnten, nicht nur Lavamünd oder die Teile, die es betroffen hat, sondern jede einzelne Kärntnerin und jeden einzelnen Kärntner! Meine Damen und Herren, es ist schon gar nicht ein Spielball zwischen wer hat was getan und wer hat was nicht getan und wo ist zu wenig und wo ist nicht zu wenig, sondern die Menschen draußen vor Ort interessiert nur eines und das ist Hilfe! Wie bekommen sie Hilfe, wie werden sie unterstützt, wie geht es schnell, wie geht es unbürokratisch? Das ist unsere Aufgabe, gemeinsam, und ich denke, hier haben ganz, ganz viele Kräfte gemeinsam über alle Grenzen hinweg, politische Grenzen, Einstellungsgrenzen und so weiter, gearbeitet, damit nämlich ganz viel verhindert worden ist. Es war ein Kraftakt von ganz vielen Personen, damit nicht noch mehr in Kärnten passiert ist durch diese Klima-Katastrophe oder durch diese Unwetter-Katastrophe, die hier passiert ist. Es geht uns alle an, meine Damen und Herren, denn es betrifft unseren Lebensraum Kärnten! Es betrifft unsere Infrastruktur, die öffentliche Infrastruktur, es betrifft den Tourismus, es betrifft die Wirtschaft, die Landwirtschaft. Es betrifft die Holzindustrie, die Holzpreise, Arbeitsplätze, die Folgeschäden davon. Was heißt das, wenn eben der Borkenkäfer dort wütet? Was heißt das für die Lawinen, was heißt das für die Hangrutschungen, was heißt das für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger, meine Damen und Herren? Die Katastrophe, die jetzt hier in Kärnten war, die geht im wahrsten Sinne uns alle an! Hier in der Stadt am Neuen Platz

Gaggl

genauso wie im Lesachtal, genauso wie in Preitenegg, meine Damen und Herren! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*) Und hier müssen wir alle wirklich zusammenhalten, tatsächlich helfen, Bund und Land und Gemeinden, und dazu sind wir bereit.

Es war ein Kraftakt, um es noch einmal zu sagen, dass alle zusammengeholfen haben, dass nicht noch mehr passiert ist. Ich möchte wirklich großen Dank aussprechen, nämlich jenen, die das getan haben! Wir haben gerade erst am 25. Oktober hier den Feuerwehrbericht 2017 diskutiert, 399 Feuerwehren, eine Berufsfeuerwehr, 19 Betriebsfeuerwehren, ein Mehrwert von 60 Millionen pro Jahr, meine Damen und Herren und das bei einem Einsatz von nicht einmal der Hälfte, von nicht einmal 30 Millionen! Die haben gezeigt, dass sie wesentlich mehr wert sind, als wir da auch nur irgendwie welche Millionen einsetzen! Denn ohne diese Feuerwehren wäre es in Kärnten eine Katastrophe geworden, das kann ich mit hundertprozentiger Sicherheit sagen! Danke diesen Feuerwehren, die im Einsatz waren, über 5.000 Einsatzkräfte! Danke dem Bundesheer mit über 100 Pionieren! Der Nachbarschaft! Und dass in Kärnten die Nachbarschaft noch funktioniert, das ist etwas ganz, ganz Tolles – woanders funktioniert das bei weitem nicht so – sonst würde das auch nicht funktionieren! Die Bezirkshauptmannschaften, die Bürgermeister, die Gemeinden, der Zivilschutz, krisensicherer Haushalt, die KELAG, die Zentralanstalt für Meteorologie und so weiter – alle haben zusammengearbeitet, einen unmenschlichen Einsatz geleistet und bis zur Erschöpfung gearbeitet, damit es weniger ist!

Und eines ist auch klar: Die Existenzen, die hier bedroht sind, diese Bergbauernhöfe zum Beispiel, die seit Jahrhunderten bereits dort bestehen und wo es jetzt das Häusel weggerissen hat, die Landwirtschaft weggerissen hat, für die kann man mit der Raumordnung auch nicht eine Lösung finden, meine Damen und Herren. Wir werden gesamt alle Mosaiksteine zusammenstellen müssen. Und wenn wir das anschauen, die Herausforderung für die Zukunft ist, ohne Freiwilligkeit, ohne Ehrenamt ist nichts machbar, meine Damen und Herren! Die haben jede Unterstützung verdient und es darf das Ehrenamt keine Nachteile haben. Die Feuerwehrmänner und die Betriebe müssen unterstützt werden, wenn sie im Einsatz sind, die dürfen nicht Ur-

laub nehmen müssen, sondern die müssen eben für die Ehrenamtlichkeit schon, nämlich vom Staat und von unserer Gemeinschaft gemeinsam, unterstützt werden! Das ist eine Forderung, die unbedingt notwendig ist! Die Betriebe müssen genauso entschädigt werden, weil das geht uns alle an, nicht nur den einzelnen Betrieb, wenn der freigestellt wird, sondern, meine Damen und Herren, das geht uns alle an! Es geht darum, wenn es um die Finanzierung geht, auch hier müssen wir gemeinsam darum kämpfen, dass die Finanzierung der Einsatzgeräte und so weiter Mehrwertsteuerbefreit wird.

Das sind immerhin 20 Prozent, die notwendig sind, damit wir in Zukunft gesichert sind. Und wir brauchen in Wahrheit mehr Geld, damit die Einsatzkräfte und wir alle zusammen gemeinsam die notwendigen Mittel zur Verfügung haben. Vor Ort funktioniert es noch immer am besten, deswegen müssen wir die Menschen dezentral so viel wie möglich unterstützen im Zivilschutz, die Gemeinden vor Ort, die Bezirkshauptmannschaften, damit die im Notfall dementsprechend eingesetzt werden können. Mein Kollege Christian Benger hat vorher schon in seinen Emotionen dargelegt, wie wichtig der Wald für die Zukunft ist. Da geht es nicht um einen Borkenkäfer, da geht es nicht um einen Wald, sondern wenn wir nicht auf den Wald schauen, dann werden wir eine Klima-Katastrophe noch viel ärgeren Ausmaßes haben. Deswegen gibt es auch einen Antrag der ÖVP, Maßnahmenplan zur Rettung des Waldes, weil die Folgeschäden dadurch, wenn das nicht passiert, (*Vorsitzender: Die Redezeit ist eigentlich ausgeschöpft! Bitte, zum Schluss zu kommen!*) da geht es nicht nur um diese Dinge, sondern die Folgeschäden sind katastrophal! Deswegen, Herr Präsident, komme ich gerne zum Schluss, wenn Sie mir noch zwei Sekunden geben, so wie dem Kollegen Scherwitzl. (*Vorsitzender: Nein, es sind schon 25 Sekunden darüber!*) Ich werde den Antrag über den Maßnahmenplan zur Rettung des Waldes abgeben, weil ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Faktor ist für die Zukunft! (*3. Präs. Lobnig: Das ist die Zeit der Redner der Freiheitlichen! – Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich erteile als letztem Redner in der Aktuellen Stunde, weil heute offensichtlich alle etwas überzogen haben, dem zuständigen Landesrat Daniel Fellner das Wort! Bitteschön!

Landesrat **Fellner** (SPÖ):

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen vom Landtag! Ich muss als erstes einmal ein paar Dinge klarstellen. Das Erste: Wir haben wirklich versucht, und ich habe mich intensivst bemüht, irgendein politisches Geplänkel aus dieser ganzen Katastrophe herauszuhalten und das in der Abarbeitung im Vorfeld und so weiter. Anscheinend ist das bis heute sehr, sehr gut gelungen, heute ist das nicht mehr so! Ich möchte feststellen, es gibt keinen einzigen – und ich habe jetzt gerade nachfragen lassen – Antrag an das Kärntner Nothilfswerk aus Lavamünd, der bis heute nicht bearbeitet wurde. Das ist einfach eine Fehlinformation, die ich hier korrigieren muss! (*Abg. Trettenbrein: Abarbeiten und auszahlen sind zwei Paar Schuhe!*) Abgesehen davon möchte ich darauf hinweisen, dass die Flutkatastrophe in Lavamünd ins Jahr 2012 fällt. Da haben wir einen Landeshauptmann, einen freiheitlichen Landeshauptmann gehabt, der sehr wohl, so wie der Herr Köfer das gesagt hat, sofort in das Katastrophengebiet gefahren ist, sich mit einer Feuerwehrezille durch die Gegend chauffieren hat lassen, Einsatzkräfte behindert, den Einsatzstab behindert hat, alles mit Kameras, alles mit all den Werbemaßnahmen, (*Abg. Trettenbrein: Sei vorsichtig mit deinen Aussagen!*) die ihr gerade früher angesprochen habt. Ich war in Lavamünd, ich war im Mölltal, ich war im Gailtal, ich war in Bad Eisenkappel. Ich habe in diesen zwei Tagen, ich glaube, vier Stunden geschlafen. Wo habt ihr ein Foto von mir gesehen in Gummistiefeln? Ich habe immer versucht, das Beste, was ich in dieser Sache dazu beitragen kann, zu liefern und das ohne Werbung! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Dass wir mehr Geld in Werbemaßnahmen stecken als in die tatsächliche Hilfe, ist überhaupt ein Hohn, weil wir haben nämlich genau Null Euro in Werbemaßnahmen gesteckt! (*Abg. Pirolt: Er ist der Messias!*) Ich bin auch nicht durch die Gegend gefahren und habe die Feuerwehrmänner und -frauen mit € 10.000,--

dort und € 5.000,-- da bedient, damit ich einen politischen Erfolg habe, sondern ich habe einfach das geleistet, was fachlich notwendig war! Ich hoffe, es ist mir halbwegs gut gelungen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Ich muss noch einmal etwas zu diesem Kärntner Nothilfswerk sagen. Ich habe mich noch kurz mit dem Landtagsabgeordneten Trettenbrein unter vier Augen unterhalten. Ich glaube, wir haben einfach ein Missverständnis, deshalb brauche ich nicht lange darüber zu reden. Das Kärntner Nothilfswerk ist keine Soforthilfe. Das hat der Bund so festgestellt, das hat der Bundesrechnungshof so festgestellt. Sondern beim Kärntner Nothilfswerk geht es darum, wenn alle Schäden von der Versicherung bezahlt worden sind, wenn man die Spenden berücksichtigt hat et cetera, zum Schluss die Not festzustellen und noch einmal zu helfen. Das ist keine Sofortmaßnahme! Aber wir haben ein Maßnahmenpaket, ich glaube, das seines Namens schon würdig ist, in der Regierung beschlossen, und zwar gemeinsam mit allen Regierungsmitgliedern. Da ist eine Soforthilfe dabei. Das wird in der heutigen Diskussion anscheinend nicht erwähnt. Wir haben Hilfe in besonderen Lebenslagen, unbürokratisch im Gemeindeamt anzusuchen, sofort, bei kleinen Schäden € 1.000,--, bei mittleren Schäden € 3.000,--, bei größeren Schäden 5.000,-- Euro Soforthilfe, und das unbürokratisch! Wir haben das Kärntner Nothilfswerk in weiterer Folge mit 3 Millionen Euro übrigens, ich habe die Zahl vorher genannt, ausgestattet. Wir haben für die Katastrophenschäden für die Gemeinden Sonder-BZ, also BZ außer dem Rahmen, mit 2 Millionen Euro auf die Beine gestellt. Wir haben bei der Wiederherstellung der Hochwasserschutzmaßnahmen zusätzlich eine Million Euro. Das wird sich übrigens noch erhöhen. Wir haben eine Task Force, weil es heute gefordert worden ist. Die Mitarbeiter in der Landesregierung haben alle zusammen geschaut, was kann jeder dazu beitragen, dass wir diese Krise gut bewältigen. Wir werden die Schadensfeststellungskommissionen personell gut ausstatten, sodass das alles viel, viel schneller geht. Wir haben eine Service-Hotline eingerichtet für die Betroffenen, wo sie bei einer Telefonnummer all jene Informationen bekommen können, die für sie relevant und interessant sind. Es geht nicht nur darum, wo kriege ich dann Geld, auch diese Informationen bekommen sie, sondern viel, viel weiter hinaus:

Fellner

Wie kann ich das mit dem Finanzamt machen, wenn ich einen forstwirtschaftlichen Schaden erlitten habe? Wo kriege ich eine Expertenmeinung zu Versicherungsleistungen? Wir haben das alles eingerichtet und das innerhalb kürzester Zeit. Auch die Homepage des Landes haben wir mit allen notwendigen Informationen, und das so schnell wie möglich, ausgestattet. *(Vorsitzender: Noch 40 Sekunden!)*

Geschätzte Damen und Herren! Ich möchte noch etwas erwähnen. Wir haben Regionalfonds-Kuratoriumssitzung gehabt. Wir hätten eigentlich Rücklagen in der Größenordnung von 8 Millionen Euro bilden können. Das ist eine zusätzliche Information, die ich heute auch den Kärntner Gemeinden zur Verfügung stellen werde. Wir haben diese 8 Millionen Euro als Liquidität sofort für diese Katastrophenschäden sichergestellt. Wir werden den Gemeinden draußen diese 8 Millionen Euro als zinsenloses Darlehen zur Verfügung stellen. Das heißt, die Zinsen werden wir vom Gemeindereferat aus BZ-Mitteln übernehmen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit ist die Aktuelle Stunde um 15 Uhr 06 Minuten geschlossen. *(KO Darmann meldet sich zur GO.)* Es gibt einen Wunsch nach einer Geschäftsordnungswortmeldung vom Klubobmann Darmann. Ich erteile ihm das Wort!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Besten Dank, Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Wir haben nunmehr in der Aktuellen Stunde teilweise über den Klimawandel, über weit hergeholte Themenstellungen diskutiert, philosophiert, die unseren Bürgern jetzt in der Not nicht rasch helfen. Darüber hinaus gibt es aber natürlich die Notwendigkeit, längerfristige Maßnahmen des Landes Kärnten zur Bewältigung solcher Unwetter-

Katastrophen in einem entsprechenden Rahmen inhaltlich zu diskutieren, heute - meines Erachtens nicht der richtige Weg - über die Aktuelle Stunde. Fakt ist aber, dass eine Enquete zu diesem Thema uns dabei wesentlich helfen kann, nämlich als Vertreter der einzelnen Parteien hier im Kärntner Landtag gemeinsam mit Experten dieses Thema wirklich in der Tiefe zu behandeln.

Deswegen und aufgrund der Tatsache, dass nach Meinung von Experten zu befürchten ist, dass sich diese Unwettergefahr in Kärnten noch steigern wird, weil durch die Klima-Erwärmung und gestiegene Oberflächen-Temperaturen des Mittelmeeres es genau zu diesen häufigeren Niederschlagsextremen in Kärnten kommen wird, beantragen wir als freiheitlicher Landtagsklub die Abhaltung einer Enquete zum Thema mit dem Titel, „Zunahme von Unwetterschäden und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Politik“.

Ich ersuche um Abhaltung dieser Enquete in entsprechender Kürze, da die Maßnahmen auch rasch zu treffen sind! Danke!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Dann darf ich aber bitten, dass Sie mir den Antrag entsprechend auch aushändigen! *(KO Darmann übergibt dem Vorsitzenden den Antrag.)* Ist es erforderlich, die Sitzung zur Verteilung an die Klubobleute zu unterbrechen? Der Titel ist an sich klar. *(3. Präs. Lobnig: Das ist einstimmig!)* Dann lasse ich über die Abhaltung dieser Enquete abstimmen. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen. Wir werden versuchen, das in unser Programm entsprechend mit aufzunehmen.

Ich darf noch darauf verweisen, dass das Einbringen von Dringlichkeitsanträgen spätestens eine Stunde nach Eingehen in die Tagesordnung zu erfolgen hat, das wäre um 16 Uhr 08 Minuten.

Ing. Rohr

Tagesordnung

Ich darf den Tagesordnungspunkt mit der Landtagszahl 177-19/32 aufrufen:

Ldtgs.Zl. 177-19/32:

Bericht und Antrag der Kärntner Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses über den Voranschlag der Einzahlungen und Auszahlungen bzw. Erträge und Aufwendungen des Landes Kärnten für das Jahr 2019 einschließlich des Stellenplanes des Landes Kärnten 2019, Bericht und Antrag der Landesregierung zum Entwurf eines Beschlusses, mit dem der Landesregierung Zustimmungen und Ermächtigungen zum LVA 2019 erteilt werden, sowie Antrag der Landesregierung zum Finanzrahmen mit den Grundzügen des Stellenplanes und Strategiebericht des Landes Kärnten für die Jahre 2019 - 2022

Das ist die Einbegleitung durch die zuständige Referentin, Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Gabriele Schaunig. Ich darf auch dazu seitens der Finanzabteilung den Leiter der Finanzabteilung, Dr. Horst Felsner, sehr herzlich begrüßen und den Herrn Mag. Ewinger, der wesentlich an den Grundlagen bei der Erstellung dieses Landesvoranschlages 2019 mitgearbeitet hat! Ich bitte nunmehr die Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin, Dr. Gaby Schaunig, vom Rednerpult aus ihre Budgeteinbegleitung zu halten! Bitte, du bist am Wort!

Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin
Schaunig-Kandut (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Liebe Regierungskolleginnen und -kollegen! Sehr geehrte Abgeordnete! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung! In den letzten Legislaturperioden habe ich meine Budgetreden mit Zitaten aus der Literatur be-

gonnen. In dieser Legislaturperiode habe ich mich für Sportzitate entschieden, im heurigen Jahr für ein Zitat von Tom Watson, einem Golfspieler, der für seine unglaubliche Beständigkeit, ganz besonders unter schwierigen und wechselnden Bedingungen bekannt war. Am Höhepunkt seiner Karriere war vor allem seine rasche Regenerations- und Konzentrationsfähigkeit wirklich legendär. Sein Ausspruch, „am Golfschwung zu arbeiten, ist wie ein Hemd zu bügeln, kaum hat man eine Seite fertig und man dreht es um, findet man wieder Knitter“, lässt sich auch auf die Erstellung des Landesvoranschlages 2019 übertragen.

Seit 2013 hat die „Zukunftscoalition“ und nun die „Kärnten-Koalition“ alle Anstrengungen unternommen, eine solide finanzielle Basis für unser Bundesland zu schaffen, die existenzbedrohenden HETA-Haftungen zu bereinigen, die Ausgaben-Dynamik einzubremsen, alle risikoreichen Finanzierungsformen aus dem Landesbudget zu verbannen, unvorhergesehene Risikofälle finanziell zu bedecken. Ich denke hier an HCB oder auch die Sturmkatastrophen und Unwetter-Katastrophen der Vergangenheit. Wenn ich heute die FPÖ in der Aktuellen Stunde gehört habe, dann kann ich Ihnen nur raten, reden Sie mit Ihrem Bürgermeister von Afritz, der in großer Besonnenheit, ohne parteipolitisches Geplänkel diese Herausforderung in seiner Gemeinde gemeinschaftlich mit Land und Bund wirklich herausragend bewältigt hat. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Wir haben ein neues Haushaltsrecht geschaffen, das für Transparenz und mehr Steuerungsmöglichkeiten steht, dennoch tritt ein Effekt ein, den Tom Watson in seinem Zitat beschrieben hat. Es ist wie beim Hemden Bügeln. Ich glaube, jede und jeder hat das schon erlebt. Man bügelt eine Seite, dreht es um und bemerkt, dass beim Umdrehen wieder ein Knitter hineingekommen ist. So ähnlich ist es auch bei der Budgeterstellung für das kommende Jahr. Wir haben alle eingangs aufgezählten Probleme bewältigt und unsere Budgetentwicklung auf einen wirklich vernünftigen Kurs gebracht. Aber es holen uns unvorhersehbare Ereignisse ein, die wir auch nicht beeinflussen können und die führen dazu, dass dieser erfolgreiche Budgetkurs zumindest kurz-

Schaunig-Kandut

fristig abgeschwächt wird. Die neuen Falten im soeben erst glatt gebügelten Haushalt des Landes Kärnten ergeben sich insbesondere aus den nachfolgenden Komponenten: Zum einen wird das Haushaltsergebnis im kommenden Jahr anders beurteilt als bisher. Wir bekommen eine Hinzurechnung durch eine sogenannte strukturelle Komponente, die „Zyklische Budgetkomponente“, die fiktive Mehreinnahmen aus einer sich verbessernden Konjunktur darstellen soll. Mit dieser sollen konjunkturelle Einflüsse auf die Haushaltsergebnisse, die für die Länder und Gemeinden in erster Linie durch das Wachstum der Steuereinnahmen angenommen werden, neutralisiert werden. Dies führt für Kärnten dazu, dass im Rahmen der sogenannten Zyklischen Budgetkomponente im nächsten Jahr ohne Gemeinden Steuer-Mehreinnahmen durch die Hinzurechnung von 28,15 Millionen Euro fiktiv dargestellt werden. Unser eigenes Ergebnis des Landeshaushaltes inklusive der ausgegliederten Rechtsträger, also all das, was wir in den letzten Jahren als Übererfüllung geleistet haben, wird auf ein Kontrollkonto gebucht und in budgetär schwierigeren Lagen kann über dieses Kontrollkonto ein Ausgleich herbeigeführt werden.

Das Maastricht-Ergebnis des Landeshaushaltes selbst beläuft sich im Landesvoranschlag 2019 auf plus 2,9 Millionen Euro. Rechnet man die Salden der ausgegliederten Rechtsträger sowie des Landesimmobilienmanagements und der KABEG hinzu, ergibt sich ein Gesamtsaldo von minus 22 Millionen Euro. Die Zyklische Budgetkomponente, wie schon erwähnt, bewirkt eine Hinzurechnung von minus 28,15 Millionen Euro. Aus diesen beiden Komponenten berechnet sich der sogenannte Strukturelle Saldo des Landes mit minus 50,199 Millionen Euro. Die Vorgaben des Stabilitätspaktes belaufen sich auf einen Abgang von minus 25,7 Millionen Euro. Innerhalb der „Kärnten-Koalition“ haben wir uns darauf verständigt, unser Kontrollkonto, das sich auf zumindest 108,14 Millionen Euro beläuft, ausschließlich maximal mit dem Betrag zu belasten, der zum Ausgleich der Zyklischen Budgetkomponente notwendig ist.

An diesem Beispiel sieht man auch, dass das Abstellen rein auf Einzeljahre in der Budgetbetrachtung nicht sinnvoll ist, ganz einfach deshalb, weil wir dynamische Einnahmen- und Ausgaben-Situationen haben und dieses Kontrollkonto einen Ausgleich über eine mehrjährige

Periode ermöglicht. Die Herausforderungen werde ich noch in weiterer Folge schildern, zum einen Einnahmen-Ausfälle, zum anderen aber auch Mehrausgaben, die auf uns zukommen werden, wie heute in der Aktuellen Stunde schon angesprochen wurde.

Betrachtet man die Entwicklung unseres Kontrollkontos, so zeigt sich, dass wir im Jahr 2019 24,48 Millionen Euro, also weniger als die Zyklische Budgetkomponente abbuchen werden, im Jahr 2020 8,2 Millionen und im Jahr 2021 6,8 Millionen. Im Jahr 2022 werden 14,85 Millionen aus Übererfüllungen diesem Konto wieder gutgebucht. Und aus dem Haushaltsjahr 2018 werden sich voraussichtlich zumindest weitere 7,8 Millionen Euro an Guthaben ergeben.

Zu den besonderen Herausforderungen des Landesvoranschlages 2019 zählen insbesondere die folgenden Elemente: Es ist zum einen die Steuerreform 2018, das sogenannte Jahressteuergesetz. Dieses Gesetz umfasst die Einführung eines Familienabsetzbetrages, der insbesondere für besserverdienende Familien zu einem Bonus in der jährlichen Höhe von maximal € 1.500,- pro Kind führen wird, sowie die Einführung eines Kindermehrbetrages von € 250,- pro Kind und Jahr für AlleinverdienerInnen und AlleinerzieherInnen. Wenn es nach mir gegangen wäre, hätte ich diese Beträge umgedreht. Weiters steuerliche Begünstigungen, die alle zu verminderten Einnahmen und damit reduzierten Ertragsanteilen der Länder führen, wie zum Beispiel Begünstigungen im Zusammenhang mit Zuwendungen aus dem Betriebsvermögen, Zuwendungen zu Vermögensausstattung und Zuwendungen an die Innovationsstiftung, die Einführung einer Abzugssteuer bei Einkünften aus Anlass der Einräumung von Leitungsrechten, die Verlängerung der Steuerspaltung, der Entfall der Margenbesteuerung, die Abschaffung der Gebühren bei Bürgschaftserklärungen sowie die Vereinheitlichung der Versicherungssteuer bei landwirtschaftlichen Elementarrisiko-Versicherungen. Zählt man alle diese steuerrechtlichen Veränderungen zusammen, bewirken sie für alle Gebietskörperschaften im Jahre 2019 einen Einnahmen-Ausfall von 707,71 Millionen Euro und in den Folgejahren einen Einnahmen-Ausfall von österreichweit 1,15 Milliarden Euro. Unter Berücksichtigung (*Abg. Leyrouz: Tolles Recht für die Bürger!*) des anteiligen Schlüssels, der auf Kärnten entfällt, ergibt sich bei uns eine

Schaunig-Kandut

Ertragseinbuße von rund 10 Millionen Euro und in den Folgejahren von annähernd 20 Millionen Euro. Zudem wurde im März 2018 vom Nationalrat die Senkung des Umsatzsteuersatzes von Beherbergungsleistungen von 13 auf 10 Prozent beschlossen, (*Abg. Leyrouz: Wieder Geld für die Bürger!*) wodurch Mindereinnahmen an Steuerertragsanteilen ab dem Jahr 2019 wirksam werden, die sich für alle Gebietskörperschaften mit jährlich 120 Millionen Euro niederschlagen. Für Kärnten bedeutet dies einen Verlust von fast 2 Millionen Euro im Jahr.

Insgesamt kann man daher festhalten, dass durch die steuerpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung für das Land Kärnten im Jahr 2019 Mindereinnahmen von rund 11,5 Millionen Euro und ab dem Jahr 2020 von 20 Millionen Euro im Jahr zu erwarten sind.

Ein zweiter Bereich ist die Veränderung im Bereich der Vereinbarung zur Elementarpädagogik. Hier gibt es eine veränderte Artikel 15a-Vereinbarung mit dem Bund, die dazu führt, dass das Land Kärnten pro Kindergartenjahr einen errechneten Kofinanzierungsbeitrag aus Landesmitteln von 2,17 Millionen Euro aufzubringen hat.

Eine weitere Zusatzbelastung resultiert aus den Rückzahlungen für Wohnbauförderungsdarlehen. Die Zusatzbelastung für den Landesvoranschlag 2019 wie auch für die Folgejahre resultiert daraus, dass in den vergangenen Jahren im Bereich der Wohnbauförderung – der Rechnungshof hat es auch aufgezeigt – vorzeitige begünstigte Rückzahlungen in einem sehr großen Ausmaß in Anspruch genommen wurden. Diese wurden insbesondere von gemeinnützigen Bauvereinigungen in Anspruch genommen und hier hat der Kärntner Landtag die Regierungsvorlage zum Wohnbauförderungsgesetz beschlossen, dass jede dieser Reduktionen eins zu eins an die Mieterinnen und Mieter als Mietzins-Ersparnis weiterzugeben ist. Die Kehrseite der Medaille: Da es sich dabei größtenteils um Wohnbauförderungsdarlehen handelte, die von Vorgänger-Regierungen an Banken verkauft worden sind, ist nunmehr der Differenzbetrag zwischen dem reduzierten Rückzahlungsbetrag – wir sprechen von 25 Prozent – und dem aushaftenden Kreditbetrag aus Landesmitteln an die Banken zu entrichten. So führt dies, wie ich schon erwähnt habe, erfreulicherweise dazu, dass wir in

Kärnten die geringsten Finanzierungsmieten aller Bundesländer haben, aber es belastet eben unseren Landeshaushalt mit Ausgleichszahlungen in der Höhe von 35 Millionen Euro.

Zusammenfassend kann man daher festhalten, dass sich das Ergebnis des Landes nach ESVG aus laufenden Einzahlungen in der Höhe von € 2.412.111.600,-- sowie Auszahlungen von € 2.278.039.300,-- zusammensetzt und hier ein positiver Saldo von rund 134 Millionen Euro aufscheint. Zieht man von diesem Saldo Vermögensauszahlungen in der Höhe von 139,5 Millionen Euro ab, so ergibt sich in einem Zwischenschritt ein Finanzierungssaldo für das Land von minus 5,18 Millionen Euro. Bereinigt man das um Zinsabgrenzungen aus Agios und Disagios sowie um die Einnahmen aus der Beteiligung an der Energieholding, ergibt sich für das Land Kärnten ein relevanter Finanzierungssaldo nach ESVG von plus 2,913 Millionen Euro. In diesem Betrag noch nicht enthalten sind die Tilgungen für Schulden, die wir im nächsten Jahr in der Größenordnung von € 109.489.600,-- leisten werden.

Unter Heranziehung des Ergebnisses der ausgegliederten Rechtsträger des Landesimmobilienmanagements und der KABEG ergibt sich ein Finanzierungssaldo gemäß ESVG für die Landesebene von minus 22 Millionen Euro.

Wie ich schon dargelegt habe, kommt dazu die Zyklische Budgetkomponente, die wir durch eine Entnahme vom Kontrollkonto ausgleichen, die unter der Höhe der Zyklischen Budgetkomponente liegt. Wenn man jetzt eine Vergleichsrechnung anstellt und diese Einmal-Faktoren herausrechnet, wie den Ausgleich für die verkauften Wohnbauförderungsdarlehen, die Mindereinnahmen aus den Einnahmen-Ausfällen durch steuergesetzliche Maßnahmen, die Mehraufwände für die Kinderbetreuung, so zeigt sich, dass wir ohne diese Einmal-Effekte mehr als positiv saldieren würden.

Faktum ist aber auch, dass wir viele unserer finanziellen Transaktionen für finanzmarktrelevante Finanzierungsanteile leisten müssen, insbesondere, was wir als HETA-Haftungsbeitrag zu leisten haben.

In Summe ist festzuhalten, dass wir mit keiner Budgetposition die sanktionsrelevanten Vorgaben des Stabilitätspaktes überschreiten und somit

Schaunig-Kandut

in unserem Landesbudget 2019 kein einziger sanktionsrelevanter Bereich vorliegt. Die aktuelle Entwicklung im Landeshaushalt zeigt aber auch, dass trotz wirklich schwieriger Rahmenbedingungen wesentliche Vorgaben des Stabilitätspaktes, wie die sogenannte Ausgabenbremse eingehalten werden. Durch die konsequente Budgetpolitik der Koalition werden bereits seit 2013 die Ausgaben eingebremst und wir liegen mit einer Ausgabensteigerung im Landesvoranschlag 2019 mit insgesamt 2,14 Prozent maßgeblich unter der Obergrenze von 4,02 Prozent. Das wird auch in den Folgejahren, das sieht man im Rahmenplan, so sein. Zudem haben wir in den vergangenen Jahren gezeigt, dass es durch sparsame Budgetbewirtschaftung und aktives Gegensteuern gelungen ist, jeden – und wirklich jeden – Rechnungsabschluss gegenüber dem Landesvoranschlag zu verbessern. Das stellt sich in einem laufend verbesserten Primärsaldo dar. Und vergleicht man die geplanten Abgänge in den Landesvoranschlägen mit den effektiv eingetretenen Abgängen der Rechnungsabschlüsse in den Jahren 2013 bis 2017, so sieht man eine kumulierte Verbesserung von 334,73 Millionen Euro, rund 335 Millionen Euro weniger an Kreditmitteln, die wir aufgenommen haben, als ursprünglich in den Landesvoranschlägen geplant waren. Hier wirklich ein Dankeschön an die „Zukunftskoalition“ und jetzt an die „Kärnten-Koalition“ – das ist ein Ergebnis sparsamer Budgetbewirtschaftung!

Von Seiten der Opposition wurde schon Kritik an der Neuverschuldung von 83 Millionen Euro geübt und natürlich wäre es auch mir als Finanzreferentin lieber, wir würden ausgeglichen budgetieren oder noch besser, wir hätten einen Überschuss. Aber was sind die Alternativen? Sinnvolle Maßnahmen nicht umzusetzen?

Wir könnten das Kinder-Stipendium streichen. Das würde unser Budget kurzfristig entlasten und uns manche Diskussionen ersparen, aber es würde langfristig weitaus größere Probleme für Kärnten mit sich bringen. Führt man sich die demografische Entwicklung unseres Bundeslandes vor Augen, so sehen wir, dass es insbesondere die Gruppe der 19- bis 27-Jährigen ist, junge Frauen und Männer, die Kärnten verlassen. Für diese Gruppe ist es von entscheidender Relevanz, wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aussieht. Und hier sitzen auch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die genau wis-

sen, dass das Angebot an qualitativ hochwertiger und ausreichender Kinderbetreuung ein wesentlicher Faktor ist, attraktiv zu sein als Wohngemeinde. Dieses Angebot, dieses gute Angebot an junge Menschen, das müssen wir auch als Bundesland stellen, um uns von anderen Regionen wesentlich zu unterscheiden! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Zudem ist es unbestritten, dass ein möglichst früher Zugang zur Bildung und zur Talentförderung eine entscheidende Maßnahme im Sinne der Chancengleichheit im Bildungssystem ist. Das Kinder-Stipendium ist für beides eine wichtige und richtige Maßnahme.

Wir könnten die Mittel für den Breitband- und Glasfaser-Ausbau streichen. Auch das würde dazu führen, dass das Budget ausgeglichen wäre. Kurzfristig ein Erfolg, langfristig eine Katastrophe. Es würde nämlich dazu führen, dass Kärnten nicht konkurrenzfähig wäre und unersetzliche Weichenstellungen für die Zukunft verabsäumt werden würden.

Oder wir könnten die zusätzlichen Mittel für den Straßenbau und die Siedlungswasserwirtschaft streichen, ich denke, in Anbetracht der Unwetter-Katastrophen, der erforderlichen Sanierungsarbeiten und Präventionsmaßnahmen etwas, was wohl wirklich niemand ernstlich diskutieren wird.

Und ein letztes Beispiel: Wir könnten die Verbesserung im Bereich der Tagesstätten und der Mobilien Hauskrankenpflege zurückfahren und damit erreichen, dass immer mehr Menschen in teure stationäre Pflegeeinrichtungen gehen müssen und das ist weder volkswirtschaftlich noch menschlich sinnvoll.

Wenn wir diese Maßnahmen setzen würden, könnten wir uns heute zurücklehnen, ein wunderbares Budget mit massiven Überschreitungen der Vorgaben feiern und für die Menschen nach uns, für die Generationen von Politikerinnen und Politikern nach uns Probleme hinterlassen, so wie wir sie von unseren Vorgängerinnen und Vorgängern geerbt haben. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Und noch eine letzte Anmerkung, um den vehementesten Kritikern von Seiten der FPÖ in Erinnerung zu rufen, dass in Zeiten, in denen die Einnahmen weitaus höher waren als sie es heute sind, FPÖ-Finanzreferenten Nettoneuverschuldungen jenseits der 100 Millionen Euro ausge-

Schaunig-Kandut

wiesen haben. (*Abg. Staudacher: Die Budgethoheit hat aber schon der Landtag, Frau Referentin!*) Nur ein Beispiel: Im Jahr 2010 betragen die Einnahmen des Landes 3,043 Milliarden Euro, um 631 Millionen mehr als heute. Wenn man sich unseren Budgetentwurf ansieht, dann braucht man nicht viel Phantasie, wie das Budget mit 631 Millionen mehr an Einnahmen aussehen würde. Im Jahr 2010 mit 3 Milliarden Euro Einnahmen betrug die Nettoneuverschuldung 188,76 Millionen und ein ähnliches Bild zeigen auch die Jahre 2011 und 2012, jeweils Neuverschuldungen größer als 100 Millionen. In Anbetracht dieser Entwicklung stellte der Rechnungshof 2010 fest, und ich zitiere: „Die Neuverschuldung 2010 beträgt somit rund 188 Millionen Euro. Diese hat sich gegenüber dem Vorjahr um rund 50 Millionen gesteigert und gegenüber 2008 mehr als verdoppelt.“ Im Vergleich dazu haben wir seit 2013 die Ausgaben-Dynamik eingebremst, die Neuverschuldung abgeschwächt und trotz massiv gesunkener Einnahmen das Budget maßgeblich konsolidiert. Ich darf also bitten, führen wir eine seriöse Diskussion! (*Abg. Trettenbrein: Dann müssen Sie sofort zu reden aufhören!*) Wenn man Einsparungen oder Mehrausgaben einfordert, dann muss man auch den Mut haben, klar darzulegen, wo im Gegenzug Leistungen aus dem Budget gestrichen werden sollen. Mein Appell durchaus an alle Regierungsmitglieder, insbesondere auch in Anbetracht der nunmehr verstärkten Eigenverantwortung im Budgetvollzug durch das neue Haushaltsrecht: Wir haben bis jetzt jedesmal die Rechnungsabschlüsse im Vergleich zum Landesvoranschlag massiv verbessert. Das liegt jetzt in der Verantwortung jedes einzelnen Regierungsmitglieders. Ich ersuche wirklich alle, jeden Steuer-Cent zweimal umzudrehen, damit es uns gelingt, Mittel freizubekommen – und ich spreche nicht von einer Ergebnis-Verbesserung – um all jenen Menschen in Kärnten zu helfen, die das dringend brauchen! Der gleiche Appell ergeht auch an den Kärntner Landtag. Es gilt, jeden Beschluss und jeden Antrag dahingehend zu prüfen, ob finanzielle Auswirkungen mit den Rahmenbedingungen des Finanzierungshaushaltes des Landes in Einklang stehen und bei allfälligen Beschlussfassungen auch verantwortungsvolle Finanzierungsvorschläge respektive die für die Finanzierung der geplanten Ausgaben erforderlichen Einsparungen in anderen Bereichen darzulegen!

Die „Kärnten-Koalition“ hat sich als finanzpolitisches Ziel auferlegt, die Aufnahme von neuen Finanzschulden nur in der Höhe zuzulassen, als sie für Zwecke der Tilgung von Finanzschulden der Vergangenheit und im Zusammenhang mit vermögensbildenden Maßnahmen der Zukunft erforderlich sind. So stehen der geplanten Schuldenaufnahme für das Jahr 2019 Schuldentilgungen des Landes in der Größenordnung von 109,5 Millionen Euro gegenüber, Direkt-Investitionen durch die LIM in der Höhe von 31,1 Millionen sowie Darlehensgewährungen im Bereich der Wohnbauförderung und beim Breitband-Ausbau von 70,07 Millionen Euro. Das ist der Saldo. Die Einnahmen sind bereits abgezogen. Also, der tatsächlich investierte Betrag ist weitaus höher als die Schuldaufnahme, allein aus diesen Bereichen 210 Millionen Euro. Dazu kommt noch die Tilgung von Schulden bei ausgliederten Rechtsträgern, also KABEG und KWF, in der Größenordnung von 75,12 Millionen aus dem Landeshaushalt, sodass insgesamt 285,20 Millionen für Schuldentilgungen und vermögensbildende Maßnahmen veranschlagt sind, weit mehr als das, was wir an Schulden aufnehmen. Das Gleiche gilt auch für die Folgejahre.

Seit wir die HETA/Hypo-Haftungen bereinigt haben, liegt das Land Kärnten auch weit, wirklich weit unter den zulässigen Haftungsgrenzen. Für das Jahr 2019 werden diese Grenzen mit einem Anteil von 45,68 Prozent ausgeschöpft. Dieser Anteil sinkt bis 2022 auf 36 Prozent. In absoluten Zahlen betragen die behafteten Verbindlichkeiten gegenüber der HETA Asset Resolution AG per 31.12.2019 13 Millionen Euro. Die Haftungen gegenüber der Austrian Anadi Bank AG umfassen in etwa die gleiche Höhe.

„Klare Zahlen, klare Ziele“ – unter diesem Motto steht die Haushaltsreform, eines der zentralen Reform-Projekte des Landes im Finanzbereich. Mit der Umsetzung dieses Projektes, welches im Oktober 2013 in Form eines Landtagsbeschlusses gestartet hat, wird auch für das öffentliche Rechnungswesen modernen Anforderungen entsprochen, ein transparentes, modernes Rechnungswesen. Hier nehmen wir österreichweit durchaus eine Vorreiter-Rolle ein. Das Budget ist in Zahlen gegossene Politik. Das neue Haushaltsrecht stellt eine Zusammenschau von Ressourcen und Wirkungen dar, von politisch ge-

Schaunig-Kandut

wünschten Ergebnissen, die mit notwendiger Transparenz dargestellt werden. Auch ein neues doppisches Rechnungswesen mit einem Finanzierungsergebnis und einer Vermögensrechnung soll einen erweiterten Einblick in die finanzielle Lage des Landes gewähren. Neu ist, dass erstmals klare und vor allem messbare Ziele in den einzelnen Politikfeldern definiert werden. Die beabsichtigten Wirkungen, sprich der Nutzen für die Kärntnerinnen und Kärntner, wird festgeschrieben und überprüfbar gemacht. Das Budget ist somit ein integriertes Planungsdokument für eine ganzheitliche und vor allem mehrjährige Steuerung. Damit steigt aber auch die Ergebnisverantwortung von Politik und Verwaltung. Durch laufend messbare Indikatoren, die für die Ziel-Erreichung herangezogen werden, sollen die Ergebnisse laufend hinterfragt werden. Die Flexibilität eines sparsamen Budgetvollzuges und die Eigenverantwortung der Regierungsmitglieder steigen. Allfällige Doppelgleisigkeiten werden sichtbar. Auch dadurch wird ein wesentlicher Beitrag dazu geleistet, den öffentlichen Haushalt weiterhin zu stabilisieren und damit finanzielle Spielräume für Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft zu schaffen.

Der Landesvoranschlag 2019 verfolgt zwei große Ziele: Zum einen Sicherheit zu geben, zum andern Zukunft zu schaffen. Die „Kärnten-Koalition“ hat es sich zum Ziel gesetzt, allen Kärntnerinnen und Kärntnern die Sicherheit zu geben, dass unabdingbare Leistungen im Sozialbereich, im Pflegebereich, im Gesundheitsbereich, bei arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und im Katastrophenschutz entsprechend abgesichert und auch budgetär dotiert werden. Gerade in Zeiten großer Umbrüche – und das betrifft viele Bereiche, den Klimawandel, den wir heute diskutiert haben, die Digitalisierung, Veränderungen in der Arbeitswelt – brauchen die Menschen die Sicherheit, dass diese elementaren Aufgaben des Gemeinwesens, und diese bestehen insbesondere in der Absicherung gegen Risiken, erfüllt werden. Jede einzelne dieser Maßnahmen leistet einen unabdingbaren Beitrag zur Armutsbekämpfung und damit zur Schaffung von Teilhabemöglichkeiten und sozialer Gerechtigkeit für möglichst viele. Beispielhaft darf ich einige Maßnahmen aufzählen: Über 16.000 Kinder in ganz Kärnten profitieren vom Kärntner Kinder-Stipendium. Der Zugang zu Bildung möglichst schon im frühen Alter ist die beste

Absicherung gegen Armut und sichert Chancengleichheit. Der Landesvoranschlag 2019 sieht für den Bereich Kinderbetreuung Ausgaben von 44,5 Millionen Euro vor. Jeder Cent, jeder einzelne Cent ist bestens investiert in die Zukunft unseres Landes!

In keinem anderen Referatsbereich schlagen sich die demografischen Entwicklungen und die gesellschaftspolitischen Veränderungen so nachhaltig nieder wie im Ressort Soziale Sicherheit, Gesundheit und Pflege. Die „Kärnten-Koalition“ bekennt sich hier zu einem Ausgaben-Dämpfungspfad. Dennoch muss auch den Entwicklungen wie der Abschaffung des Pflegeregresses und einer älter werdenden Gesellschaft Rechnung getragen werden. Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Beate Prettner wird den Bedürfnissen der Gesellschaft insbesondere durch ihr präventives Pflegepaket und die Pflege-Nahversorgung gemeinsam mit den Kärntner Gemeinden nachkommen. Dazu gehört unter anderem, wie schon eingangs erwähnt, die Forcierung der Tagesstätten, die Reduzierung der Selbstbehalte derjenigen, die diese in Anspruch nehmen, der Ausbau der Mobilien Dienste und die Unterstützung von pflegenden Angehörigen, insbesondere durch Erholungs- und Unterstützungsleistungen. Für den Bereich der Pflegeheime und der Mobilien Pflege und der ergänzenden Angebote werden 2019 245 Millionen Euro im Landesvoranschlag ausgewiesen. Wie bereits dargelegt, braucht es zusätzliche Angebote, um Alternativen zur stationären Pflege zu schaffen und diese auch attraktiv zu gestalten und pflegende Angehörige verstärkt zu unterstützen. Die trotzdem durch den Entfall des Vermögensregresses zu erwartende höhere Nachfrage nach stationärer Pflege wird bis 2030 zu einem zusätzlichen Anstieg der Kosten in Kärnten, aber auch bei allen anderen Ländern führen. Neben den Ländern fordert auch der Gemeindebund vom Bund den vollen Kostenersatz dieser anfallenden Kosten. In den letzten Wochen fanden mehrere Sitzungen der Finanz- und SozialreferentInnen der Bundesländer statt, um dieses Vorgehen abzustimmen und dieser Forderung auch entsprechenden Nachdruck zu verleihen.

Im Bereich der Krankenanstalten werden für die Leistungsabgeltung unserer Gesundheitseinrichtungen in Kärnten rund 309 Millionen Euro im Jahr an Landesmitteln veranschlagt. Das Thema

Schaunig-Kandut

der vertikalen Kostenverteilung, also zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, war auch Gegenstand der letzten LandesfinanzreferentInnen-Konferenz. In Anbetracht der Tatsache, dass alle Kostenbeiträge der anderen Kostenträger außer denen der Länder und Gemeinden gedeckelt sind, gibt es einen einstimmigen Beschluss aller Bundesländer, dass über die Verteilung der Kosten neu zu diskutieren ist. Denn im Moment tragen die Länder und Gemeinden alleine die dynamische Kostenentwicklung, während alle anderen Kostenträger im vertikalen System mit gedeckelten Budgets arbeiten. Und eine gesunde Gesundheitsversorgung braucht auch entsprechende finanzielle Ressourcen. Von Seiten der Länder wurden hier bereits zahlreiche bundesgesetzliche Maßnahmen eingefordert, um die Einhaltung des im FAG vereinbarten Kostendämpfungspfades zu ermöglichen, aber eben auch die schon skizzierte neue Aufteilung der finanziellen Beiträge im Rahmen des Koordinationskomitees.

Jedenfalls umzusetzen ist eine Verstärkung des psychotherapeutischen Angebotes, der Suchtberatung und der Sucht-Therapien. Das Thema Sucht muss uns alle, und zwar ohne politisches Kleingeld beschäftigen. Wir müssen hier sachliche Diskussionen führen, so wie Beate Pretzner das tut und nicht politisches Kleinkapital daraus schlagen.

Mit der Etablierung der Zielsteuerung-Soziales wird das Erfolgsmodell der Zielsteuerung Gesundheit auch in den Sozialbereich übertragen. Die Finanzierungspartner Land und Gemeinden werden die Strategien, Ziele und Aufgaben des Sozialbereiches gemeinschaftlich planen und konkrete Aufgaben und Handlungsanleitungen geben. Das neue Gesetz regelt eine bedarfsgerechte und nachhaltige Planung und Koordination im Sozialbereich durch die Abstimmung der wichtigsten Finanzierungspartner. Einmal im Jahr und im Bedarfsfall öfter wird die Zielsteuerungskommission eine Sozial-Konferenz einberufen, in der alle Partner und ExpertInnen aus den vier Fachbereichen Soziales, Chancengleichheit, Kinder/Jugendliche sowie Pflege zusammenkommen und die aktuellen Herausforderungen bearbeiten. Kärnten ist mit diesem Modell österreichweit Vorreiter, diese Bereiche gemeinschaftlich und zukunftsorientiert zu planen.

Im Bereich des Wohnbaus wird auf die gesellschaftlichen Veränderungen durch ein koordiniertes Vorgehen des Sozial- und Wohnbaureferates reagiert. Wir nehmen einen bedarfsgerechten Ausbau der Wohnungsangebote vor, insbesondere wenn es darum geht, generationsübergreifende Wohn-Angebote zu erstellen und Sozialraum-KoordinatorInnen unter Einbeziehung ehrenamtlicher HelferInnen einzubeziehen. Das bereits umgesetzte und auch im Jahr 2019 fortgesetzte Mietensenkungsprogramm stellt uns zwar budgetär vor große Herausforderungen, diesbezüglich darf ich aber darauf verweisen, dass hier die Finanzierungsbeiträge des Landes eins zu eins den Mieterinnen und Mieter in Kärnten mit reduzierten Mieten zugutekommen. Einen weiteren Schwerpunkt im Bereich des Wohnbaus stellt die Sanierung dar. Alleine im ersten Halbjahr 2018 wurden 2.050 Beratungen zur Wohnhaus- und Wohnraum-Sanierung durchgeführt. Das zeigt, dass diese Maßnahmen des Wohnbauförderungsgesetzes NEU, welches mit 01.01.2008 in Kraft gesetzt wurde, auch wirklich greifen.

Was mich etwas mit Bedauern erfüllt, ist die Vorgangsweise des Bundes im Bereich des Arbeitsmarktes. Im Gegensatz zu den für mich unverständlichen Maßnahmen des Bundes im Bereich des Arbeitsmarktes erachtet es aber die „Kärnten-Koalition“ als unabdingbar, dass auch in Zeiten guter Konjunktur Unterstützungsleistungen für Menschen ohne Beschäftigungen vollumfänglich aufrecht bleiben. Die sozialpolitischen Fehlentscheidungen der Bundesregierung wie die Streichung der Aktion 20.000, die länger Arbeitslosen neue Perspektiven geboten hat, die Kürzung der Entschädigungsleistungen für Lehrlinge in überbetrieblichen Lehrwerkstätten, die derzeit leider reihenweise ihre Lehrlingsausbildung abbrechen, weil sie es sich schlichtweg nicht mehr leisten können oder aber auch das, was bei der Notstandshilfe geplant ist, zeugt von einem Ausmaß an sozialer Kälte, das mich erschauern lässt. Es führt dazu, dass die Armutsgefährdung steigt, Bildungs-Chancen sinken, der Facharbeiter-Mangel verschärft wird (*KO Darmann: Fake News der SPÖ!*) und die Konflikte in der Gesellschaft steigen. Hier wirklich ein Appell: Sozialer Friede ist ein wertvolles Gut, das man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen sollte! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Schaunig-Kandut

Umso erfreulicher ist der Entwurf des Landesvoranschlages 2019 in Kärnten. In Kärnten bleiben die Dotierung des Territorialen Beschäftigungspaktes und die Mittel für Qualifizierung und Arbeitnehmer-Förderung sowie die Lehrlingsförderung auch im Landesvoranschlag 2019 aufrecht und betragen diese 16 Millionen Euro, um € 600.000,- mehr als im Vorjahr. Damit Kärnten ein Lebensraum für alle Generationen ist, setzt das Generationenreferat des Landes Maßnahmen sowohl für die Jugend als auch für die ältere Generation. Um Teilhabe-Möglichkeiten für alle Kinder und Jugendliche in Kärnten zu schaffen, wird Landesrätin Sara Schaar die Familienkarte ausbauen und das Angebot und die Leistungen noch breiter aufstellen. Gemeinsam mit den Seniorenorganisationen Kärntens werden Projekte gefördert, welche aktive Teilhabe-Möglichkeiten der älteren Generation sicherstellen und im Rahmen der SeniorInnen-Erholungsaktion – ein Herzensanliegen von dir, Sara – werden ein abwechslungsreiches Bildungsprogramm und Erholungsmöglichkeiten für die ältere Generation angeboten.

Ein lebenswertes Umfeld und der Schutz der Natur sind in unmittelbarem Zusammenhang stehende Themenbereiche. Auch hier steht Landesrätin Mag. Sara Schaar für ein Miteinander aller Beteiligten und wird die Umsetzung der Agenda Natura 2000 unter ihrer Federführung auf der Grundlage der Kommunikation und des Konsenses erfolgen. Die ersten Erfolge hast du schon – ich gratuliere ganz herzlich dazu! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Bei den Naturparks in Kärnten ist es Ziel der zuständigen Referentin, die biologische Artenvielfalt und Diversität in diesen Lebensräumen zu erreichen und zu verbessern. Dazu werden Landesmittel für den Nationalpark Hohe Tauern, den Biosphärenpark Nockberge und die Naturparke in Kärnten eingesetzt. Bei den Kärntner Naturjuwelen – und wir dürfen sie mit Fug und Recht so bezeichnen – dem Nationalpark Hohe Tauern, dem Biosphärenpark Nockberge wie auch bei den beiden Naturparks Dobratsch und Weißensee ist eine noch stärkere Vernetzung geplant, wie auch das Nutzen von Synergieeffekten, um diese Naturjuwelen in ihrer ganzen Schönheit auch nach außen zu transportieren.

Zu einer gesicherten Umwelt gehört aber auch das bestehende Monitoring System, welches

laufend zu verbessern und auszuweiten ist und das ambitionierte Ziel, die Restmüll-Mengen in Kärnten weiter zu reduzieren und die Bevölkerung für Themen wie Recycling und Abfallvermeidung zu sensibilisieren. Gezielte Förderungen, durchaus referatsübergreifend, im Umweltbereich und im Gemeindebereich durch interkommunale Zusammenarbeit sollen es auch künftig ermöglichen, eine vermehrte Zusammenarbeit der Gemeinden im Bereich der Adaptierung bestehender Sammelzentren beziehungsweise der Neuerrichtung solcher zu erreichen. Durch Sensibilisierungsmaßnahmen bereits im Volksschulalter sollen Themen wie Recycling und Abfallvermeidung frühzeitig ins Bewusstsein gerufen werden. Und wir alle, die Eltern sind, wissen, dass die beste Umwelterziehung von uns allen wahrscheinlich durch unsere Kinder funktioniert hat.

Wie wichtig ein intaktes ökologisches Gleichgewicht ist, zeigen aber auch die sich verändernden Umweltbedingungen und die dramatischen Auswirkungen in Form der Naturkatastrophen gerade der letzten Wochen. Katastrophenschutz-, Gemeinde- und Feuerwehrreferent Landesrat Ing. Daniel Fellner hat zum einen mit wirklich großer Umsicht und mit einem herausragenden Einsatz diese Herausforderung bewerkstelligt, er hat aber vor allem auch zukunftsorientierte Planungen für den Bereich der Schutzwasserwirtschaft, der Lawinen- und Wildbachverbauung erstellt. Das Land Kärnten wird alle erforderlichen Kofinanzierungen zur bestmöglichen Ausschöpfung von Bundesmitteln sicherstellen, da diese unmittelbar der Aufrechterhaltung der Sicherheit in unserem Bundesland dienen. Für das Jahr 2019 sind zudem im Bereich der „Warn- und Alarmsysteme“ noch 5,8 Millionen Euro für die Adaptierung der LAWZ vorgesehen. Und ein weiterer Schwerpunkt von Daniel Fellner ist eine flächendeckende Erstellung von Hochwasser- und Katastropheneinsatzplänen für alle Kärntner Gemeinden.

An dieser Stelle auch ein ganz besonderes Dankeschön an die Einsatzorganisationen, an das Bundesheer, an die unzähligen freiwilligen Helferinnen und Helfer, an all jene, die bei der Kärnten-Netz, bei der KELAG unter kaum vorstellbaren Bedingungen im Einsatz waren, ohne die die Unwetter-Katstrophe in Kärnten nicht zu bewältigen gewesen wäre! Neben der in Euro nicht aufzuwiegenden Einsatzbereitschaft jedes

Schaunig-Kandut

Einzelnen und jeder Einzelnen ist aber insbesondere der psychologische Effekt für die gesamte Bevölkerung ein unbezahlbarer Mehrwert. Luca Burgstaller hat es heute in seiner Wortmeldung in der Aktuellen Stunde schon angesprochen, das Sicherheitsgefühl, zu wissen, dass es so viele Menschen gibt, die bereit sind zu helfen, kann in Geld nicht aufgewogen und ausgedrückt werden! Die Hochachtung und der Dank, ich glaube, von uns allen, gilt jenen, die über Tage und Wochen und wahrscheinlich noch für geraume Zeit in der Zukunft, bis viele Dinge beseitigt sind, mit einem unglaublichen persönlichen Einsatz den Betroffenen zur Seite gestanden sind! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion und der ÖVP-Fraktion.*) Der Dank gilt aber auch jenen, die jetzt mit ihren Spenden, die in der Ergänzung zu den öffentlichen Mitteln unverzichtbar sind, dafür Sorge tragen, dass finanzielle Sorgen der Betroffenen gemildert werden können! Und auch hier gilt das Gleiche: Neben der finanziellen Hilfe ist das Gefühl, dass es so viele Menschen gibt, die mit Empathie, mit Mitgefühl für andere Sorge tragen, etwas Unersetzliches und es zeigt, dass unser Gemeinwesen funktioniert, wenn es darauf ankommt!

Es zeigt aber auch, dass die Planung des Landesvoranschlages immer nur eine Planung sein kann. Es ist völlig undenkbar, in solchen Krisensituationen die Menschen im Stich zu lassen und die Erreichung von sonst vielleicht wichtigen Budgetzielen in den Vordergrund zu stellen. Mein Ruf als sparsame Finanzreferentin ist durchaus bekannt, aber hier gelten andere Maßstäbe. Ich glaube, dass ich für alle Regierungsmitglieder und für alle Abgeordneten sprechen kann und wir uns gemeinschaftlich dazu bekennen, dass solche Ausnahme-Situationen auch Ausnahmen im Budget bedingen. Für den landwirtschaftlichen Bereich vertraue ich aber auch auf eine Kärntner Ministerin, die ganz sicher alles tun wird, um ihr Heimatland und die betroffenen landwirtschaftlichen Bereiche entsprechend zu unterstützen.

Für die Wildbach- und Lawinenverbauung, wie schon erwähnt, haben wir zusätzliche Mittel vorgesehen. Hier steigen die Budgets in den nachfolgenden Jahren zum einen um 4,5 Millionen Euro für den Schutz im Regulierungsbaubereich und um 2,9 Millionen für die Wildbach- und Lawinenverbauung eben deshalb, damit wir alle Mittel, die wir von Bundesseite lukrieren

können, auch zu 100 Prozent ausschöpfen können. Die Dotierung des Kärntner Wasserwirtschaftsfonds erhöht sich in der Zeit von 2019 bis 2022 um 1,5 Millionen Euro. Diese Erhöhung ergibt sich aus der Notwendigkeit zur Schaffung einer flächendeckenden, leistbaren und vor allem krisensicheren Trinkwasser-Versorgung für ganz Kärnten.

An der Schnittstelle zwischen gedeihlichen und sicheren Lebensverhältnissen und der Schaffung von Zukunftsperspektiven sind Initiativen in die öffentliche Infrastruktur, egal ob Straßenbau oder Breitband-Versorgung, zu sehen. Sowohl der ländliche als auch der städtische Raum Kärntens benötigt als Lebensader eine funktionierende Infrastruktur. Das gilt für Straßen, das gilt für Brücken, für die Radwege, für das ländliche Wegenetz und für digitale Verkehrsverbindungen. Durch eine landesweite Straßenbau-Offensive mit einem besonderen Schwerpunkt im Sicherheitsbereich der Brücken und der koordinierten gemeinsamen Vorgangsweise zwischen dem Tourismus, dem Sport und dem Straßenbaureferenten bei der Umsetzung des Radwege-Konzeptes wird der Ausbau des Verkehrswegenetzes forciert. Dazu kommt noch, dass der Gemeindereferent in seinem Verantwortungsbereich ebenfalls den Straßenbau als Schwerpunktprogramm im nächsten Jahr angesetzt hat. Die Infrastruktur soll nicht nur bei den analogen Verkehrswegen, sondern auch beim Breitbandnetz in Kärnten entsprechend ausgebaut werden. Die Straßenbau-Offensive im Straßenbaureferat und die Breitband-Offensive ebenso wie der Bereich der Gemeindestraßen gehen koordiniert vor, damit wir jeden Meter, der aufgedigelt wird, auch dazu nutzen, Lichtwellenleiter, also Glasfaser-Verkabelungen, entsprechend umzusetzen.

Grundsäule für vitale ländliche Regionen ist neben dieser erwähnten notwendigen Basis-Infrastruktur im Besonderen auch eine nachhaltige Land- und Forstwirtschaft. Im Fokus des Referatsbereiches von Landesrat Martin Gruber steht daher die Sicherung der bäuerlichen Einkommen, die Verbesserung der Wettbewerbssituation, die erfolgreiche unternehmerische Weiterentwicklung der bäuerlichen Familienbetriebe, aber auch die Attraktivität und Sicherung einer Hofnachfolge. Wir alle möchten qualitativ hochwertige, regionale Lebensmittel. Und dieses Konzept passt perfekt zu dem im Tourismus

Schaunig-Kandut

propagierten und eigentlich alle Lebensbereiche betreffenden Schwerpunkt der Slow-Food-Bewegung, die die dichte Verflechtung zwischen Teller, Planet, Mensch, Politik und Kultur in den Mittelpunkt stellt, und das kann nur in einer gesamthaften authentischen Umsetzung erfolgen und erfolgreich sein.

Die Herausforderungen in der Kärntner wie auch in der internationalen Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren liegen insbesondere in der voranschreitenden Digitalisierung und Automatisierung. Hier haben wir große Chancen und große Herausforderungen. Schnelle Datenübertragungsnetze stellen dabei die elementare Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung dar. Und so steht das Kärntner Breitband-Büro in direkter Projekt-Interaktion mit den Gemeinden, um den Ausbau der digitalen Infrastruktur weiter zu beschleunigen und Förderungsprojekte zu generieren. Gleichzeitig kommt der Bewusstseinsbildung und der Beratung von Gemeinden sowie im Tourismus und in den Regionalverbänden besondere Bedeutung zu. Und wenn dann Regionsbürgermeister auf mich zukommen und einfordern, dass ganze Regionen gemeinsam beplant werden, dann ist das ein tolles Zeichen, wie hier in Kärnten auch regions-, gemeindeübergreifend gearbeitet wird.

Ganz besondere Möglichkeiten ergeben sich durch die Digitalisierung aber gerade für Kärnten in mehrfacher Hinsicht. Zum einen ist Kärnten Standort vieler Unternehmen, an der Spitze Infineon, die im Bereich Electronic Based Systems tätig sind, eine Schlüsseltechnologie, ohne die die Digitalisierung der Sachgüter-Produktion nicht möglich ist. Rund um die Investition von Infineon, aber auch Silicon Austria Labs werden sich daher weitere Unternehmen ansiedeln. Ein weiterer Schwerpunkt der Unternehmerlandschaft in Kärnten ist der IKT-Bereich und auch hier lässt die Digitalisierung weitere Impulse erwarten, denn sie führt dazu, dass kein Unternehmen mehr ohne Software-Leistungen auskommt und dieser Wirtschaftszweig wird sehr starke und neue Impulse erfahren. Seitens des Landes Kärnten werden wir in den nächsten Jahren daher umfassende Aktivitäten setzen, um die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, die digitale Wettbewerbsfähigkeit der Kärntner Wirtschaft nachhaltig sicherzustellen und auszubauen. Dass die Digitalisierung nicht nur eine Chance für große Industrieunternehmen

ist, sondern für traditionelle Handwerksbetriebe, das zeigt ein ganz tolles jüngstes Beispiel: Fünf Mölltaler Tischler, ein Sägewerk, eine Fachhochschule, ein Gestaltungswettbewerb für die Kreativ-Szene, eine App und zwei engagierte Unternehmensgründer – das ist der Mix, aus dem Erfolgsprojekte der Digitalisierung gemacht werden, um all jene Dinge, die in der Region verankert sind, wie nachwachsende Rohstoffe, mit neuem Design zu verbinden, traditionelle Produktionsmethoden mit der modernen Kommunikation und sich damit die ganze Welt zum potentiellen Markt zu machen. Mir kommt es vor, als wäre es gerade erst eben gewesen, dass wir in Mallnitz gesessen sind und dieses Projekt präsentiert wurde, und ich freue mich sehr, dass es nur kurze Zeit später aus der Taufe gehoben werden konnte! Das Projekt „Mölltal Möbel“ kann als ein Beispiel dafür gezeigt werden, wie traditionelle regionale Stärken – die Herstellung hochwertiger Lärchenholz-Produkte – mit neuen Geschäfts- und Vertriebsmodellen zukunftsweisend ergänzt werden können. Und wenn Sie neugierig sind auf weitere Projekte, dann lade ich Sie ein, auf die Facebook-Seite des KWF zu schauen, dort gibt es eine Reihe von Videos von Kärntner Unternehmerinnen und Unternehmern, die diese Strategie schon erfolgreich umgesetzt haben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Die Bestätigung des Kärntner Weges durch die für die digitale Wirtschaft und Gesellschaft zuständige EU-Kommissarin Mariya Gabriel, dass sie für Kärnten große Hoffnungen und eine Vorreiterrolle sehe und Kärnten ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit von Regionen mit der EU sei, ist ein durchaus erfreuliches Zeugnis für unsere Aktivitäten!

Besonderes Augenmerk wird aber auch auf dem Bereich der Start-Ups liegen, die in ihrer Dynamik und Fokussierung auf Zukunftsthemen von besonderer Bedeutung für einen Wirtschaftsstandort sind. Die Neuausrichtung des „build!“, die diesbezüglichen Fördermaßnahmen des KWF, sowie die koordinierten Bemühungen aller Partner im Land im Rahmen des „StartNet Carinthia“ werden ihren Beitrag dazu leisten. Wesentlich wird es aber auch sein, durch gezielte Investitionen in Forschung und Entwicklung und in Jungunternehmen die sich für Kärnten bietenden Chancen bestmöglich zu nutzen. Der KWF als zentrale Anlaufstelle für die Unternehmensförderung in Kärnten wird hier mit ei-

Schaunig-Kandut

nem effizienten Förderungsmanagement und den erforderlichen Mitteln ausgestattet. Was mich freut, ist, dass die Initiative „PopupStore“ auf weitere Gemeinden und Städte in Kärnten ausgeweitet wird.

Der wichtigste Faktor für einen Wirtschaftsstandort der Zukunft sind gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Und ich freue mich sehr über den Schulterschluss zwischen den Ausbildungseinrichtungen, der Berufsorientierung Kärnten, den Kärntner Unternehmerinnen und Unternehmern und dem Land, die das Bewusstsein schaffen, von welcher Bedeutung Facharbeiterinnen und Facharbeiter sind. Ich hatte gestern das wirklich große Vergnügen, gemeinsam mit dem Präsidenten der Wirtschaftskammer 40 junge Kärntnerinnen und Kärntner für die Teilnahme an den Staatsmeisterschaften zu verabschieden. Es ist eine so große Teilnehmerzahl, wie sie Kärnten noch nie hatte. Junge, engagierte Menschen, die in ihrem Berufsbereich zur Spitze Österreichs zählen, die bei der Staatsmeisterschaft als Botschafterinnen und Botschafter Kärntens auftreten werden, die zeigen werden, was Facharbeiterinnen und Facharbeiter in Kärnten können und von denen ganz viele – ich bitte Sie alle, die Daumen zu halten – zu den „EuroSkills“ und zu den weltweiten Meisterschaften fahren werden, um Werbung für unser Bundesland im besten Sinne des Wortes zu machen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Man verspürt, dass das Image der Lehre sich zu wandeln beginnt. Faktum ist, dass wir in Kärnten gut ausgebildete Menschen, ganz egal, aus welcher Ausbildungsschiene brauchen, um hinkünftig erfolgreich zu sein. Neben entsprechenden Bemühungen zur Förderung der Lehre, wie etwa die Fahrtkostenzuschüsse für Lehrlinge, die Lehrlingsförderung bei der Teilnahme an Berufswettbewerben, die laufenden und investiven Zuschüsse zum Betrieb von Lehrwerkstätten, die betrieblichen Zuschüsse beim Ausbildungsmodell „Lehre mit Matura“, die erhöhte Bildungsförderung des Landes für Lehrlinge, Heimkostenzuschüsse, Mautkostenersätze für Lehrlinge, die Unterstützung der „BFI IT-L@Bs“ und die Förderung der Fremdsprachen-Kenntnisse in der Lehrausbildung soll auch das Bewusstsein geschaffen werden, dass Kärnten ein optimaler Studienort für technische Fächer ist, dass die Alpen-Adria-Universität führend im Bereich Artificial Intelligence ist und

die FH Kärnten gemeinsam mit der Industrie Ausbildungen im Excellence-Bereich anstrebt. Ich ersuche wirklich jeden und jede darum, bei jeder sich bietenden Gelegenheit das nach außen zu transportieren und zu kommunizieren! Hier bitte auch noch einmal der eindringliche Appell an die Bundesregierung: Bitte, verbauen Sie jungen Menschen mit kurzfristigen Einsparungen wie der Streichung der Unterstützung für die überbetriebliche Lehrlingsausbildung nicht unwiederbringliche Zukunfts-Chancen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Kärnten zählt schon heute zu den 15 Top-Forschungsregionen Europas und wir werden diese Position noch weiter ausbauen, um verstärkt als Forschungsstandort international wahrgenommen zu werden. Der weitere Ausbau des „Silicon Alps“ Clusters sowie weitere Betriebsansiedelungen im Bereich der Mikroelektronik, aber auch die Beteiligung an „Silicon Austria“ sind hier Ausdruck der verfolgten Politik. Herausfordernd ist dabei nicht zuletzt, die notwendigen Bildungsschwerpunkte im Bereich der MINT-Fächer zu setzen, sowie die Etablierung von einschlägigen Weiterbildungsmaßnahmen. Die gesetzten Initiativen bedingen aber auch den Ausbau von Forschungsräumen, daher sind die 2018 begonnenen Erweiterungen des Lakeside Parks – und wenn man vorbeifährt, sieht man dort die Kräne und den Baufortschritt – sowie die für 2019 geplante Erweiterung des High Tech Campus Villach logische Notwendigkeiten, für die im Budget auch entsprechend Vorsorge getroffen ist.

Neben diesen Maßnahmen braucht es aber auch wirtschaftsfreundliche Standortbedingungen, eine unternehmerfreundliche Verwaltung und rasche Verfahren. Landesrat Ulrich Zafoschnig hat es sich hier zum Ziel gesetzt, durch die Entbürokratisierung und Deregulierung Maßnahmen zu setzen und durch die Wirtschaftsombudsstelle die Servicel-Listungen des Landes wesentlich zu verbessern.

Des Weiteren wird auch der Export hinkünftig ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor für die Kärntner Wirtschaft sein. Die USA haben sich mittlerweile als einer der Top-Exportmärkte für Kärnten etabliert und nehmen nach Deutschland bereits den zweiten Platz der Außenhandels-Statistik ein, gefolgt von China. Deshalb werden wir auch die Export-Offensive gemeinschaftlich mit der Wirtschaftskammer budgetär absichern

Schaunig-Kandut

und für die Zukunft sicherstellen. Erfreulicherweise – und wir sind uns gar nicht bewusst, was für eine privilegierte Situation wir hier in Kärnten haben – hat neben dieser ganz tollen industriellen Entwicklung auch der Tourismus in Kärnten in den letzten Jahren einen Aufwind erfahren und trägt damit ebenfalls zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes bei, deshalb wurden auch im Landesvoranschlag 2019 3 Millionen Euro an Budgetmitteln für innovative Maßnahmen vorgesehen, also Projekte, die die Kärntner Tourismus-Strategie und die Kärntner Tourismuswirtschaft noch weiter stärken sollen. Uli Zafoschnig liegt dabei der touristische Trend „Radfahren“ ganz besonders am Herzen. Hier wird es entsprechende Professionalisierungen und Weiterentwicklungen auch in den nächsten Jahren geben.

Gemeinschaftlich beschäftigt uns die Digitalisierung, ganz besonders auch für den Bereich des Tourismus. Bereits angeschlossene Projekte werden umgesetzt, insbesondere die online-Buchbarkeit unserer Kärntner Betriebe soll weiter gesteigert werden.

Für beide, für die Kärntner Bevölkerung, aber auch für unsere Gäste ist eine bedarfsgerechte Mobilität ein ganz wichtiges verkehrspolitisches Ziel. Dieses wird auch in den nächsten Jahren verfolgt. Wir sehen, dass viele Dinge schon fruchten, zum Beispiel die S-Bahnen S1 und S4 sind schon jetzt erfolgreich. In den nächsten Jahren soll in Barrierefreiheit, Park&Ride-Stellplätze, Bike&Ride-Stellplätze, versperrbare Fahrradboxen und ähnliche Infrastruktur-Maßnahmen investiert werden. Es sollen Mobilitätsknoten erstellt werden, die Multimodalität, die alle unterschiedlichen Verkehrsmöglichkeiten miteinander verknüpfen.

Ein besonderer Fokus soll auf dem Bereich der Logistik liegen. Das beinhaltet zum einen die Ausarbeitung eines Logistik Masterplanes für Kärnten auf der Grundlage der laufenden nationalen und EU-Projekte, aber auch die Weiterentwicklung unserer bestehenden Logistik-Zentren. Gerade das Logistik-Zentrum in Fürnitz bietet als „Hinterland-Hub“ für die Baltisch-Adriatische Achse und für den Alpenen-Westbalkan-Korridor ganz tolle Möglichkeiten, auch Teil der „neuen Seidenstraße“ zu werden.

Zur Zukunftsfähigkeit eines Landes gehören aber auch ein lebendiges kulturelles Leben und

Maßnahmen, die dieser Zielsetzung gerecht werden. Man kann den Stolz unseres Landeshauptmannes so richtig verspüren, wenn er so wie heute erzählt hat, wer gestern die Rede zum offiziellen Staatsakt „100 Jahre Republik Österreich“ gehalten hat, eine Kärntner Schriftstellerin, Maja Haderlap. Ich glaube, wir sind uns manchmal selbst nicht dessen bewusst, welchen Schatz an Exzellenzen wir hier in Kärnten haben. Dieses kulturelle Leben ist ein wichtiger Standortfaktor. Ich bin mir bewusst, dass es schön wäre, das Kulturbudget mit einem Schlag massiv zu erhöhen. Das werden wir nicht schaffen, aber schrittweise Steigerungen werden wir vornehmen. Landeshauptmann Peter Kaiser ist vor allem länderübergreifende Kooperation, eine Stärkung der Gedenkkultur, die Förderung alternativer Kulturkonzepte, die Förderung des Nachwuchs-Bereiches und die Kooperation zwischen den Kultur-Initiativen ein großes Anliegen. Ich glaube, der Schritt unseres Landeshauptmannes, an mehrjährigen Förderzusagen zu arbeiten, ist ein wichtiger Schritt zur Absicherung der Kulturschaffenden in unserem Land! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Die dargelegten Schwerpunkte können nur ein Auszug aus den vielfältigen Initiativen in gesellschaftlich relevanten Zukunftsfeldern sein. Alle aufzuzählen würde den Rahmen der Budgetbegleitung bei Weitem sprengen, und ich merke, manche arbeiten auch schon an ihrer Konzentrationsfähigkeit. Umso wichtiger ist es, dass nunmehr mit den neuen Unterlagen zum Landesvoranschlag jeder einzelne Budgetbereich entsprechend dargelegt und mit Wirkungszielen ausgestattet ist. Somit kann jede und jeder, der sich dafür interessiert, die politischen Leitlinien der „Kärnten-Koalition“ nachlesen, nachvollziehen und unsere Arbeit an Hand der Wirkungskriterien überprüfen. *(Es herrscht Unaufmerksamkeit in der FPÖ-Fraktion.)* - Herr Präsident, vielleicht schaffen wir noch ein bisschen Ruhe, es dauert nur mehr zwei Minuten!

Für das neue Haushaltrecht möchte ich mich ganz herzlich für die Vorarbeit und Arbeit bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hause, insbesondere bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzabteilung und bei den federführenden Bereichen in den einzelnen Fachabteilungen bedanken! Mein ganz besonderer Dank gilt dem Leiter der Finanzabteilung, Dr. Horst Felsner! Die Umstellung des Budgets

Schaunig-Kandut

von der Kameralistik auf die Doppik ist sicher eine Zäsur. Es steht uns aber auch noch eine zweite Zäsur im Land Kärnten bevor und das ist eine ganz große. Sehr geehrter Herr Dr. Felsner, lieber Horst, das ist das letzte Budget, die letzte Budgeterstellung, die du begleitet hast. Es gibt den Spruch, „niemand ist unersetzlich“, ich sage ganz ehrlich, es gibt auch keine Regel ohne Ausnahme, denn in diesem Fall glaube ich das ganz einfach nicht. *(Beifall im Hause.)* Du bist jemand, der mit einer unheimlich scharfsinnigen Analyse, mit großen juristischen und betriebswirtschaftlichen und vor allem volkswirtschaftlichen Kenntnissen jedem Finanzreferenten und jeder Finanzreferentin zur Seite gestanden bist. Ich bin froh, dass du noch ein paar Monate da bist! Deine Loyalität galt und gilt immer den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern. Diese Geradlinigkeit und diese Loyalität zu Kärnten, die zeichnet dich aus! An dieser Stelle ein Dankeschön! Ich mag mir es gar nicht vorstellen, wie es sein wird, wenn du nicht an unserer Seite bist für die Erstellung des nächsten Budgets! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Sichtbar ist aber auch an Hand der Kärntner Wirtschaftsdaten, dass der eingeschlagene Weg der letzten Jahre eines intelligenten Sparens und zielgerichteten Investierens der richtige war. Es betrug die nominelle Brutto-Wertschöpfung in Kärnten 2017 30,31 Milliarden Euro und das nominelle BIP-Wachstum plus 5,4 Prozent. Die Brutto-Wertschöpfung Kärntens wird weiter ansteigen, weitere 4,7 Prozent sind für das Jahr 2018 prognostiziert.

Erfreuliches kann man auch vom Kärntner Arbeitsmarkt berichten. Die letzten Zahlen vom September 2018 zeigen ein Ansteigen der unselbständig Beschäftigten gegenüber dem Vorjahreswert. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres hat die Arbeitslosigkeit um insgesamt 10,6 Prozent abgenommen. Besonders positiv ist der Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit, welche insgesamt um 21,6 Prozent abgenommen hat. Dennoch bleibt noch genug zu tun, insbesondere im Bereich der älteren Arbeitslosen, die vom derzeitigen konjunkturellen Aufschwung nur in einem sehr geringen Ausmaß profitieren.

Das günstige konjunkturelle Klima macht sich aber auch im Bereich der Bauwirtschaft bemerk-

bar. Im Mai 2018 erzielte die Kärntner Bauwirtschaft einen nominellen Produktionswert von 101,6 Millionen Euro, womit zum Vorjahresvergleich des gleichen Monats dieser um 6,5 Prozent überschritten wurde. Es zeigt sich auch, wie wichtig die öffentlichen Investitionen im Baubereich sind. Denn auch in konjunkturell guten Zeiten sind es fast 50 Prozent des gesamten Produktionswertes, der aus Aufträgen der öffentlichen Hand stammt.

Auch der Tourismus, wie schon erwähnt, hat in den letzten Jahren einen deutlichen Aufwind erfahren. Seit den statistischen Aufzeichnungen über den Tourismus in Kärnten wurde bei den Ankünften das höchste und bei den Übernachtungen das neunthöchste Ergebnis im Winter-Tourismus erzielt. Ich glaube, auch der Sommer zeigt eine ähnliche Entwicklung.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Tiger Woods: „No matter how good you get, you can always get better and that’s the exciting part.“ – „Egal, wie gut man ist, man kann immer noch besser werden und das ist der wirklich spannende Teil.“ Ich bin der festen Überzeugung, dass das der Antrieb unseres Tuns ist. Die guten Kennzahlen der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes, die sinkende Arbeitslosigkeit, die steigende Beschäftigung sind kein Grund, sich auszuruhen, ganz im Gegenteil. Der Grundsatz, wir können noch besser werden, ist es, der die Kärntnerinnen und Kärntner, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land, ehrenamtlich Tätige, Kulturschaffende, sportliche Vorbilder und auch die Politik anspornt, das Erforderliche zu tun, um unser Land noch weiter nach vorne zu bringen. Seit 2016, nach der Bewältigung der HETA-Krise dürfen wir uns über eine unheimlich tolle Entwicklung Kärntens freuen. Ich bin mir ganz sicher, dass alle relevanten Gruppen, alle Kärntnerinnen und Kärntner, wir VerantwortungsträgerInnen in der Politik gemeinschaftlich alles daran setzen werden, diese positive Entwicklung zu verstärken. Wir sind gut unterwegs, und wir möchten noch besser werden. Auf diesen spannenden Teil freue ich mich! *(Lang anhaltender Beifall von der SPÖ-Fraktion und von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich darf mich bei der Finanzreferentin für diese umfassende Darstellung und den Ausblick in Bezug auf den Landesvoranschlag 2019 sehr, sehr herzlich bedanken! Es wird dann im Finanzausschuss die entsprechenden Beratungen geben, sodass wir dann auch im Dezember zu den ins Auge gefassten Landtagsterminen die

Budget-Debatte ordnungsgemäß hier im Hohen Haus abhalten und damit auch für einen gesicherten Finanzhaushalt des Jahres 2019 sorgen können.

Damit kommen wir zur Verhandlung der vorliegenden Dringlichkeitsanträge. Ich darf den Herrn Landtagsdirektor bitten, den ersten Dringlichkeitsantrag zu verlesen!

Mitteilungen des Einlaufes

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

A) Dringlichkeitsanträge:

Ldtgs.Zl. 107-6/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Nothilfswerk: Bürokratieabbau, rasche Hilfe ermöglichen mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, die Richtlinien für die Durchführung von Hilfsmaßnahmen des Kärntner Nothilfswerkes so zu vereinfachen, dass finanzielle Hilfe für Opfer von Katastrophen rasch – binnen weniger Wochen – ausbezahlt werden.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann Darmann. Ich erteile ihm das Wort! Bitte!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus! Ich darf hiermit die Dringlichkeit unseres Antrages für eine rasche Hilfe der entsprechenden Opfer der Naturkatastrophen begründen, aber auch klarstellen, dass das Nothilfswerk natürlich ehestmöglich die Bürokratie abzubauen hat. Und wenn heute der zuständige Katastrophenreferent Fellner davon gesprochen hat, dass das Nothilfswerk nicht für rasche Hilfe vorgesehen ist, dann sollte man sich einmal vor Augen führen, wieso es dann „Not-

Hilfswerk“ heißt und nicht „In-der Ruhe-liegt-die Kraft-Hilfswerk“ oder „Langfrist-Hilfswerk“! Und deswegen liegt es an uns, Herr Referent und geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ehestmöglich dafür zu sorgen, wenn es schon ein Nothilfswerk gibt, dass es dann auch in der Not handeln und helfen kann! Und wie wir alle in der Praxis Lebende wissen, ist eine rasche Hilfe doppelt so wichtig und auch doppelt so hilfreich für die Opfer und deswegen sollten wir auch ehestmöglich darangehen, die Richtlinien des Nothilfswerkes zu überarbeiten, das nicht über die Ausschüsse ewig lang hinauszuziehen, sondern das ehestmöglich umzusetzen, denn die Problemstellungen in den Richtlinien sind ja bekannt! Ich setze voraus, dass es allen da herinnen bekannt ist, vor allem aber auch dem zuständigen Referenten.

Und ich habe es heute in der Aktuellen Stunde bereits gesagt: Das Problem liegt darin, dass jetzt zu Beginn auch in Gesprächen mit den entsprechenden Opfern niemand einem Unwetter-Opfer sagen kann, in welcher Höhe eventuell ein Prozentsatz gegeben sein wird oder nicht. Es wird immer davon gesprochen, tun wir vorfinanzieren, dann wird schon was kommen, dann werden wir dir auch sagen, was daherkommt. So kann jemand als Opfer nicht arbeiten, und bei der Vorfinanzierung brauchst du auch ein Gespräch mit der Bank. Da wäre es auch schon einmal hilfreich, wenn man weiß, was aus unterschiedlichen Töpfen zugesagt ist, um hier auch eine Finanzierung zu bekommen. Deswegen ist hier mit klaren Richtsätzen und Prozentsätzen zu arbeiten! Wir brauchen auch eine Maximalfrist bis zur Auszahlung, das heißt, die Opfer sind natürlich in einer Extremsituation gefangen. Und wenn es darum geht, schnell zu helfen, auch wenn es nur eine erste Hilfe ist, gehört hier

Darmann

schnell ein gewisser Grundbetrag ausgezahlt, ein Sockelbetrag, und das ist bisher auch mit einer Maximalfrist nicht gegeben. Auch eine rasche Festlegung von Vorschuss-Zahlungen durch eine Schadenskommission beim Lokalausweis ist derzeit nicht gegeben. Das heißt, wenn wir das einarbeiten können, weil wir es wollen, haben wir auch in Zukunft bessere Spielregeln dafür, wie wir den Opfern schneller helfen können.

Und darüber hinaus wird es auch notwendig sein, die Beweispflicht der Opfer zu erleichtern. Derzeit haben wir noch ein weiteres Problem – ich sehe, die Zeit geht zu Ende – bei der Begründung, dass oft die Auszahlung auch mit Willkür verbunden ist. Ich kann hier ein Beispiel festmachen: Die Volksanwaltschaft hat den Landeshauptmann Peter Kaiser wegen einer Auszahlungszusage 2016 gerügt, dass hier einerseits von der zuständigen Bezirkshauptmannschaft zugesagt wurde, es ist alles vorgelegt worden, ihr bekommt die Auszahlung, und das Nothilfswerk hat durch den damaligen Katastrophenreferenten Kaiser die Auszahlung trotzdem (*Vorsitzender: Bitte, zum Schluss zu kommen!*) nicht zugestanden. Das hat die Volksanwaltschaft gerügt und von der Verwaltung her eine Besserung eingefordert, nämlich die Auszahlung auch durchzuführen. Das heißt, wir haben hier dringenden Handlungsbedarf, um in Zukunft rasch helfen zu können und die Opfer nicht ewig warten zu lassen. Deswegen ersuche ich um Unterstützung der Dringlichkeit! Danke! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als weiteren Redner zu Wort gemeldet habe ich den Herrn Klubobmann-Stellvertreter Scherwitzl. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Danke! Vielleicht zunächst eine semantische Klarstellung: Kollege Fellner ist der Katastrophenschutzreferent, nicht der Katastrophenreferent! (*Abg. Staudacher: Dass du immer so oberlehrerhaft sein musst!*) Jene Katastrophenreferenten, die es in der Vergangenheit in Kärnten gegeben hat, wurden 2013 alle abgewählt! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Zum Zweiten: Es gibt hier offenbar Auffassungsunterschiede über

die Funktion des Nothilfswerkes, daher ist es gut, wenn diese Frage und Angelegenheit intensivst im Ausschuss vorberaten wird, somit werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Zum Dritten: Wer rasch hilft, hilft doppelt. Das hat die Landesregierung auch erkannt und daher haben wir Sofortmaßnahmen gesetzt, nämlich dort, wo sie hingehören, bei der unbürokratischen Hilfe, nämlich bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen. Schadensbeträge von € 1.500,--, € 3.000,--, € 5.000,-- sofort und unbürokratisch, Abwicklung über die Gemeinden. Die budgetären Mittel für diese Hilfe in besonderen Lebenslagen wurden aufgestockt, dafür ist Vorsorge getroffen. Jeder weiß, (*Abg. Staudacher: Andreas, das sagst du als Bürgermeister?*) dass bereits das Katastrophenschutzgesetz des Bundes beziehungsweise das Katastrophenfondsgesetz des Bundes, das die Rechtsgrundlage für die Einrichtung der Nothilfswerke der Länder ist, vorsieht, dass Versicherungsleistungen, Spenden et cetera bei der Auszahlung über das Nothilfswerk zu berücksichtigen sind. Wenn hier jetzt plötzlich Spontan-Zahlungen über das Nothilfswerk erfolgen, dann wird der Moment kommen, wo die Leute etwas zurückzahlen müssen. Das Katastrophenfondsgesetz des Bundes sagt, es darf keine Förderung oder keine Unterstützung über 100 Prozent geben, und das würde eintreten, das würde noch mehr Bürokratie bedeuten, das würde die Leute in einer Sicherheit wiegen, die sie in Wahrheit nicht haben, (*Abg. Trettenbrein: Das musst du aber deinem Referenten sagen!*) wo sie dann plötzlich vor der Situation stehen würden, dass sie zurückzahlen müssen. Daher ist die Maßnahme, so wie das Nothilfswerk eingerichtet ist, in Ordnung.

Die Versicherungen sind bemüht. (*Abg. Staudacher: Du bist ein Slalomfahrer! Aber so ein Slalomfahrer!*) Ich habe früher in der Aktuellen Stunde gesagt, die Versicherungswirtschaft ist gefordert, jawohl, das ist sie, aber man muss auch betonen, Versicherungen sind bemüht, im Schadensfall auch rasch zu handeln, den Menschen rasch Hilfe zukommen zu lassen. Und das Land Kärnten unterstützt diese rasche Soforthilfe durch die Hilfe in besonderen Lebenslagen! (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Mir liegt keine weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit vor, daher lasse ich über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen. Wer dieser zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist mit den Stimmen der Freiheitlichen und der Abgeordneten des Teams Kärnten nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit.

Ich weise diesen Antrag dem zuständigen Ausschuss für Gemeinden, Feuerwehren und Katastrophenschutz zu.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag Nummer 2. Bitte um Verlesung!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Ldtgs.Zl. 22-6/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Stellenbesetzung: Öffentliche und transparente Ausschreibung des Leiters der Finanzabteilung des Landes Kärnten mit folgendem Wortlaut

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird im Zusammenhang mit der geplanten Besetzung der Stelle des Leiters der Finanzabteilung des Landes Kärnten aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass diese Position begleitet durch einen anerkannten Headhunter öffentlich und transparent im deutschsprachigen Raum ausgeschrieben wird. Dies mit dem Ziel, die Stelle mit einem Experten im Bereich öffentliche Finanzwirtschaft zu besetzen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann-Stellvertreter Mag. Leyrouz. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Leyrouz** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Der gegenständliche Dringlichkeitsantrag richtet sich im Grunde genommen gegen den

Mief roter Parteibuchwirtschaft. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Laut Medienberichten soll die Position des Leiters der Finanzabteilung mit einer Mitarbeiterin aus dem Büro der Finanzreferentin besetzt werden. Wir glauben, dass diese Position, wie sie auch von Dr. Felsner wahrgenommen wurde, zu wichtig ist und wir hierfür einen Experten benötigen, und wir glauben, dass zu einer Gesamtschau der Finanzsituation des Landes Kärnten, eine internationale Ausschreibung notwendig und die Dringlichkeit aufgrund der Medienberichte gegeben ist. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächsten Redner zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet habe ich den Herrn Abgeordneten Günter Leikam. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Leikam** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Geschätzter Herr Landesrat! Liebe Mitglieder des Kärntner Landtages! Zu diesem Dringlichkeitsantrag der freiheitlichen Partei ist zu sagen, dass wir in Kärnten dieses Kärntner Objektivierungsgesetz haben, und nach diesem Gesetz, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden alle Positionen öffentlich und transparent ausgeschrieben. (*Heiterkeit in der FPÖ-Fraktion. – Abg. Staudacher: Rote Märchenstunde!*) Und wenn es, sehr geehrter Herr Dritter Präsident, noch ist er ja in Amt und Würden, der Leiter der Finanzabteilung, er ist auch heute hier im Haus, wenn es dann soweit ist, dass er in den wohlverdienten Ruhestand geht, dann wird natürlich auch diese Position über das Kärntner Objektivierungsgesetz öffentlich und transparent ausgeschrieben werden. Und die Forderung, die in eurem Antrag auch noch beinhaltet ist, das im deutschsprachigen Raum auszuschreiben, ich glaube, die ist irrelevant und ist zu weit gegriffen, denn bekanntlich ist es so, dass der Leiter oder die Leiterin der Finanzabteilung Abteilungsleiter im Land sind und laut Bundesverfassung sind solche Abteilungsleiter zu beamten. Und Beamte können in Österreich nur die werden, die österreichische Staatsbürger sind. Das heißt, das im gesamten deutschsprachigen Raum auszuschreiben, ist hier

Leikam

sicherlich zu weit gegriffen. Und nachdem diese Position – ich habe es schon erwähnt – öffentlich und transparent ausgeschrieben wird, ist auch derzeit keine Dringlichkeit gegeben. Der Leiter der Finanzabteilung befindet sich noch im Amt und wenn es dann soweit ist, wird das in einem Ausschuss zu behandeln sein und dort kann man dann auch darüber diskutieren. Die SPÖ wird dieser Dringlichkeit keine Zustimmung erteilen! *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Mir liegt wiederum keine weitere Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit mehr vor, daher lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer diesem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen! – Das ist nur mit den Stimmen der Freiheitlichen dafür, das heißt also, nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit.

Es wird dieser Antrag von mir dem zuständigen Ausschuss für Rechts- und Verfassungsangelegenheiten zugewiesen.

Ich darf den Landtagsdirektor bitten, den zuständigen Einlauf zu verlesen!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

B) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 107-7/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Hochwasser-Katastrophe: Dringende Instandsetzung der Entwässerungskanäle und Drainagierung der Flächen sowie

Herstellung der Weg-Anlage im Bereich Waidegg/Rattendorf durch das Land Kärnten

Zuweisung: Ausschuss für Ländlicher Raum und Infrastruktur

2. Ldtgs.Zl. 107-8/32:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Anpassung der Richtlinien des Kärntner Nothilfswerks

Zuweisung: Ausschuss für Gemeinden, Feuerwehr und Katastrophenschutz

3. Ldtgs.Zl. 51-7/32:

Antrag von Abgeordneten des ÖVP-Klubs betreffend Maßnahmen-Plan zur Rettung des Waldes

Zuweisung: Ausschuss für Ländlicher Raum und Infrastruktur

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Damit haben wir die Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung abgearbeitet. Ich möchte mich bei den Protokollführerinnen sehr herzlich bedanken, bitte um ordnungsgemäße Protokollführung! Wir sehen uns dann bei der nächsten Landtagssitzung, zumindest bei diversen Ausschuss-Sitzungen in den nächsten Tagen. Am 22. November ist Landtagssitzung und da möchte ich auch verweisen, die Europapolitische Stunde erstmalig in der Geschäftsordnung in Verhandlung. Die Sitzung ist geschlossen, ich wünsche gutes Nachhausekommen!

Ende der Sitzung: 16.26 Uhr